

Beteiligungsberichte
der Stadt Schmölln
nach § 75 a ThürKO

für das Jahr
2016

- envia Mitteldeutsche Energie AG
- KEBT - Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (Entwurf)
- Stadtwerke Schmölln GmbH
- Kommunalservice Schmölln GmbH
- Neue Energie Schmölln GmbH
- Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH

Beteiligungsbericht

Envia Mitteldeutsche Energie AG

**für das Jahr
2016**

LAGEBERICHT

GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Unternehmenszweck. Die enviaM AG ist Holding der enviaM-Gruppe. Der Unternehmensverbund ist, gemessen an Absatz und Umsatz, der führende regionale Energiedienstleister in Ostdeutschland. Die enviaM-Gruppe versorgt rund 1,4 Millionen Kunden mit Strom, Gas, Wärme und Energiedienstleistungen. Zur Unternehmensgruppe gehören die envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM), Chemnitz, sowie weitere Gesellschaften, an denen enviaM mehrheitlich beteiligt ist.

Die enviaM-Gruppe ist ein vertikal integrierter Energiedienstleister. Über ihre einzelnen Beteiligungsgesellschaften nimmt die Unternehmensgruppe Aufgaben der Erzeugung, der Verteilung, des Handels und des Vertriebs von Strom, Gas, Wärme und Energiedienstleistungen wahr. Innerhalb der enviaM-Gruppe wird nur ein geringer Teil an Energie selbst erzeugt. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen daher auf Verteilung und Vertrieb von Energie.

Die Stammgesellschaft enviaM ist eine Holding mit zahlreichen Beteiligungen. Innerhalb des Unternehmensverbundes übt enviaM die Koordinations- und Steuerungsfunktion aus. enviaM ist zudem Eigentümerin eines Elektrizitätsverteilernetzes und verpachtet dieses im

Wesentlichen an die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM). Als Vertriebsgesellschaft ist das Unternehmen für das vertriebliche Kerngeschäft der innogy SE in Ostdeutschland verantwortlich. Zudem wurden die deutschlandweiten Vertriebsaktivitäten ausgebaut.

Anteilseignerstruktur. Die innogy SE, Essen, sowie deren Beteiligungsgesellschaft enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen, sind mit insgesamt 58,57 Prozent mehrheitlich an enviaM beteiligt. innogy SE ist Gesamtrechtsnachfolgerin der RWE Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen, und hat den Aktienbesitz der RWE AG an der envia Mitteldeutsche Energie AG erworben.

Die kommunalen Beteiligungsgesellschaften:

- KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz und
- KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG, Bitterfeld-Wolfen

halten Anteile von insgesamt 37,20 Prozent an enviaM.

Unmittelbare Beteiligungen von Städten, Gemeinden und Stadtwerken an enviaM bestehen im Umfang von insgesamt 4,23 Prozent.

Anteilseignerstruktur

4,23 %

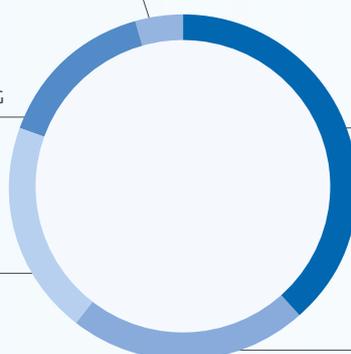
Städte/Gemeinden/Stadtwerke

15,02 %

KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG

19,99 %

enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH



38,58 %

innogy SE

22,18 %

KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia

WIRTSCHAFTSBERICHT

Allgemeine Wirtschafts- und Branchenentwicklung

Deutsche Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozent. Ausschlaggebend dafür war insbesondere der Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates. Zudem trugen die Investitionen zur positiven Entwicklung des BIP bei. Im produzierenden Gewerbe stieg die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Prozent an.¹

Energieverbrauch gestiegen. Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Berichtsjahr insgesamt um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Zuwachs beruht auf dem Einfluss der gegenüber dem Vorjahr kälteren Witterung, dem Schalttag im Jahr 2016, der anhaltend positiven wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bevölkerungszuwachs. Verbrauchsdämpfend wirkten weitere Verbesserungen bei der Energieeffizienz.²

Der Stromverbrauch im Jahr 2016 ist nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Prozent gesunken. Wesentliche Gründe für den leichten Rückgang sind eine steigende Energieeffizienz und der Verlust von Marktanteilen im Wärmemarkt zugunsten von Gas.³

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich dagegen um mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gründe dafür waren die vor allem während der Heizperioden kühlere Witterung im Vergleich zum Vorjahr, aber auch die deutliche Zunahme des Einsatzes von Erdgas für die Stromerzeugung.⁴

Konjunktureller Ausblick. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung erwartet für das Jahr 2017 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 Prozent. Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf einem soliden Wachstumspfad. Dazu tragen vor allem die Binnennachfrage und die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt bei.⁵ Für die ostdeutsche Wirtschaft wird ebenso ein moderater

Aufschwung von 1,3 Prozent erwartet. Der private Konsum bleibt dabei eine wesentliche Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland.⁶

Gesetzlicher Ordnungsrahmen und deren Auswirkungen auf die enviaM-Gruppe. Im Geschäftsjahr wurden grundlegende energiewirtschaftliche Gesetzesänderungen verabschiedet. So trat das Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) in Kraft. Im Zentrum dieses Gesetzes stehen Regelungen zur Stromerzeugung und die korrespondierenden Rechte und Pflichten der Übertragungsnetzbetreiber im Rahmen der Systemverantwortung zur Absicherung der Versorgungssicherheit. Im Kontext dieses Gesetzes wurden neben den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auch solche des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und diverser EnWG-Verordnungen geändert. Daneben wurde eine rückwirkende Verordnungsermächtigung für die Entlastung der stromintensiven Industrie (§ 19 StromNEV-Umlage) zum 1. Januar 2012 geschaffen, mit der die vom BGH festgestellte Nichtigkeit rückwirkend geheilt wurde.

Im Kontext des Strommarktgesetzes stand die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG). Sie regelt die weitere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung aus gasbetriebenen Anlagen in Deutschland, die einen wesentlichen Beitrag zu den angestrebten CO₂-Einsparungen leisten soll. Das Gesetz ist formal bereits zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten, stand jedoch unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Union. Die erzielten Einigungen mit der EU werden mittels eines KWKG-Änderungsgesetzes festgeschrieben. Zur Erreichung der Energieeffizienz- und CO₂-Reduktionsziele werden zudem die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz sowie des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 mit Leben erfüllt.

Des Weiteren wurde das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDE) verabschiedet. Es läutet die zweite Phase der Energiewende ein. Mit dem GDE werden zahlreiche Gesetze und Verordnungen, z. B. das Messstellenbetriebsgesetz (MsbG), das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), die Stromnetzentgelt- (StromNEV) sowie die Strom-

¹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 12.01.2017

² AG Energiebilanzen, Nr. 05/2016 vom 20.12.2016

³ BDEW 20.12.2016

⁴ BDEW 20.12.2016

⁵ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2016/2017

⁶ ifo Konjunkturprognose, ifo Institut Dresden, Dezember 2016

netzzugangsverordnung (StromNZV) geändert. Zudem wird die Messzugangsverordnung (MessZV) aufgehoben. Im Zentrum dieses Gesetzespaketes stehen die verpflichtende Einführung moderner Messeinrichtungen sowie intelligenter Messsysteme. Der flächendeckende Rollout der intelligenten Zähler- und Messtechnik erfolgt in den Jahren 2017 bis 2032. Das Gesetz legt auch die Rollen zwischen Verteilernetzbetreiber und Übertragungsnetzbetreiber bei der Verteilung und Verarbeitung von digitalen Verbrauchsdaten fest. Verteilernetzbetreiber bleiben die Daten- und Kommunikationsdrehscheibe. Die Bilanzierung der Daten aus den intelligenten Messsystemen wird künftig jedoch von den Übertragungsnetzbetreibern übernommen. Aus der Einführung der intelligenten Messtechnik ergeben sich Chancen für Innovationen und neue Geschäftsmodelle.

Darüber hinaus ist im Geschäftsjahr die zweite Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Kraft getreten. Hierdurch sollen insbesondere die Investitionsbedingungen für Verteilernetzbetreiber verbessert werden. Kernstück der Novelle ist die Einführung eines jährlichen Kapitalkostenabgleichs für Investitionen der Verteilernetzbetreiber ab der dritten Regulierungsperiode. Für Investitionen in der Zeit von 2008 bis einschließlich 2016 findet kein Kapitalkostenabgleich statt. Es wird stattdessen nach bestehender Anreizregulierungsverordnung ein Sockel-effekt auch für die dritte Regulierungsperiode gewährt. Die Dauer der Regulierungsperiode beträgt weiterhin fünf Jahre und auch der Abbau der Ineffizienzen erfolgt weiterhin über die Dauer der Regulierungsperiode. Außerdem ist ein Effizienzbonus vorgesehen, um Anreize für innovative und langfristig effizienzsteigernde Investitionen zu setzen und entsprechend in den Erlösobergrenzen zu berücksichtigen. Schließlich wurden umfangreiche Veröffentlichungspflichten netzbetreiberbezogener Daten zur Verbesserung der Transparenz eingeführt. Die Novelle der ARegV beeinflusst die Geschäftsentwicklung des Verteilernetzbetreibers MITNETZ STROM. Konkrete Auswirkungen ergeben sich für die dritte Regulierungsperiode ab dem Jahr 2019.

Zum 1. Januar 2017 tritt darüber hinaus die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) in Kraft. Das Gesetz regelt die Teilnahme und Durchführung an Aus-

schreibungsverfahren für die Vergütung von Strom aus erneuerbaren Energien. Die Einspeisevergütung von Strom aus Solar- und Windkraft wird nicht mehr staatlich festgesetzt, sondern individuell in Auktionen ermittelt. Die günstigsten Bieter erhalten die Zuschläge. Die Änderungen des EEG 2017 stellen die enviaM-Gruppe bei der Umsetzung eigener Projekte und Wachstumsziele im Bereich der erneuerbaren Energien vor neue Herausforderungen.

Des Weiteren wurde im Berichtsjahr die Novelle des Konzessionsvergaberechtes verabschiedet (§ 46 EnWG). § 46 EnWG regelt die wettbewerbliche Vergabe von Wegenutzungsrechten auf kommunaler Ebene. Wesentliche Änderungen sind die Ermittlung des Netzkaufpreises auf Basis des objektivierten Ertragswertes sowie eine mögliche Berücksichtigung des Kriteriums „Belange der örtlichen Gemeinschaft“ bei der Vergabe. Für die enviaM-Gruppe verschärft sich damit der Wettbewerb um Konzessionen.

Zu den zentralen energiepolitischen Themen für Ostdeutschland hat sich die enviaM-Gruppe positioniert und sich intensiv in die politische Debatte auf Landes- und Bundesebene eingebracht. Die Veröffentlichung eigener Positionspapiere zu den verschiedenen Gesetzesinitiativen sowie verschiedene Diskussionsveranstaltungen trugen dazu bei, dass sich die wichtigen Entscheidungsträger der ostdeutschen Bundesländer gemeinsam für ihre Belange in der Energiepolitik einsetzen.

Des Weiteren tritt zum 1. April 2017 die Novelle des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) in Kraft. Sie begrenzt die Überlassungshöchstdauer von einem Leiharbeiter an einen Entleiher auf 18 Monate und regelt die gleichwertige Vergütung von Leiharbeitnehmern sowie der Stammbeschäftigten nach spätestens neun Monaten Überlassungsdauer. Die zu erwartenden gesetzlichen Regelungen hat unsere Kundenservicegesellschaft envia SERVICE im Rahmen ihrer Neuaufstellung entsprechend berücksichtigt.

Auswirkungen der Energiewende auf die enviaM-Gruppe. Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbrauchern. Die Unternehmen der enviaM-Gruppe bringen sich aktiv in den Veränderungsprozess ein.

Dieser Prozess wird durch die Digitalisierung beschleunigt. Sie prägt die weitere Entwicklung der Energiebranche in allen Geschäftsbereichen. Daraus ergeben sich Chancen für neue Geschäftsmodelle. Die enviaM-Gruppe ergreift diese Chancen aktiv und wird gemeinsam mit den Partnern der Region das Internet der Energie entwickeln.

Netz. Ostdeutschland ist vom energiewirtschaftlichen Umbauprozess in besonderer Weise betroffen. Der Wandel von konventioneller zu erneuerbarer Energieerzeugung schreitet hier mit hoher Geschwindigkeit voran. Mit einem Anteil der regenerativ erzeugten Energie von über 86 Prozent am Letztverbraucherabsatz im Netzgebiet der MITNETZ STROM werden die Zielzahlen der Bundesregierung für das Jahr 2025 heute schon weit übertroffen. Der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien macht für die MITNETZ STROM umfangreiche Erweiterungsinvestitionen erforderlich.

Die ostdeutschen Flächennetzbetreiber, so auch MITNETZ STROM, übernehmen zudem immer mehr steuernde und koordinierende Aufgaben. Durch die dezentrale und volatile Energieerzeugung haben sich die Stromflüsse grundlegend verändert und erfordern ein aktives Eingreifen der Verteilernetzbetreiber. Zu lastschwachen Zeiten und bei hoher EEG-Einspeisung hat sich die Lastflussrichtung im Jahr 2016 an 198 Tagen zeitweise umgekehrt. In diesen Zeiten bezieht MITNETZ STROM keinen Strom aus dem Übertragungsnetz, sondern transportiert umgekehrt Strom in das vorgelegerte Netz. Diese Entwicklung wird sich in den Folgejahren voraussichtlich weiter verstärken. Um eine Überlastung und damit verbundene Stromausfälle zu vermeiden, sind verstärkt Maßnahmen zur Systemsicherheit in den Verteilernetzen notwendig. Im Berichtsjahr konnte erstmals seit dem Jahr 2010 ein Rückgang der erforderlichen Netzsicherheitsmaßnahmen verzeichnet werden. Die Zahl der Eingriffe sank im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte auf 224. Rund 47 Prozent (8.300 MW) der angeforderten Leistungsabsenkungen resultierten dabei aus Anforderungen des vorgelagerten Übertragungsnetzbetreibers. Hauptursache für den Rückgang der Netzeingriffe war das im Vergleich zu den Vorjahren windschwache Jahr. Zudem führten die im Geschäftsjahr abgeschlossenen umfassenden Netzausbaumaßnahmen in den Netzregionen

Brandenburg und Sachsen-Anhalt zu Entlastungen der Netz-situation. Die Investitionen der MITNETZ STROM ins Verteilernetz tragen damit unmittelbar zum Gelingen der Energiewende bei. Der Verteilernetzbetreiber wird auch in den kommenden Jahren weiterhin umfassende Investitionen in das Stromnetz tätigen, um diese Entwicklung zu stabilisieren.

Vertrieb. Die Strompreise für Endkunden in Deutschland bewegen sich im europäischen Vergleich auf einem hohen Niveau. Wesentliche Ursache dafür ist der im Zuge der Energiewende immer weiter steigende Anteil an Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis. Gerade in Ostdeutschland ist die Preissensibilität unvermindert hoch. Daher gewinnen die Themen Energiesparen, Energieeffizienz und dezentrale Energieerzeugung für alle Verbrauchergruppen verstärkt an Bedeutung. Dementsprechend steigen die Anzahl der Produkte außerhalb des Strom- und Gasvertriebes sowie der Bedarf nach ganzheitlicher Beratung in allen Kundensegmenten kontinuierlich an.

Entwicklung der Großhandelspreise für Strom und Gas.

Der Trend der vergangenen Jahre von fallenden Preisen im deutschen Stromgroßhandel setzte sich im Berichtsjahr fort. Gebremst wurde dieser Trend jedoch durch einen starken Preisanstieg der Kraftwerkskohle, der die Stromerzeugung verteuerte. Als Gegengewicht fungierte der CO₂-Preis, der im Berichtsjahr deutlich gefallen ist. Auch der weitere Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen belastete den Strompreis. Im Jahr 2016 sank der Preis für die Megawattstunde (MWh) Grundlaststrom an der Strombörse European Power Exchange auf durchschnittlich 28,98 Euro pro MWh (2015: 31,63 Euro pro MWh). Zum Jahresende hat sich der Preis für die Megawattstunde (MWh) Grundlaststrom wieder stabilisiert. Der Durchschnittswert für den Monat Dezember 2016 lag bei 37,48 Euro pro MWh. Der Preis für Spitzenlaststrom verbilligte sich im Geschäftsjahr auf durchschnittlich 35,24 Euro pro MWh (2015: 39,06 Euro pro MWh).

Der Gasmarkt ist weiterhin durch eine sehr gute Versorgungslage bestimmt. Der Ausbau der Gasförderung aus Schiefergesteinen in den USA hat zu einem höheren Angebot an flüssigem Erdgas (Liquified Natural Gas, kurz LNG) in Europa geführt. Hinzu kam ein geringerer Gasbedarf

in Folge des milden Winters 2015/2016, der auch den Einspeicherbedarf während des Sommers verringerte. Das Jahresmittel am Spot-Markt (Gaspool) verbilligte sich daher um rund 29,1 Prozent auf 14,12 Euro je MWh (2015: 19,91 Euro pro MWh). Dem entgegen stand im Berichtsjahr eine deutliche Preiserholung am Rohölmarkt auf 56,76 Dollar/Barrel (2015: 36,53 Dollar/Barrel). In Folge der beschlossenen Förderbegrenzung der Opec-Staaten konnte der Ölpreis zum Jahresende deutlich zulegen. Der Einfluss auf den Gasmarkt wirkt sich dabei auf die folgenden Lieferjahre aus.

Geschäftsentwicklung im Jahr 2016

Dynamisches Marktumfeld. enviaM agiert in einem weiterhin sehr dynamischen Markt- und Wettbewerbsumfeld. Das unternehmerische Handeln wird stark von der Energiewende und einem intensiven Wettbewerb um Kunden und Konzessionen geprägt. Die Energieversorger, so auch enviaM, stehen dabei vor zwei Herausforderungen: Einerseits ein wettbewerbsfähiges Produkt- und Dienstleistungsportfolio und andererseits vielfältige Unterstützung für den effizienten Einsatz von Energie anzubieten.

Vertriebsgeschehen. Die Kundenzahlen im Segment Privat- und Gewerbekunden konnten im Berichtsjahr konstant gehalten werden. Erreicht wurde dies durch die konsequente Ausrichtung der Vertriebsaktivitäten auf langfristige Kundenbeziehungen sowie erfolgreiche Kundengewinnungs- und Kundenbindungsprogramme. Zudem baute enviaM die vertrieblichen Kooperationen mit leistungsstarken Partnern aus. Einen stetig wachsenden Anteil des Vertriebsgeschäftes realisiert enviaM außerhalb des Grundversorgungsgebietes. Bei Geschäftskunden und Weiterverteilern tragen vor allem unsere Angebote rund um die Themen Energieeffizienz, Eigenerzeugung und Energieberatung zur Neukundengewinnung bei.

Die erlebte Servicequalität spielt für die Kundenzufriedenheit und damit auch für die Kundenbindung eine zentrale Rolle. Für die Service- und Beratungsleistungen im Segment der Privatkunden wurde enviaM im Jahr 2016 wiederholt mit dem Servicesiegel „sehr gut“ der Agentur ServiceRating Köln ausgezeichnet. Darüber hinaus wurde das Unternehmen ebenfalls erneut als Branchenbesten im Wettbewerb

„TOP Service Deutschland 2016“ prämiert sowie wiederholt als bester regionaler Stromversorger beim Kundenservice im Rahmen der Umfrage „Service-Champions“ ausgezeichnet. Prämiert ist ebenfalls der Online-Kundenservice der Internetseite von enviaM. Beim Test „Stromanbieter 2016“ der Deutschen Gesellschaft für Verbraucherstudien erhielt enviaM die Bewertung „sehr gut“.

Die Digitalisierung hält über die stetig steigende Vernetzung von Energie- und Datenflüssen immer stärkeren Einfluss im Vertriebsgeschäft. Eine wichtige Grundvoraussetzung für das Privatkundensegment wurde im September 2016 mit der auch für mobile Endgeräte optimierten Vertriebsplattform geschaffen. Der Kunde erhält nicht nur eine optimierte Übersicht seiner Kundendaten, sondern kann einfacher und schneller Produkte wählen und wechseln. Eine App für die Zählerstandserfassung per Bilderkennung, den mobilen Zugriff auf den persönlichen Kundenbereich „Meine enviaM“ und Energiespartipps ergänzt das digitale Angebot.

Durch den zunehmenden Beratungsbedarf bei dem Verkauf von Energiedienstleistungen spielt der persönliche Kontakt auch weiterhin eine wichtige Rolle im Vertriebsgeschäft der Privat- und Gewerbekunden. In den 21 von enviaM gemeinsam mit MITGAS geführten Service- und Partnerfilialen wurden im Geschäftsjahr über 125.000 Kundenanliegen bearbeitet und Beratungsgespräche zu den Produkt- und Dienstleistungsangeboten geführt. Dabei wurden mehr als 12.000 Strom- und Gaslieferverträge abgeschlossen. Dem Vertrieb von Energieeffizienzprodukten, zum Beispiel Solar- und Wärmedienstleistungen kommt eine immer größere Bedeutung zu.

Die Energiegemeinschaft Mitteldeutschland e.V. (EGM) arbeitet als Marktpartnerplattform der Elektrobranche in Mitteldeutschland. Die Betreuung von Marktpartnern des regionalen Elektro-Handwerks unter Einbindung der Elektroindustrie und der enviaM-Gruppe steht dabei im Fokus. Im Geschäftsjahr konnte eine weiter steigende Mitgliederzahl verzeichnet werden und damit die Attraktivität der Gemeinschaft gesteigert werden. Die EGM wird auch zukünftig ihr Dienstleistungsspektrum ausbauen und ein verlässlicher Partner insbesondere für das Elektrohandwerk bleiben.

Kundenbeirat. 26 Privatkunden des Kundenbeirats beraten die Unternehmensgruppe ehrenamtlich zu kundenrelevanten Themen. Der Kundenbeirat tagte im Geschäftsjahr vier Mal und beriet sich unter anderem zur Gestaltung von Kommunikationsmitteln, Bonusprogrammen, idealen Energiefilialen und bewertete Anwendungsideen auf Basis neuer Technologien.

Entwicklung des Strompreises. Zum 1. März 2016 erhöhte enviaM die Grundpreise für Strom bei Privatkunden in der Grundversorgung und bei daran angelehnten Sonderverträgen um brutto 1,00 Euro pro Monat. Der Grund waren die deutlichen Steigerungen der staatlich veranlassten Umlagen auf den Strompreis. Aufgrund gesunkener Beschaffungskosten konnte enviaM diesem Anstieg zum Teil entgegenwirken. Die weitere Kostensteigerung für die Netznutzung machte jedoch eine Anhebung des Grundpreises für Strom erforderlich.

Durch das Voranschreiten der Energiewende stiegen die Netzentgelte und Umlagen, hier insbesondere die EEG-Umlage, zu Beginn des Jahres 2017 weiter an. Die Steuern, Abgaben und Umlagen des Staates haben inzwischen einen Anteil von 54 Prozent am Strompreis eines Durchschnittshaushalts in Deutschland erreicht. Diese Mehrkosten können durch sinkende Beschaffungskosten erneut nicht vollständig ausgeglichen werden. Zum 1. Januar 2017 erhöhte enviaM deshalb den Grundpreis für Strom bei Privatkunden in der Grundversorgung und bei daran angelehnten Sonderprodukten um brutto 2,17 Euro pro Monat. Unverändert blieben die Verbrauchspreise für Privatkunden sowie die Strompreise für Gewerbekunden in der Grundversorgung und bei daran angelehnten Sonderprodukten. Ebenfalls unverändert blieben die Strompreise für Privat- und Gewerbekunden mit Sonderverträgen für Wärmestrom im Grundversorgungsgebiet.

Produkt- und Dienstleistungspalette. Der Vertrieb von Strom an Privat- und Gewerbekunden, Geschäftskunden sowie Stadtwerke und Kommunen ist nach wie vor das Hauptgeschäftsfeld von enviaM. Im Zuge der Energiewende hat die enviaM-Gruppe ihr Produkt- und Dienstleistungsangebot stetig erweitert. Die Digitalisierung eröff-

net dabei neue Chancen, die wir in der Ausweitung der Produktpalette und Dienstleistungen nutzen. Die enviaM-Gruppe bietet mittlerweile mehr als 80 Energiedienstleistungen an und erwirtschaftete damit im Berichtsjahr rund 14 Prozent des Vertriebsergebnisses. Schwerpunkte dabei sind Angebote zur dezentralen Energieerzeugung, zur Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie digitale Kundenanwendungen und Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz.

Produkt- und Dienstleistungspalette für Privat- und Gewerbekunden. Für Privatkunden führte enviaM zum 30. Juni 2016 ein neues Stromprodukt mit flexiblen, durch den Kunden frei wählbaren Bausteinen ein. So kann der Kunde bei „MEIN STROM“ zwischen der Art der Preisgarantie und der Länge der Laufzeit selbst bestimmen. Zusätzlich lassen sich die Optionen „Online“ und „Naturstrom“ frei wählen. Mehr als 60.000 Kunden haben sich im laufenden Geschäftsjahr für ein solches Angebot entschieden.

Die Vermarktung von Solar- und Wärmedienstleistungen für Privatkunden setzte die enviaM-Gruppe im Geschäftsjahr 2016 erfolgreich fort. Der Unternehmensverbund bietet Photovoltaikanlagen und Energiespeicher zur Stromerzeugung und -speicherung in den eigenen vier Wänden in verschiedenen Größen an. Das Produktportfolio wurde zudem um Dienstleistungen zur Anlagenüberwachung, -wartung und um eine Pachtlösung für Photovoltaik-Anlagen sowie einem REST STROM solar-Angebot erweitert. Das REST STROM solar-Angebot, eine Strom-Flatrate, ermöglicht dem Kunden, den fehlenden, nicht in seiner Photovoltaikanlage erzeugten Strom kostengünstig von enviaM zu beziehen. Zudem bietet das Unternehmen mit dem Produkt „enviaM Hauswärme“ Eigentümern eine günstige und komfortable Alternative zum Kauf einer neuen Heizung an. Dabei kann der Kunde zwischen einer Erdgas-Brennwertheizung, einer Luft-Wasser-Wärmepumpe oder einem Mikro-Blockheizkraftwerk entscheiden. Für Solar- und Wärmedienstleistungen wurden im Geschäftsjahr über 500 Verträge abgeschlossen. Darüber hinaus bietet enviaM weitere Energiedienstleistungen wie die Gebäudethermografie zur Aufdeckung energetischer Schwachstellen, verbrauchs- oder bedarfsorientierte Energieausweise sowie Energieberatungen an.

Produkt- und Dienstleistungspalette für Geschäftskunden. Das Produkt- und Dienstleistungsportfolio für Geschäftskunden wurde mit dem Schwerpunkt der Digitalisierung erweitert. Insgesamt ist dieses Segment jedoch weiterhin von starkem Wettbewerb und einer ausgeprägten Preissensitivität der Kunden gekennzeichnet. enviaM unterstützt die Kunden bei der Neuausrichtung ihrer Energieversorgung durch die Kombination von Erzeugungs-, Lastmanagement- und Speicherangeboten sowie spezifischen Smart-Meter-Lösungen. enviaM bietet zum einen verschiedene Optionen zur Eigenerzeugung von Strom an. Dazu gehören zum Beispiel Kauf- oder Pachtmodelle für Blockheizkraftwerke, Photovoltaiklösungen oder aber auf den Kunden zugeschnittene Wärmedienstleistungen. Darüber hinaus können Geschäftskunden ihre Eigenerzeugungsanlagen mit denen anderer Kunden vernetzen. Neben einer unabhängigen und flexiblen Energieversorgung erhalten diese dadurch eine optimierte Auslastung ihrer Anlagen sowie die Teilnahme am ansonsten nur schwer zugänglichen Regelleistungsmarkt. Die enviaM-Gruppe vermarktete im Berichtsjahr für Geschäftskunden über 1.800 GWh aus kundeneigenen erneuerbare Energien- bzw. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.

Im Geschäftsjahr haben sich über 200 Kunden für einen Online-Zugang zum Energiecockpit der enviaM entschieden. Im Energiecockpit werden neben der Visualisierung von Verbrauchswerten auch Steuerungs- und Überwachungsfunktionen, ein energiewirtschaftliches Reporting und eine Vergleichsfunktion mit Referenzwerten angeboten. Besonders interessant ist das Energiecockpit für Kunden mit vielen Lieferstellen. Weiterhin realisierte die enviaM-Gruppe im Geschäftsjahr rund 400 Aufträge zu verschiedensten energiewirtschaftlichen Fragestellungen. Im Mittelpunkt standen dabei im Geschäftsjahr Aufträge zur Einführung und Aufrechterhaltung von Energiemanagementsystemen nach der DIN EN ISO 50001 sowie die Durchführung von Energieaudits nach der DIN EN 16247 und nach dem alternativen System.

Produkt- und Dienstleistungspalette für Kommunen. enviaM und MITGAS unterstützen Kommunen im Rahmen des „Fonds Energieeffizienz Kommunen“ (FEK) bei Investitionen in Maßnahmen zur Einsparung von Strom und Erdgas sowie bei der Erstellung von Energiekonzepten. Anspruchs-

berechtigt sind hierbei Kommunen, mit denen Konzessionsverträge abgeschlossen wurden. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 166 Projekte mit rund 331.000 Euro in Kommunen unterstützt. Die aus diesen Maßnahmen resultierende jährliche Energieeinsparung liegt bei rund einer Million Kilowattstunden. Ein besonders innovatives Projekt wird mit der Stadt Leuna umgesetzt. Beim Neubau des Schwimmbades werden ein Wärmedämmverbundsystem, eine Photovoltaik-Anlage in der Glasfassade und eine Solarthermieanlage auf dem Dach installiert.

enviaM unterstützt die Kommunen darüber hinaus bei der Erstellung von Energiekonzepten und integrierten Lösungen für die energetische Stadtsanierung. Es werden dabei förderfähige Konzepte entwickelt, die ein nachhaltiges Energiemanagement ermöglichen. Dabei werden Wohnquartiere oder einzelne Stadtteile hinsichtlich ihres Energieverbrauches analysiert und Einsparpotentiale aufgezeigt. Ein Beispiel dafür ist das Quartier „Ortsmitte“ der Gemeinde Schönheide. Schwerpunkte bildeten dort Energieeffizienzmaßnahmen für kommunale Einrichtungen und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung.

Im Geschäftsjahr 2016 setzte enviaM die E-Mobility-Testwochen für Kommunen im Rahmen des Programms „Elektromobilität erFAHren“ fort. 27 Städte und Gemeinden konnten zehn Tage lang ein Elektroauto auf seine Alltagstauglichkeit testen. Das Fazit fiel auch in diesem Jahr sehr positiv aus. Etwa drei Viertel der Städte und Gemeinden können sich vorstellen, ein Elektroauto zu nutzen. Da in 2016 nicht alle Kommunen die Möglichkeit erhielten, am Program teilzunehmen, werden die E-Mobility-Testwochen auch in 2017 angeboten.

Produkt- und Dienstleistungspalette für Energieversorgungsunternehmen. enviaM unterhält Geschäftsbeziehungen zu mehr als 100 Stadtwerken und anderen Energieversorgern in Ostdeutschland. Diese umfassen neben der Stromlieferung auch verschiedene Dienstleistungen. Im Geschäftsjahr erweiterte die enviaM-Gruppe die Bilanzkreismanagement-Dienstleistungen für Strom und Erdgas für Stadtwerke. enviaM bietet Energieversorgungsunternehmen eine verursachungsgerechte Trennung und Bewirtschaftung von Netz- und Vertriebsbilanzkreisen an. Dadurch werden Transparenz und Wirtschaftlichkeit für den Kunden erhöht.

Darüber hinaus baute enviaM im Berichtsjahr das Dienstleistungsgeschäft mit der Vermarktung von Kraftwerksflexibilität an Regelleistungsmärkten weiter aus. Zusätzlich zur Vermarktung von Minutenreserve und Sekundärregelleistung können flexible Kraftwerksleistungen nun auch in der Primärregelleistung vermarktet werden. Die Teilnahme an Regelleistungsmärkten führt zur nachhaltigen Steigerung der Wirtschaftlichkeit für die Anlagenbetreiber. Die enviaM-Gruppe bündelt die Leistung in einem virtuellen Kraftwerk, das inzwischen mehr als 1.000 Megawatt umfasst. Im Geschäftsjahr wurde zudem das Dienstleistungsportfolio für Stadtwerke um Beratungsleistungen beispielsweise zu den Themen Arbeits-, Brand- und Umweltschutz, Krisenmanagement, Personalstrategie und Gleichbehandlung ergänzt.

Energieeffizienznetzwerke. Die enviaM-Gruppe etablierte im Geschäftsjahr insgesamt fünf Energieeffizienznetzwerke. In den enviaM-Energieeffizienznetzwerken für Kommunen, Key Accounts, Stadtwerke, energieintensive Industrieunternehmen aus der Region sowie ein Standortnetzwerk fungiert die enviaM-Gruppe als Initiator, Netzwerkmoderator und zentraler Ansprechpartner. Damit wird die enviaM-Gruppe den Forderungen aus dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) der Bundesregierung gerecht. In den Netzwerken werden Informationen und Erfahrungen zu energiespezifischen Themen ausgetauscht. Die Netzwerkpartner erarbeiten gemeinsam konkrete Maßnahmen, um die Energieeffizienz zu steigern und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Für jedes Netzwerk wird eine Gesamtzielvereinbarung festgelegt, die so zum ehrgeizigen Ziel der Bundesregierung beiträgt, bis zum Jahr 2020 bis zu 75 Petajoule Primärenergie einzusparen.

Netzausbau und Netzbetrieb. Im Geschäftsjahr 2016 lag der Investitionsschwerpunkt erneut auf dem Ausbau und der Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungsaufnahme und den Transport erneuerbarer Energien unter Beibehaltung der Versorgungssicherheit. Dabei wurden verstärkt neue und intelligente Netztechnologien zur Laststeuerung und Spannungsregelung eingesetzt. Mehrere tausend Einzelmaßnahmen im Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetz wurden umgesetzt. Darüber hinaus entwickelte der Verteilernetzbetreiber MITNETZ STROM das Netzdienstleistungsgeschäft entlang der gesamten Wertschöpfungskette weiter.

Digitalisierung Messwesen. Im Geschäftsjahr trat das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft. Im Zentrum des Gesetzespaketes steht die verpflichtende Einführung moderner Messeinrichtungen und intelligenter Messsysteme. Die stufenweise Einführung moderner Messeinrichtungen beginnt ab 2017 und soll bis 2032 abgeschlossen sein. Stromverbraucher mit einem Jahresverbrauch von mehr als 6.000 Kilowattstunden pro Jahr sowie Betreiber dezentraler Erzeugungsanlagen mit einer installierten Leistung ab 7 Kilowatt erhalten intelligente Messsysteme.

Die enviaM-Gruppe bereitete sich intensiv auf die Einführung vor. Ein Schwerpunkt dabei ist es, die Kunden umfassend über die neue Messtechnik und deren Vorteile aufzuklären. Ziel ist, die Kosten für den Einbau und Betrieb im Sinne der Kunden so gering wie möglich zu halten und gleichzeitig einen echten Mehrwert zu bieten. Regionale Netzbetreiber wie MITNETZ STROM können mittels der neuen Technik ihr Stromnetz sicherer und effizienter betreiben. Stromverbraucher können bewusster mit Energie umgehen, in dem sie ihren Energieverbrauch besser ablesen und überwachen können. Die enviaM-Gruppe hat die Entwicklung intelligenter Messsysteme zu einem Schwerpunkt ihrer Forschungsaktivitäten gemacht.

Der enviaM-Netzbetreiber MITNETZ STROM hat im Geschäftsjahr gemeinsam mit Stadtwerken und weiteren Unternehmen eine Anwendergemeinschaft für intelligente Messsysteme in Ostdeutschland gegründet. Ziel ist es, sich bestmöglich auf die Einführung intelligenter Messsysteme vorzubereiten. Im Mittelpunkt der Anwendergemeinschaft steht der Informations- und Erfahrungsaustausch zu allen Prozessen im Rahmen der Umstellung auf intelligente Messsysteme. Die Partner entwickeln zudem gemeinsam Lösungen für die Umsetzung der gesetzlichen und technischen Vorgaben. Darüber hinaus testen ausgewählte Teilnehmer in einem Pilotprojekt intelligente Messsysteme in der Praxis und leiten daraus Handlungsempfehlungen ab. Zum 31. Dezember 2016 waren 55 Unternehmen Mitglieder der Anwendergemeinschaft.

Ausbau des regenerativen Erzeugungsportfolios. Der Ausbau der erneuerbaren und dezentralen Energien ist weiterhin ein wichtiger Strategiebestandteil der enviaM-

Gruppe. Im Geschäftsjahr 2016 wurden verschiedene Projekte in den Bereichen Photovoltaik und Windkraft umgesetzt. Dazu zählen die Inbetriebnahme des Windparks Eichow II am Standort Kolkwitz, das Repowering im Windpark Heynitz und die Errichtung eines Solarparks in Guben. An der Windenergie Briesensee GmbH wurden zudem weitere Geschäftspartner beteiligt. Darüber hinaus konnten Dienstleistungen rund um erneuerbare Energien ausgebaut werden. Das betrifft beispielsweise die Planung und die Betriebsführung von Windparks oder die schlüsselfertige Realisierung von größeren Solarprojekten. Die dafür zuständige envia THERM GmbH wurde vom TÜV zertifiziert und darüber hinaus für den kooperativen Umgang mit Kommunen und Bürgern als „Partner für faire Windenergie“ vom Freistaat Thüringen ausgezeichnet.

Breitbandausbau. Voraussetzung für die erfolgreiche Digitalisierung ist die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen und der Aufbau von Hochleistungsnetzen. Im Rahmen des Netzausbaus in unserem Grundversorgungsgebiet bringt die enviaM-Gruppe den Ausbau des Breitbandnetzes voran. Im Geschäftsjahr hat unsere Telekommunikationstochter envia TEL 43 Gewerbegebiete an das Glasfasernetz angeschlossen. Zudem vermarktet envia TEL Glasfaserverbindungen für Netzbetreiber. Dabei ist envia TEL als Auftragnehmer großer Mobilfunkanbieter im Netzgebiet der enviaM und innogy in Deutschland erfolgreich. Insgesamt 27 Glasfaseranschlüsse wurden den Kunden im Geschäftsjahr übergeben. envia TEL unterstützt darüber hinaus Kommunen beim Aufbau von Leerrohr- und Glasfasernetzen durch Bereitstellung einer Telekommunikations-Zielnetzplanung. Die Kommunen werden damit in die Lage versetzt, eine eigene langfristige Strategie zum Breitbandausbau zu verfolgen und Synergien mit Ausbau- und Rekonstruktionsmaßnahmen kommunaler Infrastrukturen und Fördermittelangeboten zu heben.

Wissenschaft und Forschung. Die enviaM-Gruppe begleitete im Berichtsjahr zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Schwerpunktthemen waren dabei Digitalisierung, Dezentralisierung, Elektromobilität und Effizienzsteigerung im Netz. Dazu kooperiert der Unternehmensverbund mit den Hochschulen und weiteren Partnern in der Region.

Zur Entwicklung intelligenter Messsysteme arbeitet die enviaM-Gruppe eng mit den regionalen Hochschulen Anhalt (Köthen), Merseburg und Mittweida zusammen. Im Mittelpunkt stehen die hohen gesetzlichen und technischen Anforderungen an intelligente Messsysteme und die dafür notwendigen Softwaresysteme, hier insbesondere die Vorgaben zur Datensicherheit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), sowie die Qualitätssicherung. Darüber hinaus bringt sich der Unternehmensverbund in Vorhaben zur Entwicklung neuer und effizienter Netz- und Speichertechnologien, zum Beispiel in das als Verbundvorhaben konzipierte Forschungsprojekt „Systemdienstleistungen aus Flächenverteilernetzen 2.0 (SysDL 2.0)“, ein. Ziel ist es, Konzepte zu entwickeln, um Netzbelastungen zu reduzieren und Systemdienstleistungen für das eigene Netz sowie für den Übertragungsnetzbetreiber erbringen zu können. Zudem entwickelt die enviaM-Gruppe mit Kooperationspartnern intelligente und bezahlbare Lösungen für den industriellen und privaten Einsatz von stationären Speichern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung der Elektromobilität in Ostdeutschland. Im Projekt „sMobility:COM“ arbeiten wir mit weiteren Partnern daran, dass der Einsatz von Elektrofahrzeugen für mobilitätsbasierte Dienstleistungen bald wirtschaftlich wird. Bestandteil des Projektes ist die Entwicklung einer Ladetechnologie, durch die eine Überlastung des Stromnetzes vermieden werden kann, selbst wenn zeitgleich eine hohe Anzahl von Elektrofahrzeugen geladen wird. enviaM steht dazu auch mit den deutschen Automobilherstellern im Austausch. Im Rahmen des Projektes „FAST-E“ errichtet enviaM zehn Schnellladesäulen entlang verkehrsreicher Strecken und untersucht, ob sich durch den Einsatz von Speichern die Netzanschlusskosten für Schnelllader reduzieren lassen. Dabei werden sogenannte 2nd-Life Batterien genutzt, das heißt alte Batterien aus Elektrofahrzeugen, die für die mobile Anwendung ausgedient haben.

Weitere Forschungsprojekte beschäftigen sich mit Effizienzsteigerungen im Netz, zum Beispiel mit der Entwicklung eines neuartigen Systems zur Ortung von Erdschlussfehlern und neuen Verfahren zur Zustandsermittlung von Mittelspannungskabeln.

Konzessionen als Grundlage der Partnerschaft. Gesicherte Konzessionen sind die Basis für das Netzgeschäft und die Partnerschaft von enviaM und den Kommunen. In den letzten zehn Geschäftsjahren wurden mit mehr als 300 Kommunen erfolgreiche Verhandlungen zum Neuabschluss von Stromkonzessionsverträgen geführt. Im Ergebnis wurden für mehr als 1.000.000 versorgte Einwohner die Verträge neu abgeschlossen. Dies zeigt das große Vertrauen unserer Städte und Gemeinden in die Leistungsfähigkeit der enviaM-Gruppe als verlässlichen Partner. Im Geschäftsjahr 2016 wurden trotz des anhaltend hohen Wettbewerbs der überwiegende Teil der zum Neuabschluss anstehenden Stromkonzessionsverträge abgeschlossen. Beispiele dafür sind die Städte Cottbus, Raguhn-Jeßnitz, Südliches Anhalt und Zörbig sowie die Gemeinden Dobereschütz, Petersberg und St. Egidien.

Die Kommunalbetreuer der enviaM-Gruppe stehen den Städten und Gemeinden als persönliche Ansprechpartner für alle Fragen rund um den Konzessionsvertrag, das Sponsoring, Fragen der Energieeffizienz und zu kommunalen Produkten zur Verfügung. Darüber hinaus erhalten die Bürgermeister mit dem Newsletter „kommunal“ sowie im Internet unter www.enviam-gruppe.de/Kommunen aktuelle Informationen aus der enviaM-Gruppe. Die Veranstaltungsreihe „Tag der Kommune“ ist bei den Bürgermeistern als Plattform zum unmittelbaren Austausch fest etabliert. Im Geschäftsjahr nahmen an den vier Veranstaltungen in Bad Liebenwerda, Trebsen, Arnstein und Zschopau insgesamt über 170 Kommunen teil.

enviaM-Gruppe als Partner der Kommunen. Die Unternehmen der enviaM-Gruppe fühlen sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich für die Weiterentwicklung der Städte und Gemeinden in Ostdeutschland und die Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bürger verantwortlich. Das breit gefächerte Engagement des Unternehmensverbundes umfasst alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im Geschäftsjahr wurden über 1.100 Spenden ausgereicht und Sponsoringaktivitäten umgesetzt. Dabei fördert die enviaM-Gruppe unterschiedliche Projekte aus Bildung, Kultur und Sport. Höhepunkte im Geschäftsjahr waren die Unterstützung vom „Tag der Deutschen Ein-

heit“ in Dresden, des „Tag der Sachsen“ in Limbach-Oberfrohna, des „Sachsen-Anhalt-Tag“ in Sangerhausen sowie des „Brandenburg-Tag“ in Hoppegarten. Ferner fördert die enviaM-Gruppe das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr wurden 153 Einsätze unterstützt. Zudem führte das Unternehmen den Städtewettbewerb fort. Zwischen Mai und Oktober 2016 radelten mehr als 3.800 Teilnehmer aus 25 Kommunen für gemeinnützige Projekte.

Ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der Kommunen ist die Sponsoringfibel. Seit Einführung der Fibel im Jahr 2007 wurden über 3.000 Projekte mit insgesamt 3,2 Millionen Euro von der enviaM-Gruppe zur regionalen Förderung an Vereine und Initiativen vergeben. Die Kinder- und Jugendarbeit nimmt dabei einen besonders hohen Stellenwert ein. Unter dem Motto „Jugend – Bildung – Zukunft“ unterstützt das Unternehmen seit vielen Jahren unter anderem Bildungsprojekte für alle Altersstufen beginnend vom Kindergarten bis hin zu potentiellen Auszubildenden in der Oberstufe. Eine Jury aus Vertretern der Kommunen und enviaM entscheidet gemeinsam über die Vergabe der Fördermittel aus der Sponsoringfibel. So kann eine gerechte Verteilung der Mittel im Grundversorgungsgebiet gewährleistet werden.

Die enviaM-Gruppe positioniert sich klar zur Integration von Flüchtlingen und Migranten. Mit dem vom Unternehmensverbund geschaffenen „Integrationsfonds“ unterstützt die enviaM-Gruppe regionale Vereine, die vor Ort aktive Integrationsarbeit leisten. Im Geschäftsjahr wurden dabei 40 Projekte unterstützt.

Beteiligungen

Koordinierte Zusammenarbeit in der enviaM-Gruppe.

Zum 31. Dezember 2016 ist enviaM an 53 Gesellschaften, darunter 26 kommunalen Energieversorgungsunternehmen, in direkter Form beteiligt. Daneben bestehen mittelbare Beteiligungen.

Im Beteiligungsportfolio wurden im Geschäftsjahr folgende wesentliche Veränderungen umgesetzt beziehungsweise vorbereitet:

Veränderungen des Beteiligungsportfolios in 2016.

enviaM reduzierte im Geschäftsjahr ihre Beteiligung an der Oschatz Netz GmbH & Co. KG von 99,98 Prozent auf 74,90 Prozent durch einen Verkauf von Geschäftsanteilen an den Mitgesellschafter, die Stadt Oschatz. Basis hierfür bildeten Vereinbarungen zwischen enviaM und der Stadt Oschatz im Zusammenhang mit der Gründung der gemeinsamen Netzeigentumsgesellschaft, welche zum 1. Januar 2013 ihren operativen Betrieb aufgenommen hatte.

Ausbau des Engagements im Bereich der erneuerbaren Energien. Der Ausbau der erneuerbaren Energien bleibt ein wichtiger Eckpfeiler der strategischen Ausrichtung der enviaM-Gruppe.

enviaM hat im Geschäftsjahr 100 Prozent der Kommanditanteile an der Erste WEA Vetschau GmbH & Co. KG sowie 100 Prozent der Kommanditanteile an der Zweite WEA Vetschau GmbH & Co. KG erworben. Die beiden Gesellschaften werden im nächsten Schritt verschmolzen und in die WEK Windenergie Kolkwitz GmbH & Co. KG umfirmiert.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 2016 hat enviaM 40 Prozent der Kommanditanteile an der Heizkraftwerk Zwickau Süd GmbH & Co. KG erworben. Die Gesellschaft betreibt ein Biomasseheizkraftwerk, welches auf Basis von Waldhackschnitzeln und Landschaftspflegematerial Strom und Wärme für das Stadtgebiet Zwickau erzeugt. Weiterer Mitgesellschafter ist die Zwickauer Energieversorgung GmbH, die zum 31. Dezember 2016 60 Prozent der Kommanditanteile hält.

Im Bereich Windenergie hat enviaM im Geschäftsjahr Anteile an der Windenergie Briesensee GmbH an interessierte Partnerstadtwerke veräußert. Für die Zukunft beabsichtigt enviaM, weitere Anteile abzugeben, so dass das Unternehmen künftig eine Beteiligung voraussichtlich in Höhe von 25,1 Prozent dauerhaft an der Windenergie Briesensee GmbH halten wird. Weiterhin hat enviaM im Geschäftsjahr 24,8 Prozent der Anteile an der Windkraft Jerichow-Mangelsdorf I GmbH & Co. KG an interessierte Partner veräußert und damit ihre Beteiligung an der Gesellschaft auf 25,1 Prozent reduziert.

Darüber hinaus hat enviaM im Geschäftsjahr die SEG Solarenergie Guben GmbH & Co. KG gegründet und eine Photovoltaik-Anlage in Guben errichtet. Die Projektentwicklung und der Bau dieser Freiflächen-Anlage erfolgte federführend durch die envia THERM.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt enviaM verschiedene Kennzahlen. Als wesentliche Steuerungsgrößen im finanzbezogenen Bereich werden das betriebliche Ergebnis nach IFRS und die Höhe der Investitionen verwendet.

Betriebliches Ergebnis nach IFRS. Der Jahresüberschuss nach HGB wird wie folgt auf das betriebliche Ergebnis nach IFRS übergeleitet.

	2016	2015
	Mio. €	Mio. €
Jahresüberschuss (HGB)	149,3	307,0
Sonstige Steuern (HGB)	3,9	0,0
Ergebnis nach Steuern (HGB)	153,2	307,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (HGB)	48,4	71,8
Finanzergebnis (HGB)	-20,5	-55,9
Betriebliches Ergebnis / EBITA (HGB)	181,1	322,9
Überleitung (HGB / IFRS)	-30,4	-5,6
Betriebliches Ergebnis / EBITA (IFRS)	150,7	317,3

Die Überleitung des betrieblichen Ergebnisses nach HGB zum betrieblichen Ergebnis nach IFRS betrifft insbesondere die Ansatz- und Bewertungsanpassungen im Sachanlagevermögen in Verbindung mit dem im HGB bilanzierten Sonderposten mit Rücklageanteil. Dies führt zu entsprechend abweichenden Abschreibungen und dem Entfall der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil im Umfang von insgesamt –15,3 Millionen Euro (Vorjahr: –21,8 Millionen Euro). Die im Vorjahr aus Konzernsicht im betrieblichen Ergebnis nach IFRS ausgewiesenen und damit umgegliederten Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (15,0 Millionen Euro) verbleiben im Berichtsjahr im Finanzergebnis mit 11,6 Millionen Euro.

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2016 war enviaM von einem betrieblichen Ergebnis (IFRS) von rund 190 Millionen Euro ausgegangen. Zum Jahresende betrug das betriebliche Ergebnis (IFRS) 150,7 Millionen Euro. Der Rückgang ist überwiegend auf ein geringeres Beteiligungsergebnis zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahr ist das betriebliche Ergebnis (IFRS) im Geschäftsjahr 2016 um 166,6 Millionen Euro gesunken. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Verminderung des Ergebnisses aus Gewinnabführungsverträgen zurückzuführen, welches hauptsächlich durch gestiegene Aufwendungen für Maßnahmen im Netzbereich einer Tochtergesellschaft der enviaM verursacht wurde.

Investitionen. Das Netzgeschäft des Unternehmens ist anlagenintensiv. Die optimale Höhe an Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bildet daher eine weitere Zielgröße bei enviaM. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen im Geschäftsjahr 151,1 Millionen Euro (Vorjahr: 143,9 Millionen Euro). Der für das Geschäftsjahr 2016 prognostizierte Anstieg der Investitionen auf rund 146 Millionen Euro wurde damit leicht übertroffen. Ursache dafür sind im Wesentlichen höhere Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen in die Netzinfrastruktur, insbesondere um die Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energien sicherzustellen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung des nicht finanzbezogenen Bereichs von enviaM stellen die Kennzahlen Kundenzufriedenheitsindex und Stromabsatz wichtige unternehmerische Messgrößen dar.

Kundenzufriedenheitsindex. Die Zufriedenheit der Kunden mit den Produkten und Dienstleistungen von enviaM ist eine wesentliche Grundlage für den vertrieblichen Erfolg. Die Kundenzufriedenheit basiert dabei auf realen Kundeneinschätzungen, die über eine jährliche Kundenumfrage ermittelt werden. Als Maßzahl fasst der Kundenzufriedenheitsindex alle abgegebenen Meinungen auf einer Skala von 0 bis 100 zusammen. So können mithilfe des Index Idealvorstellungen der Kunden (Soll) mit der tatsächlich wahrgenommenen Unternehmensleistung (Ist) über einen definierten Zeitraum miteinander verglichen werden.

Im Geschäftsjahr konnte enviaM erneut den hohen Kundenzufriedenheitsindex von 79 Punkten (2015: 79 Punkte) erreichen. Das Ziel, die hohe Zufriedenheit der Kunden auf dem Niveau aufrechtzuerhalten, wurde somit erfüllt. Dazu trugen vor allem gezielte Service- und Kundenbindungsmaßnahmen, der Ausbau des Produkt- und Dienstleistungsportfolios sowie die kontinuierliche Verbesserungen der digitalen Dienstleistungen bei.

Stromabsatz. Eine weitere wesentliche Steuerungsgröße im Vertrieb sind die Absatzziele. Maßgeblich hierfür ist der Stromabsatz an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden gemessen in Kilowattstunden. Dafür werden jährlich Ziele im Mittelfristplanungszeitraum von drei Jahren festgelegt. Die Entwicklung des Stromabsatzes ist im Abschnitt Stromaufkommen und -abgabe dargestellt.

Allgemeine Ertragslage

Ergebnis. Im Geschäftsjahr 2016 erzielte enviaM einen Jahresüberschuss in Höhe von 149,3 Millionen Euro (Vorjahr: 307,0 Millionen Euro). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf den Entfall der Sonderausschüttung aus dem Spezialfonds sowie auf geringere Gewinnabführungen bzw. höhere Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften mit Gewinnabführungsverträgen zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aller Sparten einschließlich Strom- und Energiesteuer betragen im Berichtszeitraum 2.478,5 Millionen Euro (Vorjahr: 2.438,3 Millionen Euro).

In der Sparte Strom beliefen sich die Umsatzerlöse auf 2.029,3 Millionen Euro (Vorjahr: 2.063,4 Millionen Euro). Der Rückgang um 34,1 Millionen Euro resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Absätzen im Segment Geschäftskunden. Absatzbedingt höhere Umsätze im Vertriebssegment Weiterverteiler/Vertriebshandel können dies nicht voll kompensieren.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Gas betragen 6,5 Millionen Euro (Vorjahr: 45,9 Millionen Euro). Der Rückgang der Umsatzerlöse ist im Wesentlichen auf den Entfall von Gaslieferungen an MITGAS zurückzuführen.

Die sonstigen Umsatzerlöse summierten sich auf 442,7 Millionen Euro (Vorjahr: 329,0 Millionen Euro). Der Anstieg um 113,7 Millionen Euro resultiert im Wesentlichen aus der erstmaligen Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) und der damit verbundenen Neudefinition der Umsatzerlöse.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 142,6 Millionen Euro (Vorjahr: 237,9 Millionen Euro). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die erstmalige Anwendung des BilRUG und des daraus resultierenden Ausweises in den sonstigen Umsatzerlösen zurückzuführen.

Der Materialaufwand in Höhe von 1.931,0 Millionen Euro (Vorjahr: 1.961,2 Millionen Euro) umfasst Energiebeschaffungskosten für Strom und Gas, Netzentgelte sowie sonstige Materialkosten, wobei die Strombeschaffungskosten den größten Posten bilden. Die Verminderung des Materialaufwandes im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf gesunkene Strombeschaffungspreise zurückzuführen.

Der Personalaufwand belief sich auf 61,9 Millionen Euro (Vorjahr: 58,8 Millionen Euro). Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der Aufwendungen für Altersversorgung, einem höheren Personalbestand und der Einmalzahlung aus dem Tarifabschluss.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 146,7 Millionen Euro (Vorjahr: 163,3 Millionen Euro) gegenüber dem Vorjahr um 16,6 Millionen Euro gesunken.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug –28,2 Millionen Euro (Vorjahr: 228,3 Millionen Euro) und setzt sich aus Erträgen aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzvermögens sowie aus dem Beteiligungsergebnis zusammen. Wesentliche Ursachen für den deutlichen Rückgang sind der Entfall der Sonderausschüttung aus dem Spezialfonds sowie das rückläufige Ergebnis aus dem Gewinnabführungsvertrag mit MITNETZ STROM.

Das Zinsergebnis in Höhe von –11,0 Millionen Euro (Vorjahr: –21,4 Millionen Euro) bildet den Saldo aus den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen ab. Die Verbesserung des Zinsergebnisses resultierte insbesondere aus der gesetzlichen Anpassung der Durchschnittszinssätze für die Bewertung langfristiger Rückstellungen.

Die Reduzierung der Abschreibungen auf Finanzanlagen wegen dauernder Wertminderung um 74,4 Millionen Euro wirkt ergebnisverbessernd.

Der Bilanzgewinn in Höhe von 161,8 Millionen Euro (Vorjahr: 221,3 Millionen Euro) setzt sich aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 149,3 Millionen Euro (Vorjahr: 307,0 Millionen Euro) zuzüglich des Gewinnvortrages in Höhe von 0,5 Millionen Euro (Vorjahr: 0,3 Millionen Euro) und der Entnahme aus den Gewinnrücklagen in Höhe von 12,0 Millionen Euro (Vorjahr: Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 86,0 Millionen Euro) zusammen.

Stromaufkommen und -abgabe

Stromaufkommen. Das Stromaufkommen betrug im Berichtsjahr 22.368,8 Gigawattstunden (Vorjahr: 20.720,9 Gigawattstunden) und wurde vollständig aus Fremdstrombezügen gedeckt. Der Fremdstrombezug erfolgte vorrangig über die RWE Vertrieb AG bzw. über den Rechtsnachfolger die innogy SE, Essen.

In der Position Sonstige in Höhe von 7.328,1 Gigawattstunden (Vorjahr: 7.137,2 Gigawattstunden) sind der Bezug von der envia THERM GmbH, Halle (Saale), der Vattenfall Europe Sales GmbH, Hamburg, der Bezug über die Strombörse European Power Exchange, Leipzig, Vertriebshandels-geschäfte mit Dritten, Kraftwerksstrom von Dritten sowie Bezug aus EEG-Anlagen von Dritten im Rahmen der EEG-Direktvermarktung zusammengefasst.

Stromaufkommen	2016 GWh	2015 GWh
RWE Vertrieb AG, innogy SE	15.040,7	13.583,7
Sonstige	7.328,1	7.137,2
Stromaufkommen	22.368,8	20.720,9

Stromabgabe. Im Berichtszeitraum betrug die nutzbare Stromabgabe 22.354,7 Gigawattstunden (Vorjahr: 20.705,7 Gigawattstunden). Ursache des Anstiegs sind Absatzsteigerungen im Segment Weiterverteiler/Vertriebshandel.

Eine wesentliche Steuerungsgröße im Vertrieb ist der Stromabsatz an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden. Dafür werden jährlich Ziele im Mittelfristplanungszeitraum von drei Jahren festgelegt. Die Summe der Absätze an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden betrug im Geschäftsjahr 8.288,3 Gigawattstunden (Vorjahr: 8.516,3 Gigawattstunden). Der Rückgang resultiert aus leichten Absatzrückgängen bei den Geschäftskunden. In der Planung für das Geschäftsjahr 2016 war enviaM von einem Stromabsatz für Privat-, Gewerbe-, Geschäftskunden von rund 9.100 Gigawattstunden ausgegangen. Im Vergleich zur Planung ergibt sich ein Rückgang im Stromabsatz für das Geschäftsjahr 2016. Ursächlich hierfür waren niedrigere Durchschnittsverbräuche bei den Privat- und Gewerbekunden sowie Absatz-

rückgänge bei den Geschäftskunden. Diese konnten nicht ausreichend durch Akquisen kompensiert werden.

Der Anstieg im Segment Weiterverteiler/Vertriebshandel resultiert sowohl aus einer höheren Auslastung der Rahmenverträge mit Weiterverteilern und zusätzlichen Akquisen sowie einem gestiegenen Handelsvolumen.

Stromabgabe ⁷	2016 GWh	2015 GWh
Privat- und Gewerbekunden	2.917,5	2.910,6
Geschäftskunden	5.370,8	5.605,7
Weiterverteiler/ Vertriebshandel	14.066,4	12.189,4
Stromabgabe	22.354,7	20.705,7

Investitionen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen.

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen 151,1 Millionen Euro (Vorjahr: 143,9 Millionen Euro).

Im Geschäftsjahr 2016 wurden erneut umfangreiche Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen in die Netzinfrastruktur durchgeführt, insbesondere um die Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energien sicherzustellen und eine zuverlässige Energieversorgung jederzeit zu gewährleisten.

Schwerpunkte der Maßnahmen im Hochspannungsleitungsnetz bildeten der Ersatzneubau und die Fortführung des Neubaus von 110-kV-Leitungen. Darüber hinaus erfolgten im Berichtsjahr Wartungs- und Instandsetzungsmaßnahmen überwiegend beim Stahlbau- und Korrosionsschutz, Isolatoren- und Armaturenwechsel sowie Leiterseilregulagen und Fundamentreparaturen. Das Programm zur Sanierung und Erneuerung von Thomasstahlmasten wurde fortgesetzt. Durch die weitere Steigerung des Einsatzes von Netzersatzanlagen im Netzgebiet der MITNETZ STROM wurden Versorgungsunterbrechungen für Kunden im Störfall sowie bei geplanten Arbeiten reduziert. Dadurch wurden die Versorgungsqualität weiter verbessert und Ausfallzeiten für Kunden verkürzt.

⁷⁾ ohne Betriebsverbrauch

Im Mittel- und Niederspannungsnetz wurden weitere Investitionen für Netzverstärkungen aufgrund von EEG-Einspeisungen getätigt. Dies beinhaltete in zunehmendem Maße auch Möglichkeiten zur Laststeuerung und Spannungsregelung.

Zur Verbesserung des Netzbetriebes und der Erhöhung der Übertragungsfähigkeit sowie der Versorgungsqualität der Netze führte MITNETZ STROM im Mittelspannungsnetz zusätzlich Spannungsumstellungen von 10 auf 20 kV durch. Durch den Einsatz von Erdkabeln wird der Verkabelungsgrad erhöht und die Versorgungszuverlässigkeit verbessert.

Darüber hinaus stiegen im Berichtsjahr die Investitionen in die glasfaserbasierte Netzinfrastruktur im Grundversorgungsgebiet.

Finanzinvestitionen. Die Finanzinvestitionen in Höhe von 34,4 Millionen Euro (Vorjahr: 170,4 Millionen Euro) betrafen mit 10,0 Millionen Euro (Vorjahr: 98,3 Millionen Euro) Wertpapiere des Anlagevermögens und mit 24,4 Millionen Euro (Vorjahr: 72,1 Millionen Euro) Ausleihungen und Beteiligungen an verbundenen Unternehmen.

Mitarbeiter

Personalbestand. Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte enviaM 722 Mitarbeiter (Vorjahr: 707 Mitarbeiter), darunter 79 Teilzeitbeschäftigte. Das entspricht einer Anzahl von 707,1 Mitarbeiteräquivalenten (Vorjahr: 692,7 Mitarbeiteräquivalente). Die Veränderung ist im Wesentlichen durch neue strukturelle Zuordnungen innerhalb der enviaM-Gruppe begründet.

Berufliche Erstausbildung und duale Studiengänge. Zum 31. Dezember 2016 befanden sich 352 junge Menschen in der beruflichen Erstausbildung oder einem dualen Studiengang in der enviaM-Gruppe.

Personalmanagement. Der Wandel in der Energiewirtschaft verändert das Geschäftsmodell von enviaM nachhaltig. Neben diesem Veränderungsprozess stellen neue Technologien, die Digitalisierung und der demografische Wandel das Personalmanagement vor neue Herausforderungen.

Zentrale Zielstellung ist es, die vorhandene Mitarbeiter-schaft qualitativ und quantitativ an den zukünftigen Bedarf und die neuen Anforderungen anzupassen. Im Geschäftsjahr 2016 standen die personalwirtschaftliche Begleitung des Veränderungsprozesses sowie die Etablierung einer offenen und von Vertrauen geprägten Unternehmenskultur im Mittelpunkt. Für die Führungskräfte wurden auf Basis der Managementdiagnostik Entwicklungsmaßnahmen identifiziert und umgesetzt. Schwerpunkte der fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung der Mitarbeiter bildeten Maßnahmen zur Anwendung neuer Technologien, zur Nutzung von Social Media-Kanälen sowie zum Kulturwandel. Zudem wurden neue Büro- und Arbeitswelten etabliert, um die Zusammenarbeit in Teams zu verbessern sowie weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie umgesetzt. Beim Arbeits- und Gesundheitsschutz bildete der Aufbau von Kompetenzen zum Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz einen Schwerpunkt im Geschäftsjahr.

enviaM unterstützt verschiedene Bildungsinitiativen zur Integration von Flüchtlingen in Ostdeutschland. Am 1. Oktober 2016 begannen drei Flüchtlinge aus Syrien und Pakistan gemeinsam mit drei deutschen Jugendlichen ein berufsvorbereitendes Praktikum im Rahmen des Projektes „Ich pack' das!“. Zudem begleitet die enviaM-Gruppe am Standort Halle (Saale) Flüchtlingskinder aus Sekundarschulen auf dem Weg zur Ausbildungsreife. Die Schüler besuchen dreimal wöchentlich das Berufsbildungszentrum der enviaM-Gruppe und nehmen verschiedene Bildungsangebote wahr. Darüber hinaus wurden alle Auszubildenden der enviaM-Gruppe in der Seminarreihe „Fakten statt Populismus“ mit aktuellem Wissen zur Flüchtlingsproblematik vertraut gemacht.

Im Geschäftsjahr vertiefte enviaM darüber hinaus die Zusammenarbeit mit ausgewählten Hochschulen der Region. Ziel ist es, den Austausch von Fachwissen und praktischem Know-how zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern sowie zukünftige Fach- und Führungskräfte zu binden. Zudem förderte enviaM insgesamt sechs besonders begabte und leistungsstarke Studierende der Region im Rahmen des Deutschlandstipendiums.

Vermögens- und Kapitalstruktur

Innerhalb der Vermögens- und Kapitalstruktur ergaben sich im Berichtszeitraum nur geringe Veränderungen. Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote ⁸ beträgt 62,8 Prozent (Vorjahr: 66,6 Prozent). In diesem Zusammenhang verschlechtert sich der Verschuldungskoeffizient ⁹ auf 168,7 Prozent (Vorjahr: 199,3 Prozent). Der Anlagendeckungsgrad ¹⁰ beträgt 95,4 Prozent (Vorjahr: 101,4 Prozent).

Vermögens- und Kapitalstruktur	31.12.2016		31.12.2015	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva				
Anlagevermögen	2.543,1	90,9	2.595,4	89,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	244,6	8,8	295,8	10,2
Flüssige Mittel	0,3	0,0	0,4	0,0
Übrige Aktiva	9,0	0,3	5,5	0,2
	2.797,0	100,0	2.897,1	100,0
Passiva				
Eigenkapital	1.667,2	59,6	1.738,8	60,0
Sonderposten und Rechnungsabgrenzungsposten	127,1	4,6	271,7	9,4
Rückstellungen	355,5	12,7	424,8	14,7
Verbindlichkeiten und übrige Passiva	647,2	23,1	461,8	15,9
	2.797,0	100,0	2.897,1	100,0

⁸⁾ Eigenkapital + 70 Prozent Sonderposten + 70 Prozent Baukostenzuschüsse

⁹⁾ Verhältnis betriebswirtschaftliches Eigenkapital zu Fremdkapital

¹⁰⁾ Verhältnis betriebswirtschaftliches Eigenkapital zu Anlagevermögen (ohne Spezialfonds)

Kapitalflussrechnung

	2016	2015
	Mio. €	Mio. €
Jahresüberschuss	149,3	307,0
Abschreibungen des Anlagevermögens	110,3	183,4
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-40,7	-47,9
Gewinne/Verluste aus dem Abgang Anlagevermögen	-0,6	-16,2
Veränderungen der Rückstellungen	-69,4	-37,5
Veränderungen bei sonstigen Bilanzposten (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)		
Vorräte, Forderungen sowie andere Aktiva	-33,8	155,7
Forderungen aus Cashmanagement	81,5	14,9
Verbindlichkeiten sowie andere Passiva	120,9	19,9
Verbindlichkeiten aus Cashmanagement	64,5	-164,8
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	382,0	414,5
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,5	0,0
Einzahlungen/Rückzahlungen von Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen	-104,4	13,3
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,0	0,1
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2,9	-1,4
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2,0	24,2
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-148,2	-142,5
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	126,1	32,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-34,4	-166,5
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-161,3	-240,8
Auszahlungen an Anteilseigner	-220,8	-173,7
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-220,8	-173,7
Veränderung des Finanzmittelbestandes	-0,1	0,0
Finanzmittelbestand zum Jahresanfang	0,4	0,4
Finanzmittelbestand zum Jahresende	0,3	0,4

Kumulativ zu dem ausgewiesenen Finanzmittelbestand zum Jahresende sind noch die im Anlagevermögen langfristig gehaltenen, kurzfristig veräußerbaren Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 703,1 Millionen Euro (Vorjahr: 693,1 Millionen Euro) abzüglich des zum Bilanzstichtag bestehenden negativen Saldos aus Cash-Pool-For-

derungen, Cash-Pool-Verbindlichkeiten und kurzfristigen Termingeldanlagen in Höhe von insgesamt 337,2 Millionen Euro (Vorjahr: 191,2 Millionen Euro) zu berücksichtigen. Damit ergibt sich eine zusätzliche Liquiditätsreserve von 365,9 Millionen Euro (Vorjahr: 501,9 Millionen Euro).

Rechnungsmäßiges Unbundling

Auf der Grundlage des § 6b Abs. 3 EnWG vom 7. Juli 2005 führt enviaM getrennte Konten in den Tätigkeitsbereichen „Elektrizitätsverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, „Gasverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ und „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“. Ausgehend von § 3 Abs. 4 des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) vom 29. August 2016 wird für alle Geschäftsvorfälle, die im Zusammenhang mit dem grundzuständigen Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme stehen, eine buchhalterische Entflechtung von den anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung vorgenommen. Diese sind in den „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“ erfasst.

Im Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Elektrizitätsverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen.

Im Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Gasverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen.

Den Tätigkeitsabschlüssen liegt der Jahresabschluss der enviaM unmittelbar zu Grunde. Die auf Ebene des Gesamtunternehmens angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden kommen deshalb durchgängig auch für die Tätigkeitsabschlüsse zur Anwendung. Auf Basis der Kostenrechnung der enviaM wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel. In der Bilanz erfolgte eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivpositionen. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Bericht nach Paragraph 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen im Berichtszeitraum nach Paragraph 312 Aktiengesetz (AktG) erstellt und mit folgender Schlussklärung versehen:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung und wurde durch die im Bericht angegebenen getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zu Grunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen und die Maßnahmen getroffen wurden, bekannt waren.“

Compliance-Managementsystem

Die Gesamtheit der Grundsätze und Maßnahmen eines Unternehmens zur Einhaltung bestimmter Regeln und damit zur Vermeidung von Regelverstößen wird als Compliance-Management-System bezeichnet. Die Sicherstellung compliance-konformen Verhaltens in Fragen der Korruptionsbekämpfung bei allen geschäftlichen Aktivitäten ist für enviaM und ihre Mehrheitsbeteiligungen sowohl aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht als auch unter Imagegesichtspunkten unerlässlich. Dadurch sollen negative wirtschaftliche Auswirkungen in Form von Bußgeldern oder finanziellen Haftungspflichten von enviaM und ihren Mehrheitsbeteiligungen vermieden werden. Mittels eines geeigneten Compliance-Management-Systems (CMS) und eines Compliance-Beauftragten stellt enviaM dies sicher. Der Compliance-Beauftragte der enviaM führte im Berichtsjahr Schulungen für relevante Mitarbeitergruppen durch und berät das Unternehmen bei der Einhaltung der Compliance-Regelungen.

CHANCEN- UND RISIKOMANAGEMENT

Chancen- und Risikomanagement-System. Im Rahmen der vielfältigen unternehmerischen Tätigkeiten ist enviaM auch einer Vielzahl unterschiedlicher Risiken ausgesetzt. Ein ganzheitlich organisiertes Risikomanagement-System ist daher elementarer Bestandteil unserer Unternehmensführung. Dabei werden neben Einzelrisiken – weit unterhalb der Schwelle einer potenziellen Existenzgefährdung – und adäquaten Ansatzpunkten zur Risikosteuerung auch entsprechende Chancen untersucht.

In das Chancen- und Risikomanagement der enviaM werden alle Unternehmen einbezogen, an denen enviaM zu mindestens 20 Prozent direkt beteiligt ist. Primäres Ziel ist es, dabei möglichst frühzeitig Informationen über Risiko- und Chancenpotenziale und damit verbundene finanzielle Auswirkungen zu gewinnen. Die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse fließen in unternehmerische Entscheidungsprozesse ein und unterstützen somit einen langfristigen Unternehmenserfolg der enviaM-Gruppe.

Durch abgeschlossene Ergebnisabführungsverträge werden wesentliche Risiken von Beteiligungsgesellschaften, vor allem im Netz- und Erzeugungsbereich, bei enviaM wirksam. Die wesentlichen Risiken der enviaM bzw. der enviaM-Gruppe lassen sich wie folgt systematisieren.

Marktrisiken. Aufgrund des Wettbewerbsdrucks ergeben sich Preis- und Absatzrisiken auf den Strom- und Gasmärkten sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen. Den Marktrisiken begegnet enviaM unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen sowie mit einer weitgehend absatzorientierten Beschaffung und einem effektiven Kostenmanagement.

Betriebsrisiken. Betriebsrisiken bzw. operative Risiken umfassen die negativen Effekte aus der spezifischen inhaltlichen und prozessualen Geschäftstätigkeit. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Kraftwerks-, EDV- oder administrativen Bereich.

Durch die Verpachtung des Elektrizitätsverteilernetzes ist ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf die MITNETZ STROM übergegangen. Durch die systematische Wartung von Netzen und Anlagen sowie eine kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse wird technischen Störungen vorgebeugt und die Basis für eine hohe Versorgungssicherheit unserer Kunden geschaffen.

Umfeldrisiken. Die Risikosituation wird durch den anhaltenden Wandel der Rahmenbedingungen im energiepolitischen sowie rechtlichen und regulatorischen Umfeld, insbesondere durch die Veränderungen des energiepolitischen Ordnungsrahmens stark beeinflusst. Im Vordergrund stehen hier die Auswirkungen umfassender Regulierungstätigkeiten der Bundesnetzagentur und der Anreizregulierungsverordnung sowie die fortgesetzten Novellierungen in der Energiegesetzgebung, wie zum Beispiel durch das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDE), das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2017), das Strommarktgesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG).

Finanzrisiken. Im Rahmen unseres unternehmerischen Handelns entstehen sowohl Risiken als auch Chancen aus Kurs-, Zins-, Kredit- und Preisänderungen. Ursachen dafür können Veränderungen der Erwartungsbildung an Aktien- und Anleihemärkten hinsichtlich der absoluten und relativen Gewinnentwicklung, die Zinsentwicklung sowie die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik sein. Mit einem zielgerichteten Portfoliomanagement und geringer Risikoneigung bzw. konservativer Anlagestrategie trägt enviaM diesen Sachverhalten Rechnung.

Da Kunden ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgemäß nachkommen, sind mit Vertriebsgeschäften immer auch Risiken verbunden. Auf Basis von kundenindividuellen Bonitätsprüfungen begrenzt enviaM mögliche Kreditrisiken unter anderem durch eine entsprechende Gestaltung von Lieferverträgen und Zahlungsbedingungen sowie durch die Vergabe von Kreditlimits und mit einem stringenten Forderungsmanagement.

Beim jedem Kauf bzw. Verkauf von Strom, Gas oder Umwelt-Zertifikaten entstehen auch Commodity-Positionen. Eigen-erzeugung sowie der Brennstoffbedarf von Kraftwerken der enviaM-Gruppe stellen ebenfalls Commodity-Positi-onen dar. Die Bewertung der jeweiligen Positionen hängt unmittelbar von den zum Teil hochvolatilen Marktpreisen für Strom, Gas, Öl sowie CO₂-Zertifikaten ab. Daher werden diese Positionen auf Grundlage einer vom Vorstand erlas-senen Richtlinie in Systemen erfasst und sowohl einzeln als auch im Gesamtportfolio bewertet. Grundsätzlich dürfen offene Positionen nur im Rahmen der genehmigten Limits gehalten werden, wodurch mögliche Risiken entsprechend begrenzt werden.

Werthaltigkeit der Beteiligungen. Das Beteiligungsma-nagement der enviaM stellt sicher, dass wesentliche Risiken im Beteiligungsportfolio frühzeitig erkannt werden. Regel-mäßig werden Impairmenttests (Werthaltigkeitstests) durchgeführt, um mögliche Abschreibungs- bzw. auch

Zuschreibungsbedarfe bei den Beteiligungsbuchwerten zu ermitteln. Hierzu wird bei den aufgrund der absoluten Höhe des Beteiligungsbuchwertes oder von Sondersach-verhalten als maßgeblich eingestuftem Beteiligungen der jeweilige Ertragswert berechnet.

Risiko-Portfolio. Im Risiko-Portfolio sind die als wesent-lich eingestuften Risiken ablesbar. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen Ein-trittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Pro-zent) und erwartete Schadenshöhe (in Millionen Euro). Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für enviaM bzw. die enviaM-Gruppe mit 25 Millionen Euro¹¹ festgelegt, wobei gleichzei-tig eine abgeschätzte Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als zehn Prozent vorliegen muss. Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der enviaM nur Risiken dargestellt, die we-der in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaß-nahmen oder entsprechende Versicherungen berücksich-tigt worden sind.

Die folgende Tabelle skizziert die Darstellungsweise im Risiko-Portfolio:

Schadenshöhe	Eintrittswahr-scheinlichkeit			
	Niedrig > 1 bis ≤ 10 %	Mittel < 10 % bis ≤ 20 %	Hoch < 20 % bis ≤ 50 %	Sehr hoch > 50 % bis ≤ 100 %
Existenzbedrohend (≥ 50 % des EnSt)	H!	H!	H!	H!
Kritisch (> 50 % des EnSt)	B/H	H!	H!	H!
Schwerwiegend (20–50 % des EnSt)	B/H	B/H	H!	H!
Mittel (10–20 % des EnSt)	Ü	B/H	B/H	H!
Gering (< 10 % des EnSt)	Ü	1 Ü	B/H	B/H

H! Akuter Handlungsbedarf
 B/H Beobachten, ggf. handeln
 Ü Überwachen
 EK Eigenkapital nach HGB
 EnSt Ergebnis nach Steuern

¹¹⁾ Das entspricht in etwa zehn Prozent des langjährigen durchschnittlichen Ergebnisses nach Steuern (EnSt).

Im Berichtsjahr wurde ein Risiko als wesentlich eingestuft:

1. Finanzrisiken im Zusammenhang mit Unternehmensinsolvenzen und entsprechenden Insolvenzanfechtungen nach Paragraph 129 ff. Insolvenzordnung (InsO)

Insolvenzverwalter können gemäß Paragraph 133 InsO von Kunden geleistete Zahlungen, z. B. auch für Energielieferungen oder Netzdienstleistungen rückwirkend für den Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens anfechten. Bei Erfolg dieser Anfechtung sind die erhaltenen Zahlungen hoch verzinst, in vollem Umfang an die Insolvenzmasse zu zahlen. Dieses Risiko kann im Kontext der Entwicklungen im Kundenportfolio in einigen Fällen nicht ausgeschlossen werden.

Risikokorrelation. Im Rahmen der Risiko-Identifikation wird auf eine zutreffende Ermittlung und klare Abgrenzung des Wirkungszusammenhangs von Risikoursache und Risikoeintritt bzw. Schaden geachtet: Mehrere Schäden, die von derselben Risikoursache abhängen (Korrelation), werden auf Basis eines einheitlichen Szenarios bewertet und zu einer Risikoposition zusammengefasst. Ansonsten besteht die Gefahr, dass eine mögliche Kumulation mehrerer kleiner Schäden infolge des Eintritts nur einer Risikoursache übersehen und das Risikopotenzial unterschätzt wird. Auch einzeln nicht meldepflichtige Risiken können gegebenenfalls einheitenübergreifend und in Zusammenfassung die entsprechenden Melde- bzw. Wesentlichkeitsgrenzen überschreiten.

Unverzögliches Einzelfall-Reporting. Das unverzügliche Einzelfall-Reporting erfolgt bei gravierenden Veränderungen der Risiko-Situation bzw. wenn eine Information des Vorstandes für geboten erachtet wird. Eine entsprechende Veränderung der Risiko-Situation liegt per Definition vor, wenn:

- ein Risiko mit einer Netto-Schadenshöhe ¹² ≥ 10 Millionen Euro neu identifiziert wird oder diese Grenze überschreitet,
- ein kritisches oder ein existenzgefährdendes Risiko identifiziert wird,

- sich die Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder die Schadenshöhe eines der vorgenannten Risiken erheblich verändern,
- sich eines der vorgenannten, wesentlichen Risiken realisiert hat.

Organisation des Risikomanagements. Unser Chancen- und Risikomanagement-System wird stetig weiterentwickelt sowie durch Schulungen begleitet. So können Entwicklungen, die den Fortbestand bzw. die Ergebnislage der Gesellschaft gefährden oder wesentlich beeinflussen, frühzeitig erkannt werden. Wesentliche Risikopositionen werden intern sowohl stichtagsbezogen als auch z. T. laufend überwacht und bei Überschreiten festgelegter Meldegrenzen kommuniziert, damit entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.

Gesamtrisikolage. Weder durch Einzelrisiken noch durch aggregierte Positionen bestanden für enviaM Risiken im Berichtszeitraum, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2017 aktuell nicht erkennbar.

Zusätzliche Chancen. Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Aufstellung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen. Prozess- und Kostenoptimierungen sind ein zentraler Bestandteil des bereits in 2013 initiierten Programms „enviaM 20++“, welches sich über alle Geschäftsbereiche und Gesellschaften der enviaM-Gruppe erstreckt und auf mehrere Jahre angelegt ist. Darüber hinaus hat die enviaM-Gruppe ein systematisches Veränderungsmanagement etabliert und mit den bestehenden Optimierungsprogrammen verknüpft. Ziel ist es, Arbeits- und Verhaltensweisen zu hinterfragen und die Innovations- und Lernfähigkeit zu verbessern. Dabei fördern wir eine von Offenheit und Vertrauen geprägte Unternehmenskultur in der gesamten enviaM-Gruppe. Alte Denkmuster werden in Frage gestellt, Flexibilität, Kreativität und Ideenfindungspotenziale weiterentwickelt, Innovations- und Lernfähigkeit

¹²⁾ Die Netto-Schadenshöhe entspricht der erwarteten (Brutto-)Schadenshöhe nach Abzug der Wirkungen von bereits ergriffenen Risiko-Steuerungs- und Vorbeugemaßnahmen, wie z. B. abgeschlossene Versicherungen (Risiko-Wälzung) oder gebildete Rückstellungen (finanzielle Vorsorge).

verbessert, an Führungsstilen gearbeitet und letztlich die Kundenorientierung erhöht.

Ein weiterer Schwerpunkt ist eine übergreifende Geschäftsfeldentwicklung mit dem Fokus auf innovativen und kundenorientierten Produkten sowie Dienstleistungen. Im Hinblick auf die zunehmende dezentrale und regenerative Energieversorgung sollen neue Geschäftsmodelle entwickelt und somit unternehmerische Chancen wahrgenommen werden. Mit umfangreichen Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien können auch künftig Wachstums- und Ergebnischancen realisiert werden, insbesondere im Bereich der Windkraft auf dem Festland.

Die Bereitstellung von Netzdienstleistungen eröffnet Chancen im Netzbereich. In diesem Kontext beteiligen wir uns zum Beispiel an Untersuchungen und Studien zu den Themen Systemdienstleistungen, Energiespeicher, Flächenkraftwerke, innovative Messtechnik sowie Elektromobilität. Ein konkretes Betätigungsfeld ist die Unterstützung von Kommunen bei der Planung, beim Bau und bei der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung, wobei insbesondere die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf effiziente LED-Technik im Fokus steht. Nicht zuletzt gewinnen durch die Vielzahl von dezentralen EEG-Anlagen Energiespeicher immer mehr an Bedeutung. Ein wirtschaftlicher Betrieb dieser Anlagen birgt entsprechendes Chancenpotential.

Die Datenübertragung als Dienstleistungsfeld bietet ebenfalls gute Chancen, da der Bedarf an entsprechender Bandbreite weiterhin erheblich steigen wird. Wachstumschancen in den Bereichen Smart Metering und Telekommunikation eröffnen sich dabei durch forcierte Investitionstätigkeiten in den Auf- und Ausbau von leistungsfähiger Infrastruktur.

Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung resultieren zudem aus einer fortgesetzten Optimierung des Beteiligungsportfolios sowie durch eine enge Zusammenarbeit der Beteiligungen im Unternehmensverbund. Wettbewerbs- und Ergebnischancen liegen auch in der Teilnahme an Ausschreibungen im Strom- und Gasbereich, im Bereich der Konzessionen oder der aktiven Vermarktung von energienahen

Dienstleistungen für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden sowie für Energieversorgungsunternehmen.

PROGNOSEBERICHT

Rahmenbedingungen. Die 10-Punkte-Energie-Agenda des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist zum Ende der Legislaturperiode weitgehend umgesetzt. Damit wurden die grundlegenden Rahmenbedingungen für die weitere Ausgestaltung der Energiewende in Deutschland festgelegt. Sie sollen dazu beitragen, das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder in Einklang zu bringen.

Ziel ist insbesondere eine gerechte Lastenverteilung der aus der Energiewende resultierenden Kosten und die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Synchronisation des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau. Die Neuregelung der Netzentgeltsystematik soll den Entwicklungen der Energiewende gerecht werden. Ziel ist es, die Netzentgelte fair zu ermitteln und gerecht auf alle Anschlussnehmer zu verteilen. Die zunehmende Eigenerzeugung von Verbrauchern und der damit verbundene geringere Energiebezug führen dazu, dass diese Kunden immer weniger für die Nutzung der Infrastruktur bezahlen, die dennoch vorgehalten werden muss. Dieser Entsolidarisierung kann ein neues Verhältnis von Grund- und Verbrauchspreis entgegenwirken. Da der Ausbau der erneuerbaren Energien und damit der Netze in Ostdeutschland besonders weit fortgeschritten ist, liegen die Netzentgelte hier höher als in anderen Regionen. Daher hat das BMWi das Netzentgeltmodernisierungsgesetz initiiert. Es soll zu einer Entlastung der Verbraucher in Ostdeutschland beitragen.

Die im Januar 2017 in Kraft getretene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) regelt die Teilnahme und Durchführung an Ausschreibungsverfahren für erneuerbare Energien. Dadurch sollen diese noch besser in den Markt integriert werden. Im Jahr 2017 soll eine weitere Novellierung des EEG den Weg für technologie-übergreifende Ausschreibungen ebnen.

Im Geschäftsjahr hat die Bundesregierung zudem den Klimaschutzplan 2050 verabschiedet. Er soll sicherstellen, dass das deutsche Treibhausgasminderungsziel für das Jahr 2050 erreicht wird. Der Plan betrifft verschiedene Wirtschaftssektoren. Die Energiewirtschaft hat sich zum Ziel gesetzt, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um rund 62 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Bundesregierung setzt sich für die Stärkung des EU-Emissionshandels ein, um effektivere Anreize zur CO₂-Vermeidung zu schaffen. In diesem Kontext sollen Strategien entwickelt werden, um den Strukturwandel in den von der Braunkohle geprägten Regionen abzufedern. Zu den Erfolgsfaktoren der Klimaschutzbestrebungen zählen Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Durch die Sektorkopplung sollen die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr zusammenwachsen und dadurch eine weitere Dekarbonisierung in den Bereichen Wärme und Verkehr erreicht werden. Fossile Energieträger sollen immer weniger genutzt werden.

Die Diskussion um die langfristige Energiezukunft in Deutschland wurde zudem durch das Impulspapier Strom 2030 und das Grünbuch Energieeffizienz begleitet. Das Impulspapier Strom 2030 beschreibt anhand von zwölf Trends die Rolle der erneuerbaren Energien und fossilen Brennstoffe bei der künftigen Erzeugung, die Sektorkopplung, den Netzausbau und dessen Finanzierung. Die enviaM-Gruppe bringt sich in den Diskussionsprozess ein. Die aus Sicht der enviaM-Gruppe wesentlichen Themen für das Gelingen der Energiewende sind die Rolle der Verteilernetze, die Chancen der dezentralen Sektorkopplung und die Digitalisierung. Die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien für die Wärmeerzeugung und für den Verkehr sowie der Einsatz von Speichern reduziert den Netzausbau und senkt damit die Kosten der Energiewende. Das Grünbuch Energieeffizienz betont die Bedeutung von Effizienzmaßnahmen für das Gelingen der Energiewende. Auch hier spielen die Themen Sektorkopplung und Digitalisierung eine wesentliche Rolle.

Der Wandel von einer zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung, die gleichermaßen ökologisch, effizient und intelligent sein muss, wird weiter voranschreiten. Damit ein-

hergehend steigt der Anteil der erneuerbaren Energien weiter an und der Trend zur Eigenversorgung setzt sich fort. Damit verbunden sind jedoch nicht nur Herausforderungen sondern auch unternehmerische Chancen. Proaktiv wird der Unternehmensverbund daher seine Produkt- und Dienstleistungsangebote, Versorgungslösungen und Kooperationsmodelle auf diese Entwicklungen ausrichten.

Vertrieb. enviaM strebt gemeinsam mit MITGAS auch in 2017 den Erhalt der Marktführerschaft unter den regionalen Energiedienstleistern in Ostdeutschland an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die hohe Zufriedenheit der Kunden aufrechtzuerhalten. Demzufolge gilt für das Geschäftsjahr 2017 die vertriebliche Zielstellung, erneut den hohen Kundenzufriedenheitsindex von 79 Punkten zu erreichen.

Die Komplexität des Energiegeschäftes wird im Rahmen der Energiewende weiter zunehmen. enviaM erwartet für das Geschäftsjahr, trotz wachsender Sensibilisierung für ressourcenschonendes Verhalten, der allgemeinen Energiepreisentwicklung sowie des Trends zur zunehmenden Eigenversorgung durch erneuerbare Energien, leicht steigende leitungsgebundene Energiebezüge ihrer Kunden. Wachstumspotenzial sieht das Unternehmen im Bereich der Dienstleistungserbringung. Die Digitalisierung gibt hierzu entscheidende Impulse. In Kooperationen mit innovativen Partnern aus der Region wird die enviaM-Gruppe verstärkt digitale Anwendungen für verschiedene Kundenbedürfnisse entwickeln. Darüber hinaus stehen für unsere Kunden weiterhin dezentrale Versorgungslösungen, Angebote zur Eigenerzeugung, Beratungsleistungen bei Auditierungs- und Zertifizierungsanforderungen sowie die Erstellung von Energiekonzepten für Unternehmen und Kommunen im Fokus. Im Zusammenhang mit der Einführung intelligenter Messeinrichtungen und moderner Messsysteme werden zudem neue zeit- und lastvariable Tarife entwickelt.

enviaM und MITGAS setzen ihre Entwicklung vom reinen Strom- und Gaslieferanten zum ganzheitlichen Energiedienstleister konsequent fort. Einen Schwerpunkt bilden zunehmend auch EEG-Projekte mit Stadtwerken und anderen Partnern sowie die Vermarktung von Strom aus regene-

rativen Energien. Von besonderem Interesse für alle Kundengruppen sind Energieeffizienzmaßnahmen, um den steigenden Kosten der Energiewende zu begegnen.

Erneuerbare Energien. Die enviaM-Gruppe steht zur Energiewende. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien hat deshalb weiterhin eine hohe Bedeutung. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab 2017 stellt im Hinblick auf die Ausschreibungsverfahren für die Vergütung von Windkraft- und Solaranlagen eine Herausforderung für die Projekte und Wachstumsziele der enviaM-Gruppe dar. Der Fokus liegt weiterhin auf dem Erwerb und der Eigenentwicklung von Wind- und Solarparks sowie zunehmend auf Kooperationen mit Projektplanern und Kommunen. Im Geschäftsjahr 2017 ist unter anderem die Errichtung von Windkraftanlagen in Sachsen-Anhalt vorgesehen. Die Beteiligungsangebote für verschiedene Interessengruppen werden ausgebaut. Bürger, Energiegenossenschaften und Unternehmen sollen über eine Online-Plattform die Möglichkeit erhalten, sich an Projekten der enviaM-Gruppe finanziell zu beteiligen.

Neue Geschäftsfelder. Die enviaM-Gruppe wird den Ausbau des Breitbandnetzes im Rahmen des Netzausbaus im Grundversorgungsgebiet weiter voranbringen. Der Unternehmensverbund arbeitet außerdem aktiv an Lösungen zur Energiespeicherung und zur Ausweitung der Vermarktung von Regelenergieleistungen. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern wird die enviaM-Gruppe im Rahmen von Pilotprojekten die Möglichkeiten der industriell nutzbaren stationären Energiespeicherung bei industriellen Kunden und Privatkunden mit verschiedenen additiven Nutzenanwendungen untersuchen.

Netz. Aus der im Geschäftsjahr verabschiedeten Novellierung der Anreizregulierungsverordnung resultieren für den Netzbereich zahlreiche neue Anforderungen. Die geänderten Rahmenbedingungen beeinflussen die Netzerlöse und damit die künftige Geschäftsentwicklung der MITNETZ STROM. Konkrete Auswirkungen ergeben sich ab der dritten Regulierungsperiode im Jahr 2019. Wesentlicher Investitionsschwerpunkt im Jahr 2017 wird erneut der Ausbau und die Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungs-

aufnahme und den Transport erneuerbarer Energien unter Beibehaltung der Versorgungssicherheit sein. Dabei werden zunehmend intelligente Netztechnologien zur Laststeuerung und Spannungsregelung eingesetzt. Zudem wird der Beginn der Einführung intelligenter Messeinrichtungen und moderner Messsysteme eine wesentliche Herausforderung im Jahr 2017 sein.

Die Verteilernetzbetreiber übernehmen schon heute eine hohe Verantwortung für das Gesamtsystem. Die Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen Verteilernetzbetreiber und Übertragungsnetzbetreiber im Netz- und Systembetrieb muss an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Erzeugung und Einspeisung finden zunehmend im Verteilernetz statt. MITNETZ STROM setzt sich mit den geänderten Anforderungen auseinander und entwickelt gemeinsam mit den anderen Flächennetzbetreibern ein neues Leitbild für die zukünftige Positionierung. Wesentlicher Bestandteil dabei ist die Weiterentwicklung des Verteilernetzes zu einem leistungsstarken und intelligenten Netz, auf dessen Basis das Internet der Energie in der Region entstehen kann. Die enviaM-Gruppe arbeitet hierzu intensiv an Forschungs- und Pilotprojekten gemeinsam mit den Hochschulen der Region und weiteren Partnern. In diesem Zusammenhang werden neue Produkte und Dienstleistungen im Netzbereich sowie zusätzliche Systemdienstleistungen entwickelt. Diese bilden die Voraussetzung für die neue Rolle der Verteilernetzbetreiber als Systemkoordinatoren.

Konzessionen. Die Intensität des Wettbewerbs sowohl bei Strom- als auch bei Gas-Konzessionen wird in den kommenden Jahren unverändert anhalten. Über ein etabliertes Konzessions- und Kommunalmanagement strebt enviaM die Sicherung der Konzessionsverträge an.

Beteiligungen. Die dauerhafte Optimierung des Beteiligungsportfolios bleibt ein wesentliches Aufgabenfeld von enviaM. Darüber hinaus wird der Unternehmensverbund die Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern weiter intensivieren, um Wachstumschancen im Zuge der Energiewende gemeinsam zu nutzen.

Personal. Die ziel- und bedarfsgerechte Personal- und Führungskräfteentwicklung sowie die Unterstützung des Veränderungsprozesses in der enviaM-Gruppe bleiben auch im Geschäftsjahr 2017 Schwerpunkte des Personalmanagements. Dabei stehen unter anderem die Nachfolgeplanung, die Qualifizierung der Mitarbeiter für zukünftige Anforderungen zum Beispiel durch die Digitalisierung sowie der Ausbau und die Flexibilisierung des internen Arbeitsmarktes im Vordergrund. Zudem wird die enviaM-Gruppe die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Bildungsträgern der Region vertiefen, um weitere gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte umzusetzen.

Prognose 2017. Ziel von enviaM ist es, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Für das Geschäftsjahr 2017 geht enviaM von einem Stromabsatz für Privat-, Gewerbe-, Geschäftskunden von rund 8.600 Gigawattstunden aus. Der prognostizierte Anstieg im Vergleich zu 2016 resultiert aus Mengenzuwächsen in den vorgenannten Segmenten insbesondere durch Akquise- und Reakquisemaßnahmen.

Das Unternehmen prognostiziert für 2017 ein betriebliches Ergebnis nach IFRS in der Größenordnung von rund 280 Millionen Euro. Die Basis dafür bildet ein stabiles Geschäft im Stromvertrieb. Ergebnisverbessernd wirken im Wesentlichen ein höheres Beteiligungsergebnis der MITNETZ STROM. Dies resultiert aus geringeren Aufwendungen für Maßnahmen zur Substanzerhaltung. Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen werden mit rund 135 Millionen Euro veranschlagt. Damit liegen diese circa 10 Prozent unter dem Niveau von 2016. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildet weiterhin das Stromverteilernetz.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von enviaM. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn der Vorstand davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund der Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Frauen in Führungspositionen. Auf Basis des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat der enviaM im Geschäftsjahr 2015 verbindliche Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat in Höhe von 20 Prozent und für den Vorstand in Höhe von null Prozent festgelegt. Zum 31. Dezember 2016 betrug die Frauenquote im Aufsichtsrat 20 Prozent. Die Quote für den aus drei Personen bestehenden Vorstand der enviaM entspricht der Quote zum Festlegungsstichtag.

Für die erste und zweite Führungsebene hat sich das Unternehmen verpflichtet, einen Frauenanteil von jeweils 30 Prozent zum 30. Juni 2017 zu erreichen. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Anteil an Frauen in der ersten Führungsebene 35,7 Prozent und in der zweiten Führungsebene 30,6 Prozent. Die enviaM Gruppe hat in den letzten Jahren verschiedene Aktivitäten unternommen, um Frauen zu fördern und auf dem Weg in eine Führungsaufgabe zu begleiten. Hierzu zählen das Potenzialträgerprogramm sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Im Jahr 2017 werden der Aufsichtsrat und der Vorstand die gesetzten Ziele überprüfen und für fünf Jahre eine neue Selbstverpflichtung beschließen.

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2016
envia Mitteldeutsche Energie AG

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz der envia Mitteldeutsche Energie AG zum 31. Dezember 2016

Aktiva	Anhang	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		11.237	8.909
Sachanlagen		1.047.176	1.010.648
Finanzanlagen		1.484.662	1.575.790
		2.543.075	2.595.347
Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	8.760	4.682
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	244.615	295.806
Flüssige Mittel	(4)	293	382
		253.668	300.870
Rechnungsabgrenzungsposten		263	837
		2.797.006	2.897.054
Passiva			
Eigenkapital	(5)		
Gezeichnetes Kapital		635.187	635.187
Kapitalrücklage		20.565	20.565
Gewinnrücklagen		849.691	861.691
Bilanzgewinn		161.783	221.324
		1.667.226	1.738.767
Sonderposten	(6)	87.724	119.964
Rückstellungen	(7)	355.486	424.833
Verbindlichkeiten	(8)	647.004	461.617
Rechnungsabgrenzungsposten	(9)	39.566	151.873
		2.797.006	2.897.054

Gewinn- und Verlustrechnung
der envia Mitteldeutsche Energie AG
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Anhang	2016 T€	2015 T€
Umsatzerlöse	(12)	2.478.533	2.438.292
Strom- und Energiesteuer		-131.397	-135.940
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)		2.347.136	2.302.352
Bestandsveränderung		738	-739
Andere aktivierte Eigenleistungen		238	148
Sonstige betriebliche Erträge	(13)	142.625	237.867
Materialaufwand	(14)	-1.931.043	-1.961.190
Personalaufwand	(15)	-61.879	-58.776
Abschreibungen	(16)	-110.146	-109.974
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(17)	-146.712	-163.271
Ergebnis Finanzanlagen	(18)	-28.167	228.328
Zinsergebnis	(19)	-11.014	-21.397
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-151	-74.526
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)	-48.396	-71.828
Ergebnis nach Steuern		153.229	306.994
Sonstige Steuern		-3.943	0
Jahresüberschuss		149.286	306.994
Gewinnvortrag		497	330
Entnahme aus der Gewinnrücklage (im Vorjahr: Einstellung in die Gewinnrücklage)		12.000	-86.000
Bilanzgewinn		161.783	221.324

Allgemeines

Die wirtschaftliche Tätigkeit der envia Mitteldeutsche Energie AG mit Sitz in Chemnitz (im Folgenden auch kurz „enviaM“ genannt) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Beschaffung und die gewerbliche Nutzung von Energie und Energieanlagen sowie auf die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas und Wärme. enviaM ist eine große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 HGB und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter der Nummer HRB 19751 eingetragen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 wurden die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften – unter Beachtung der Regelungen des AktG und des EnWG – angewendet.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung sind in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen. Soweit Angaben wahlweise in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang vorgenommen werden können, erfolgen diese Angaben im Anhang. Der Jahresabschluss wird in Euro (€) aufgestellt. Die Beträge werden in Tausend Euro (T€) angegeben. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

enviaM und ihre Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss und in den Konzernlagebericht der innogy SE, Essen, (kleinster Konsolidierungskreis) und der RWE AG, Essen, (größter Konsolidierungskreis) einbezogen, der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt wird. Konzernabschluss und Konzernlagebericht der innogy SE und der RWE AG werden beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch veröffentlicht und bekannt gemacht. Aus diesem Grund ist enviaM unter Beachtung von § 291 HGB grundsätzlich von der Verpflichtung befreit, einen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen.

Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) ist am 23. Juli 2015 in Kraft getreten und wurde verpflichtend im Geschäftsjahr 2016 angewendet. Die erstmalige Anwendung in 2016 hat insbesondere zu Ausweisänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung geführt. Demzufolge sind die Vorjahreswerte teilweise nicht vergleichbar. Es ergeben sich folgende Abweichungen, die im Wesentlichen auf die erstmalige BilRUG-Anwendung zurückzuführen sind:

	2015 nach BilRUG T€	2015 offengelegt T€	2015 Auswirkungen T€
Umsatzerlöse	2.533.465	2.438.292	95.173
Sonstige betriebliche Erträge	142.694	237.867	-95.173
Materialaufwand	-1.967.395	-1.961.190	-6.205
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-157.066	-163.271	6.205

Darüber hinaus wurden die sonstigen Steuern bis einschließlich 2015 in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Ab 2016 erfolgt der Ausweis in einem separaten Posten.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer – im Zu- und Abgangsjahr zeitanteilig – linear abgeschrieben.

Vor dem 1. Juli 1990 angeschaffte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens sind zu den Werten des DMBiG angesetzt und werden auf der Grundlage von Restnutzungsdauern nach der degressiven Methode abgeschrieben.

Zugänge zu den Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 HGB. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten für Material und Lohn sowie angemessene Teile der Material-, Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB.

Die Abschreibungen erfolgen auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, die sich bei allgemein verwendbaren Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens an der steuerlich anerkannten Nutzungsdauer orientiert.

Bezogen auf den überwiegenden Anteil der Anschaffungs- und Herstellungskosten werden den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauern zu Grunde gelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren
Immaterielle Vermögensgegenstände	3–20
Gebäude	12–50
Technische Anlagen	
Stromnetze	20–45
Umspann- und Schaltanlagen	10–25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1–20

Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen erfolgen für alle vor dem 1. Januar 2008 und für alle im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 angeschafften Sachanlagen – soweit zum damaligen Zeitpunkt steuerlich zulässig – nach der degressiven Methode. Der Wechsel auf die lineare Abschreibungsmethode erfolgt, sobald die lineare Verteilung des Restbuchwertes auf die Restnutzungsdauer zu einer höheren Abschreibung führt als die Beibehaltung der degressiven Abschreibung. Mit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ist die umgekehrte Maßgeblichkeit der Steuerbilanz für die Handelsbilanz und damit die Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode entfallen. enviaM macht jedoch von dem in der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 4 EGHGB vorgesehenen Wahlrecht Gebrauch und führt die Wertansätze unter den bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort. Daher wird auch die degressive Abschreibungsmethode dieser Vermögensgegenstände beibehalten. Im Vergleich zur Anwendung der linearen Abschreibungsmethode seit dem Zugangszeitpunkt ergeben sich im Geschäftsjahr 2016 insgesamt Mehrabschreibungen in Höhe von 6.789 T€.

Alle im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 sowie alle nach dem 31. Dezember 2009 angeschafften Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach der linearen Methode abgeschrieben.

Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz (FördergebietsG) wurden in den Vorjahren vorgenommen und als Sonderposten mit Rücklageanteil ausgewiesen. Die entsprechenden Sachanlagen werden linear abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten mehr als 150,00 € und nicht mehr als 410,00 € betragen, werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Abgang gezeigt.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zu 150,00 € werden im Jahr der Anschaffung grundsätzlich aufwandswirksam erfasst.

Darüber hinaus werden außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen vorgenommen, soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände voraussichtlich dauerhaft ihren Buchwert unterschreiten.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen zum Nennwert bewertet. Ist der beizulegende Wert auf Grund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung niedriger, wurde dieser angesetzt.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Vorräte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet. Alle erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Strom- und Gaslieferungen sind erhaltene Abschlagszahlungen mit dem abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch der Kunden verrechnet. Sofern es sich bei Vermögensgegenständen um Zweckvermögen zur Absicherung von Pensionsverpflichtungen handelt, erfolgt gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB eine Saldierung mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die flüssigen Mittel und der aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennwert angesetzt.

Bestehende Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen werden, führen sowohl zu aktiven als auch zu passiven latenten Steuern, die saldiert werden. Eine Ausnutzung des Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB erfolgt nicht, so dass nach Saldierung keine Aktivierung von latenten Steuern vorgenommen wird.

Passiva

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Alle vor dem 1. Januar 2003 vereinnahmten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und rätierlich über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zu Gunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Alle zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 31. Dezember 2004 vereinnahmten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden ebenfalls unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten (im Vorjahr: Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen) ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer der jeweils dazugehörigen Vermögensgegenstände zu Gunsten der Umsatzerlöse (im Vorjahr: sonstigen betrieblichen Erträge) aufgelöst.

Alle ab dem 1. Januar 2005 von den Pächtern des Elektrizitätsverteilernetzes vereinnahmten und an enviaM als Verpächter weitergereichten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten wurden bislang im passiven Rechnungsabgrenzungsposten als erhaltene Pachtvorauszahlung ausgewiesen und linear über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zu Gunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Alle von der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale), vereinnahmten und an enviaM weitergereichten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten, die am 31. Dezember 2016 noch nicht ertragswirksam aufgelöst waren, hat enviaM am 31. Dezember 2016 an die Pächterin zurückgezahlt.

Alle im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten, die nicht das verpachtete Vermögen betreffen, werden im Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer der jeweils dazugehörigen Vermögensgegenstände zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst. Alle nach dem 31. Dezember 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten, die nicht das verpachtete Vermögen betreffen, werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zu Gunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Steuerpflichtige Zuschüsse der öffentlichen Hand für Investitionen sind als Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen passiviert und werden über die durchschnittliche Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände aufgelöst.

In Vorjahren vorgenommene steuerrechtliche Sonderabschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 4 FördergebietsG sowie Übertragungen gemäß § 6b EStG wurden bis zum 31. Dezember 2009 in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt. Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde bei erstmaliger Anwendung der Vorschriften des BilMoG am 1. Januar 2010 gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten. Die Auflösung erfolgt konform zu den planmäßigen Abschreibungen.

Die Bemessung der Rückstellungen berücksichtigt alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten auf der Grundlage vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung. Sie sind damit zum notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die sonstigen Rückstellungen für Vorruhestand, Alterszeit, Jubiläen und Sterbegeld wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck – die eine generationenabhängige Lebenserwartung berücksichtigen – nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) bewertet.

Soweit Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB vorliegt, ergibt sich die Rückstellung aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwertes der Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwertes des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens. Der beizulegende Zeitwert entspricht grundsätzlich dem Marktwert des verrechneten Zweckvermögens. Ergebnisauswirkungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes, Zeitwertänderungen des Zweckvermögens und laufende Erträge des Zweckvermögens werden nach Verrechnung im Zinsergebnis ausgewiesen.

Der Gesetzgeber hat im Rahmen der Umsetzung der am 17. März 2016 in Kraft getretenen Wohnimmobilienkreditrichtlinie beschlossen, für Pensionsrückstellungen ab 2016 einen von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre zu Grunde zu legen, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Bis zum 31. Dezember 2015 wurde ein von der Deutschen Bundesbank veröffentlichter 7-Jahresdurchschnittszinssatz verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zwischen dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2016 (4,01 %) und dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2016 (3,24 %; im Vorjahr: 3,89 %) ergibt sich bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 16.807 T€, der ausschüttungsgesperrt ist.

Das Wahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde nicht in Anspruch genommen. Alle mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden in Höhe ihrer Unterdeckung bilanziert. Dabei wurde das Kassenvermögen der Unterstützungskasse vom Verpflichtungswert abgesetzt.

Im Rahmen weiterer Rechnungsannahmen wurden folgende jährliche Lohn-, Gehalts- und Rentensteigerungen unterstellt:

	Lohn- und Gehalts- steigerungen 31.12.2016 %	Renten- steigerungen 31.12.2016 %	Lohn- und Gehalts- steigerungen 31.12.2015 %	Renten- steigerungen 31.12.2015 %
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen				
Pensionen nach Manteltarifvertrag	-	0,00	-	0,00
Pensionen nach Manteltarifvertrag (RWE-Zusagen)	2,35	1,60	2,35	1,60
Rentenausgleichszahlungen	-	1,60	-	1,60
Deputatsverpflichtungen	-	0,00	-	0,00
Deferred Compensation	-	0,00	-	0,00
Mittelbare Pensionsverpflichtungen				
Leistungsplan 1 und 1a	2,35	1,60	2,35	1,60
Leistungsplan 3	1,50	0,00	1,50	0,00
Leistungsplan 4	0,00	1,00	0,00	1,00
Leistungsplan 5	2,35	1,00	2,35	1,00
Leistungsplan 30	0,00	1,00	0,00	1,00
alle weiteren Leistungspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Rückstellungen				
Vorruhestand	2,10	-	2,10	-
Altersteilzeit	2,10	-	2,10	-
Sterbegeld	2,35	-	2,35	-
Jubiläumsverpflichtungen	0,00	-	0,00	-

Die mittel- und langfristigen sonstigen Rückstellungen wurden entsprechend ihrer Restlaufzeit mit dem von der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB). Zur Anwendung kamen Zinssätze zwischen 1,67 % und 3,24 % (im Vorjahr: zwischen 2,16 % und 3,83 %). Geschätzte künftige Kostensteigerungen wurden berücksichtigt.

Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag und erhaltene Anzahlungen mit dem Nennwert passiviert. Innerhalb der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Zahlungsverpflichtungen aus abgegrenzten noch nicht abgelesenen Netznutzungen mit den geleisteten Abschlagszahlungen verrechnet. Die Wertansätze der Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

(1) Anlagevermögen

Das Sachanlagevermögen zuzüglich der immateriellen Vermögensgegenstände ist – bezogen auf den Restbuchwert zum 31. Dezember 2016 – zu rund 93 % vermietet bzw. verpachtet. Hauptpächterin ist in Umsetzung des Legal Unbundling die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale).

Entwicklung des Anlagevermögens der envia Mitteldeutsche Energie AG

Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	Vortrag zum 01.01.2016 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	25.106
	25.106
Sachanlagen	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	213.814
Technische Anlagen	3.541.911
Betriebs- und Geschäftsausstattung	55.440
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	46.318
	3.857.483
Finanzanlagen	
Anteile an verbundenen Unternehmen	430.758
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	426.508
Beteiligungen	107.304
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	693.078
Sonstige Ausleihungen	7.053
	1.664.701
Anlagevermögen	5.547.290

Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2016
T€	T€	T€	T€
2.933	796	0	28.835
2.933	796	0	28.835
11.353	1.906	-1.723	225.350
106.467	30.106	-26.124	3.652.360
9.603	1.499	-3.734	62.808
20.747	-34.307	-942	31.816
148.170	-796	-32.523	3.972.334
11.463	0	-1.534	440.687
3.199	0	-115.222	314.485
3.283	0	-1.595	108.992
6.453	0	0	6.453
10.000	0	0	703.078
0	0	-7.024	29
34.398	0	-125.375	1.573.724
185.501	0	-157.898	5.574.893

Entwicklung des Anlagevermögens der envia Mitteldeutsche Energie AG

Kumulierte Abschreibungen	Vortrag zum 01.01.2016	Abschreibungen
	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	16.197	1.401
	16.197	1.401
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	121.774	8.466
Technische Anlagen	2.690.245	94.142
Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.816	6.137
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0
	2.846.835	108.745
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	84.210	151
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0
Beteiligungen	4.701	0
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0
Sonstige Ausleihungen	0	0
	88.911	151
Anlagevermögen	2.951.943	110.597

Zuschreibungen	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2016	Buchwerte Stand 31.12.2016	Buchwerte Stand 31.12.2015
T€	T€	T€	T€	T€	T€
0	0	0	17.598	11.237	8.909
0	0	0	17.598	11.237	8.909
0	0	-1.297	128.943	96.407	92.040
0	0	-25.491	2.758.896	893.464	851.666
0	0	-3.634	37.319	25.489	20.624
0	0	0	0	31.816	46.318
0	0	-30.422	2.925.158	1.047.176	1.010.648
0	0	0	84.361	356.326	346.548
0	0	0	0	314.485	426.508
0	0	0	4.701	104.291	102.603
0	0	0	0	6.453	0
0	0	0	0	703.078	693.078
0	0	0	0	29	7.053
0	0	0	89.062	1.484.662	1.575.790
0	0	-30.422	3.031.818	2.543.075	2.595.347

Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB zu Unternehmen, an denen enviaM beteiligt ist:

I Verbundene Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil gemäß § 16 AktG		Eigenkapital T€	Ergebnis des letzten Geschäfts- jahres T€
	Anteil unmittelbar	Anteil mittelbar		
	%	%		
In den Konzernabschluss der innogy SE und der RWE AG einbezogene verbundene Unternehmen				
1 envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen ¹⁾	100,00		63.463	0
2 enviaM Beteiligungsgesellschaft Chemnitz GmbH, Chemnitz ¹⁾	100,00		56.366	0
3 envia TEL GmbH, Markkleeberg	100,00		15.994	3.476
4 EVIP GmbH, Bitterfeld-Wolfen ¹⁾	100,00		11.347	0
5 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale) ¹⁾	100,00		4.171	0
6 envia SERVICE GmbH, Cottbus	100,00		3.415	2.415
7 Verteilnetz Plauen GmbH, Plauen ¹⁾	100,00		22	0
8 VWS Verbundwerke Südwestsachsen GmbH, Lichtenstein	97,85		26.813	2.170
9 MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Halle (Saale)	75,39		120.341	28.385
10 A/V/E GmbH, Halle (Saale)	25,90	25,10	2.069	522
11 Südwestsächsische Netz GmbH, Crimmitschau		100,00	1.070	-20
12 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Kabelsketal ²⁾		100,00	25	0
Nicht in den Konzernabschluss der innogy SE und der RWE AG einbezogene verbundene Unternehmen				
13 Windkraft Hochheim GmbH & Co. KG, Hochheim ³⁾	100,00		2.750	263
14 AQUAVENT Gesellschaft für Umwelttechnik und regenerierbare Energien mbH, Lützen ³⁾	100,00		1.592	773
15 GKB Gesellschaft für Kraftwerksbeteiligungen mbH, Cottbus ³⁾	100,00		292	-20
16 NRF Neue Regionale Fortbildung GmbH, Halle (Saale) ³⁾	100,00		164	32
17 enviaM Erneuerbare Energien Verwaltungsgesellschaft mbH, Markkleeberg ³⁾	100,00		32	2
18 enviaM Neue Energie Management GmbH, Halle (Saale) ⁴⁾	100,00		25	0
19 Lößnitz Netz GmbH & Co. KG, Lößnitz ³⁾	100,00		12	-3
20 SEG Solarenergie Guben GmbH & Co. KG, Guben ⁵⁾	100,00		10	-
21 Zweite WEA Vetschau GmbH & Co. KG, Breklum ³⁾	100,00		-51	-48
22 Erste WEA Vetschau GmbH & Co. KG, Breklum ³⁾	100,00		-1.184	-1.143
23 Oschatz Netz GmbH & Co. KG, Oschatz ³⁾	74,90		1.880	536
24 bildungszentrum energie GmbH, Halle (Saale) ³⁾	74,50	25,50	1.082	607
25 Windenergie Briesensee GmbH, Neu Zauche ³⁾	50,20		1.434	1.181
26 Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Lützen ³⁾		100,00	31	1
27 Lößnitz Netz Verwaltungs GmbH, Lößnitz ³⁾		100,00	27	0
28 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas HD mbH, Halle (Saale) ²⁾		100,00	25	0
29 Mitteldeutsche Netzgesellschaft mbH, Chemnitz ³⁾		100,00	22	-1
30 AVB GmbH, Lützen ³⁾		100,00	14	-10
31 Oschatz Netz Verwaltungs GmbH, Oschatz ³⁾		99,98	26	0

¹⁾ Gewinnabführungsvertrag mit enviaM

²⁾ Gewinnabführungsvertrag mit MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH

³⁾ Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

⁴⁾ Geschäftsjahr vom 11. Juni bis 31. Dezember 2015

⁵⁾ Eigenkapital bei Gründung in 2016

II Beteiligungen

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil gemäß § 16 AktG		Eigenkapital T€	Ergebnis des letzten Geschäfts- jahres ¹⁾ T€
	Anteil unmittelbar	Anteil mittelbar		
	%	%		
32 Fernwärmeversorgung Zwönitz GmbH, Zwönitz	50,00		3.115	246
33 Netzgesellschaft Grimma GmbH & Co. KG, Grimma	49,00		7.670	569
34 Stadtwerke – Strom Plauen GmbH & Co. KG, Plauen	49,00		5.358	1.151
35 Energieversorgung Marienberg GmbH, Marienberg ²⁾	49,00		3.007	0
36 Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH, Dessau-Roßlau	49,00		1.543	362
37 Wärmeversorgung Mücheln GmbH, Mücheln	49,00		916	96
38 Wärmeversorgung Wachau GmbH, Markkleeberg/OT Wachau	49,00		91	-1
39 Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg (Saale)	47,00		11.477	2.531
40 Stadtwerke Bernburg GmbH, Bernburg (Saale) ²⁾	45,00		31.859	0
41 Energieversorgung Guben GmbH, Guben	45,00		16.272	617
42 Windenergie Frehne GmbH & Co. KG, Marienfließ	41,03		6.264	202
43 Stadtwerke Merseburg GmbH, Merseburg ²⁾	40,00		21.392	0
44 Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH, Bitterfeld-Wolfen ²⁾	40,00		19.939	150
45 Heizkraftwerk Zwickau Süd GmbH & Co. KG, Zwickau ⁴⁾	40,00		1.814	502
46 Städtische Werke Borna GmbH, Borna	36,75		5.152	1.102
47 Stadtwerke Aschersleben GmbH, Aschersleben	35,00		16.990	3.044
48 Freiburger Stromversorgung GmbH (FSG), Freiberg	30,00		9.655	1.360
49 Sandersdorf-Brehna Netz GmbH & Co. KG, Sandersdorf-Brehna	27,60	21,40	4.826	170
50 Stadtwerke Schwarzenberg GmbH, Schwarzenberg/Erzgeb.	27,54		14.325	1.263
51 Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau ²⁾	27,00		42.360	0
52 Windkraft Jerichow-Mangelsdorf I GmbH & Co. KG, Jerichow	25,10		4.163	652
53 Stadtwerke Weißenfels GmbH, Weißenfels	24,50		23.333	3.489
54 Stadtwerke Zeitz GmbH, Zeitz	24,50		20.734	2.950
55 Stadtwerke Meerane GmbH, Meerane	24,50		13.903	1.934
56 Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH, Reichenbach im Vogtland	24,50		13.339	1.689
57 Stadtwerke Aue GmbH, Aue	24,50		12.415	1.394
58 GISA GmbH, Halle (Saale)	23,90		8.049	2.449
59 Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig		50,00	430	-5
60 VEM Neue Energie Muldenthal GmbH & Co. KG, Markkleeberg ³⁾		50,00	6	-4
61 eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz		9,15	461.046	77.029

¹⁾ Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

²⁾ Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

³⁾ Geschäftsjahr vom 3. September bis 31. Dezember 2015

⁴⁾ Erwerb der Anteile am 30.12.2016, die Handelsregistereintragung ist noch ausstehend

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich um Fondsanteile an einem Spezialfonds.

	Buchwert 31.12.2016 T€	Marktwert 31.12.2016 T€	Abweichung 31.12.2016 T€	Ausschüttung 2016 T€	Tägliche Rückgabe möglich
Mischfonds	703.078	733.797	30.719	19.924	ja

(2) Vorräte

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.755	4.427
Unfertige Leistungen	993	255
Geleistete Anzahlungen	12	0
	8.760	4.682

In den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind hauptsächlich Betriebslagerbestände enthalten.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	167.431	158.604
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	38.929	124.434
davon Finanzforderungen	(2.840)	(84.285)
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(1.461)	(17.502)
davon sonstige Forderungen	(34.628)	(22.647)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.695	5.319
davon Finanzforderungen	(53)	(112)
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(5.642)	(5.207)
Sonstige Vermögensgegenstände	32.560	7.449
	244.615	295.806

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen vor allem Ansprüche aus Strom- und Gaslieferungen gegen Privat- und Gewerbekunden sowie gegen Geschäftskunden und Stadtwerke. Darin sind mit 582.279 T€ (im Vorjahr: 598.576 T€) Forderungen aus Verbrauchsabgrenzungen enthalten, denen erhaltene Anzahlungen von 474.334 T€ (im Vorjahr: 485.784 T€) gegenüberstehen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten mit 29.735 T€ (im Vorjahr: 4.196 T€) Steuererstattungsansprüche.

Von den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben 109 T€ eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Sie betreffen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

(4) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen mit 262 T€ Guthaben bei Kreditinstituten und mit 31 T€ Kassenbestände.

Passiva

(5) Eigenkapital

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals ist nachfolgender Übersicht zu entnehmen:

	Vortrag zum 01.01.2016	Gewinn- ausschüttung	Entnahme aus den Rücklagen	Einstellung aus dem Jahres- überschuss	Stand am 31.12.2016
	T€	T€	T€	T€	T€
Gezeichnetes Kapital	635.187	0	0	0	635.187
Kapitalrücklage	20.565	0	0	0	20.565
Gewinnrücklagen					
Gesetzliche Rücklage					
gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	114.659	0	0	0	114.659
(davon zugleich im Sinne des § 150 Abs. 2 AktG)	(114.659)				(114.659)
Andere Gewinnrücklagen	747.032	0	-12.000	0	735.032
Bilanzgewinn	221.324	-220.827	12.000	149.286	161.783
davon Gewinnvortrag	(330)				(497)
	1.738.767	-220.827	0	149.286	1.667.226

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) ist in 248.120.000 auf den Namen lautende Stückaktien (Stammaktien) eingeteilt.

Die Aktionäre der enviaM zum Bilanzstichtag sind:

Aktionär	Anteilsverhältnis %	Aktien Stück
innogy SE, Essen	38,58	95.730.045
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz	22,18	55.027.366
enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen	19,99	49.588.590
KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG, Bitterfeld-Wolfen	15,02	37.274.790
Städte, Gemeinden und Stadtwerke	4,23	10.499.209
	100,00	248.120.000

Die Mehrheit der Anteile an der enviaM hält direkt und indirekt die innogy SE, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der innogy SE hält die RWE Downstream Beteiligungs GmbH, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der RWE Downstream Beteiligungs GmbH hält die RWE AG, Essen, der damit gemäß § 20 Abs. 4 i.V.m. § 16 Abs. 1 AktG die Mehrheit der Anteile an enviaM zuzurechnen ist. Über diese Beteiligungsverhältnisse wurde enviaM mit Schreiben vom 4. Juni 2016 informiert.

(6) Sonderposten

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen		
Steuerpflichtige Zuschüsse	4.168	4.112
Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten	0	13.666
Sonderposten mit Rücklageanteil		
Steuerrechtliche Sonderabschreibungen		
gemäß § 4 FördergebietsG	77.023	95.454
gemäß § 6b EStG	6.533	6.732
	87.724	119.964

(7) Rückstellungen

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	137.760	141.994
Steuerrückstellungen	28.801	47.874
Sonstige Rückstellungen	188.925	234.965
	355.486	424.833

Nachstehend aufgeführte Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, wurden gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet; entsprechend wurde mit den zugehörigen Aufwendungen aus der Aufzinsung und den Zinserträgen aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren.

	Anschaffungskosten		Einzelbeträge vor Verrechnung			
	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	Zeitwert		Erfüllungsbetrag	
	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen aus deferred compensation						
Verrechnete Vermögensgegenstände						
Sonstige Vermögensgegenstände aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen	1.082	1.039	1.082	1.039	-	-
Verrechnete Schulden						
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus deferred compensation	-	-	-	-	1.082	1.039

Die Anschaffungskosten und die beizulegenden Zeitwerte wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt.

Ferner wurden Zinserträge in Höhe von 43 T€ (im Vorjahr: 43 T€) mit Zinsaufwendungen in Höhe von 43 T€ (im Vorjahr: 43 T€) verrechnet.

Die Steuerrückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume 2009 sowie 2011 bis 2015.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen eingegangene Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern im Zusammenhang mit den Betriebsvereinbarungen zum Vorruhestand, Entschädigungszahlungen für Dienstbarkeiten gemäß § 9 Abs. 3 RegVVG, ausstehende Eingangrechnungen, Prozessrisiken, Zinszahlungsverpflichtungen, sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften.

Auf Grund der durch das BilMoG geänderten Bewertung von Rückstellungen wäre in 2010 eine teilweise Auflösung der sonstigen Rückstellungen erforderlich gewesen, die in Anwendung des Beibehaltungswahlrechtes nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht vorgenommen wurde, weil der aufzulösende Betrag bis spätestens 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Die Übereckung zum 31. Dezember 2016 beträgt noch 102 T€.

(8) Verbindlichkeiten

	31.12.2016	davon RLZ ¹⁾ ≤ 1 Jahr	davon RLZ ¹⁾ < 1 Jahr	davon RLZ ¹⁾ > 5 Jahre	31.12.2015	davon RLZ ¹⁾ ≤ 1 Jahr	davon RLZ ¹⁾ < 1 Jahr	davon RLZ ¹⁾ > 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	150	150	0	0	397	397	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.800	97.800	0	0	85.177	85.096	81	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	511.552	511.552	0	0	318.511	318.511	0	0
davon aus Finanzierung	(340.124)	(340.124)	(0)	(0)	(275.622)	(275.622)	(0)	(0)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(48.357)	(48.357)	(0)	(0)	(42.517)	(42.517)	(0)	(0)
davon Sonstige Verbindlichkeiten	(123.071)	(123.071)	(0)	(0)	(372)	(372)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.522	1.522	0	0	2.989	2.989	0	0
davon aus Lieferungen und Leistungen	(1.522)	(1.522)	(0)	(0)	(2.989)	(2.989)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	35.980	31.805	4.175	0	54.543	54.368	4.175	0
davon aus Steuern	(9.304)	(9.304)	(0)	(0)	(23.153)	(23.153)	(0)	(0)
	647.004	642.829	4.175	0	461.617	457.361	4.256	0

¹⁾ RLZ = Restlaufzeit

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit 63.333 T€ (im Vorjahr: 51.538 T€) Abgrenzungen aus Verbindlichkeiten aus Netznutzungsentgelten enthalten, welche mit geleisteten Anzahlungen in Höhe von 38.292 T€ (im Vorjahr: 35.925 T€) verrechnet wurden.

(9) Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind mit 37.149 T€ Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten, die vor dem 1. Januar 2005 vereinnahmt worden, bilanziert. Darüber hinaus sind mit 2.218 T€ im Wesentlichen Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten, die nach dem 31. Dezember 2004 von den Pächtern unserer Verteilernetze vereinnahmt und an enviaM als Verpächter als Pachtvorauszahlungen weitergeleitet wurden, passiviert.

Ferner sind mit 199 T€ sonstige Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

(10) Latente Steuern

Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 29,825 % zu Grunde gelegt. Insgesamt übersteigen jedoch die aktiven latenten Steuern die passiven latenten Steuern, wodurch sich insgesamt eine Steuerentlastung ergibt.

	01.01.2016 T€	Veränderung T€	31.12.2016 T€
Aktive latente Steuern	72.767	-8.776	63.991
Passive latente Steuern	0	-3.246	-3.246
	72.767	-12.022	60.745

Die aktiven latenten Steuern betreffen hauptsächlich die Rückstellungen. Die passiven latenten Steuern resultieren ausschließlich aus dem Sachanlagevermögen.

(11) Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 251 bzw. § 285 Nr. 3 und Nr. 3a HGB

Die zu Gunsten anderer Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen für deren Gewährleistungsverträge gegenüber Dritten in Höhe von 1.638 T€ – davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 1.448 T€; davon gegenüber assoziierten Unternehmen: 190 T€ – sind nicht zu passivieren, da die zu Grunde liegenden Verbindlichkeiten durch die Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist.

Ferner hat enviaM zwei verbundenen Unternehmen die Zusage erteilt, auf dessen Anforderung Bürgschaften zur Absicherung der Vertragserfüllung gegenüber den Geschäftspartnern der verbundenen Unternehmen bis zu einer maximalen Höhe von insgesamt 60.000 T€ zu übernehmen. Bis zum 31. Dezember 2016 wurden im Umfang von 22.724 T€ Bürgschaften zu Gunsten der verbundenen Unternehmen durch enviaM übernommen. Ob die Restbeträge bis zum Ende der Laufzeit der Vereinbarungen jeweils am 31. Dezember 2020 noch in Anspruch genommen werden, ist nicht beurteilbar.

Darüber hinaus ist enviaM gegenüber einem Beteiligungsunternehmen bis zum 30. Dezember 2033 verpflichtet, das Strom- und Gasnetz dieser Gesellschaft zu einem Kaufpreis von 9.000 T€ zu erwerben, sofern das Beteiligungsunternehmen ihren Verbindlichkeiten aus einem Darlehensvertrag nicht nachkommt. Eine Inanspruchnahme der enviaM aus dieser Verpflichtung ist derzeit nicht wahrscheinlich.

Aus Dienstleistungsverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von 191.094 T€ bis 2019, die mit 90.353 T€ verbundene Unternehmen und mit 100.741 T€ assoziierte Unternehmen betreffen.

Die Zahlungsverpflichtungen aus Immobilienleasingverträgen betragen bis zum Jahr 2029 insgesamt 48.557 T€. Die Zahlungen werden wie folgt abfließen:

2017	6.200 T€
2018 bis 2021	20.458 T€
2022 bis 2026	18.739 T€
2027 bis 2029	3.160 T€

Die mit fünf Zweckgesellschaften vor dem Hintergrund einer Bilanzverkürzung und eines gestreckten Liquiditätsabflusses in Vorjahren abgeschlossenen Leasingverträge betreffen vier Verwaltungsgebäude, neun Kundenzentren und ein Parkhaus. Daneben bestehen fünf Andienungsrechte über insgesamt 7.315 T€. Am 1. Januar 2016 wurde ein Andienungsrecht in Anspruch genommen.

Das Bestellobligo von 33.491 T€ resultiert aus erteilten Investitionsaufträgen und entfällt in voller Höhe auf verbundene Unternehmen.

Ferner wurde den Mitgeschaftern einer Beteiligung jeweils ein Andienungsrecht ihrer Anteile an der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2032 in Höhe von insgesamt 2,15 % eingeräumt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(12) Umsatzerlöse

Aufteilung nach Sparten	2016 T€	2015 T€
Strom	2.029.326	2.063.358
Gas	6.522	45.897
Sonstige Umsatzerlöse	442.685	329.037
	2.478.533	2.438.292

Die Umsatzerlöse wurden nahezu vollständig im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Darin ist Stromsteuer in Höhe von 130.813 T€ und Energiesteuer in Höhe von 584 T€ enthalten.

Auf Grund der Anwendung des BilRUG ab dem Geschäftsjahr 2016 beinhalten die sonstigen Umsatzerlöse Sachverhalte, die im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen wurden. Das betrifft insbesondere Erträge aus kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, Erträge aus der Vermietung und Verpachtung und aus Personalgestaltung.

(13) Sonstige betriebliche Erträge

	2016 T€	2015 T€
Erträge aus		
Konzessionsabgabe	55.786	52.973
Auflösung von Rückstellungen	46.469	27.442
Auflösung des		
Sonderpostens mit Rücklageanteil	18.630	24.002
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 4 FördergebietsG	(18.431)	(23.775)
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 6b EStG	(199)	(227)
Sonderpostens für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	422	2.129
davon Sonderposten für Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten	(0)	(1.700)
Wertanpassungen des Umlaufvermögens und Zahlungseingänge auf ausgebuchte Forderungen	747	1.058
Abgang von Finanzanlagen	705	470
Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	515	16.234
Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen	0	71.667
Vermietung und Verpachtung	0	12.473
Personalgestaltung	0	5.473
Erbringung technischer Dienstleistungen	0	4.632
Übrige Erträge	19.351	19.314
	142.625	237.867

Auf Grund der bestehenden Konzessionsverträge mit den Kommunen ist enviaM verpflichtet, auch nach Umsetzung des Legal Unbundling Konzessionsabgaben zu entrichten. Die von der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale), im Rahmen der Netznutzungsentgelte vereinnahmten Konzessionsabgaben werden an enviaM weitergeleitet.

Die Erträge aus kaufmännischen und technischen Dienstleistungen sowie die Erträge aus Vermietung und Verpachtung und aus Personalgestellung werden ab dem Geschäftsjahr 2016 auf Grund der Anwendung des BilRUG in den Umsatzerlösen ausgewiesen (im Vorjahr: sonstige betriebliche Erträge).

(14) Materialaufwand

	2016 T€	2015 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.292.023	-1.397.638
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-639.020	-563.552
	-1.931.043	-1.961.190

In den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist die EEG-Umlage für den Letztverbraucherabsatz mit 470.383 T€ (im Vorjahr: 468.684 T€) enthalten.

(15) Personalaufwand

	2016 T€	2015 T€
Löhne und Gehälter	-50.389	-49.495
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-11.490	-9.281
davon für Altersversorgung	(-3.876)	(-1.465)
	-61.879	-58.776

Beschäftigte (Mitarbeiteräquivalente) im Jahresdurchschnitt	2016	2015
Gewerbliche Arbeitnehmer	6	7
Angestellte	691	678
	697	685

(16) Abschreibungen

	2016 T€	2015 T€
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	110.146	-108.918
auf Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	0	-1.056
	110.146	-109.974

Außerplanmäßige Abschreibungen sind in Höhe von 2.427 T€ angefallen.

(17) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2016 T€	2015 T€
Aufwendungen für		
Konzessionsabgabe	-55.786	-52.973
Verluste aus Wertminderungen und Abgängen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-5.012	-7.358
Verluste aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	-854	-664
Übrige sonstige Aufwendungen	-85.060	-102.276
	-146.712	-163.271

(18) Ergebnis Finanzanlagen

	2016 T€	2015 T€
Ergebnis aufgrund von Gewinnabführungsverträgen		
Erträge aus Gewinnabführungen	28.977	23.964
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-122.922	-496
Erträge aus Beteiligungen	34.105	53.014
davon aus verbundenen Unternehmen	(20.799)	(39.885)
Beteiligungsergebnis	-59.840	76.482
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	31.673	151.846
davon aus verbundenen Unternehmen	(11.635)	(14.990)
	-28.167	228.328

(19) Zinsergebnis

	2016 T€	2015 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.827	7.415
davon aus verbundenen Unternehmen	(24)	(23)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-14.841	-28.812
davon aus Aufzinsungen	(-8.679)	(-28.099)
davon an verbundene Unternehmen	(-60)	(-76)
	-11.014	-21.397

(20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Vorauszahlungen und die Zuführung zur Steuerrückstellung des Berichtsjahres in Höhe von insgesamt 40.643 T€ und weitere periodenfremde Steuer- aufwendungen (8.748 T€) sowie Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen (995 T€).

(21) Geschäfte größeren Umfangs, die mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen getätigt wurden (§ 6b Abs. 2 EnWG)

Im Geschäftsjahr wurden Geschäfte größeren Umfangs, die aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätig- keit herausfallen und für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit verbundenen Unternehmen wie folgt getätigt:

- Netzverpachtung des regulierten Strom- und Gasnetzes an ein Konzernunternehmen: 197.493 T€;
- Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen (allgemeine Verwaltung) an verbundene Unternehmen: 72.359 T€;
- Erbringung IT-technischer Dienstleistungen an verbundene Unternehmen: 43.589 T€;
- Cash-Pool-Vereinbarungen mit 19 verbundenen Unternehmen, woraus Zinserträge in Höhe von 15 T€ und Zins- aufwendungen in Höhe von 56 T€ resultieren;
- Darlehensverträge mit sieben verbundenen Unternehmen, woraus Zinserträge in Höhe von 11.644 T€ realisiert wurden;
- Bezug kaufmännischer Dienstleistungen (allgemeine Verwaltung) von verbundenen Unternehmen: 9.148 T€;
- Übernahme von Bürgschaften zu Gunsten von zwei verbundenen Unternehmen, die am 31. Dezember 2016 in Höhe von 22.724 T€ in Anspruch genommen wurden.

(22) Ausschüttungsgesperrter Betrag

Die zum 31. Dezember 2016 gemäß § 253 Abs. 6 und § 268 Abs. 8 HGB gegen Ausschüttung gesperrten Beträge belaufen sich insgesamt auf 16.807.124,24 €. Der Betrag entfällt ausschließlich auf den Unterschied zwischen dem 7-Jahresdurch- schnittszinssatz und dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen (§ 253 Abs. 6 HGB). Unter Berücksichtigung der am 31. Dezember 2016 vorhandenen frei verfügbaren Rücklagen kann jedoch der gesamte Bilanz- gewinn ausgeschüttet werden.

(23) Sonstige Angaben

Auf Grund der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil sowie der Mehraufwendungen aus der degressiven Abschreibung und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwandes liegt das Jahresergebnis um 5,99 % über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Es erfolgen keine Angaben über das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar, da diese Angaben im Konzernanhang der innogy SE enthalten sind.

Die Bezüge des Vorstandes betragen 1.330.696,08 €. Darüber hinaus wurden dem Vorstand im Rahmen des „Strategic Performance Plan 2016–2019“ 3.818 Wertsteigerungsrechte gewährt. Der beizulegende Zeitwert im Zeitpunkt der Gewährung betrug 141.750,00 €.

Die Bezüge der ehemaligen Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 1.687.822,23 €. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sind 1.135.698,14 € zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrates betrug 241.849,73 €. Dem Beirat wurden 86.571,03 € vergütet.

Nach Schluss des Berichtszeitraumes sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enviaM eingetreten.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Tim Hartmann,
Vorstandsvorsitzender,

Dr. Andreas Auerbach,
Vorstand Vertrieb,

Ralf Hiltenkamp,
Vorstand Personal, Arbeitsdirektor.

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Bernd Böddeling
Bereichsvorstand Finanzen und der Sparte Netz & Infrastruktur der innogy SE
Vorsitzender

René Pöhls
Vorsitzender des Gemeinsamen Gesamtbetriebsrates
der envia Mitteldeutsche Energie AG, der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH,
der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH und der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH
stellvertretender Vorsitzender

Thomas Eulenberger
Bürgermeister der Stadt Penig
2. stellvertretender Vorsitzender

Sven Bartz
Vorsitzender des Gemeinsamen Betriebsrates Chemnitz
der envia Mitteldeutsche Energie AG, der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH,
der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH und der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

Marcus Borck
Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung des ver.di Landesbezirkes Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Christina Dittrich
Vorsitzende des Gemeinsamen Betriebsrates Brandenburg
der envia Mitteldeutsche Energie AG, der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH,
der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH und der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

Carl-Ernst Giesting
Bereichsvorstand Geschäftskunden & REM – Vertriebsleiter Deutschland und der Sparte Vertrieb der innogy SE

Detlef Hillebrand
Geschäftsführer der Kommunalwirtschaft Sachsen-Anhalt GmbH

Sieglinde Hinzer
Vorsitzende des Betriebsrates der envia SERVICE GmbH

Ute Liebsch
Bezirksleiterin des Bezirkes Cottbus
der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Knut Lindner
Vorsitzender des Gemeinsamen Betriebsrates Westsachsen
der envia Mitteldeutsche Energie AG, der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom GmbH,
der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH und der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

Dr. Heinz-Willi Mölders
Ehemaliges Mitglied des Vorstandes der RWE Deutschland AG

Dr. Arndt Neuhaus
Ehemaliger Vorsitzender des Vorstandes der RWE Deutschland AG
– bis 27. April 2016 –

Hildegard Müller
Vorstand Netz & Infrastruktur der innogy SE
– seit 27. April 2016 –

Dr. Werner Rauball
Geschäftsführer der KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der envia Mitteldeutsche Energie AG

Dr. Joachim Schneider
Bereichsvorstand Technik & Operations und der Sparte Netz & Infrastruktur der innogy SE

Karsten Schütze
Oberbürgermeister der Stadt Markkleeberg

Gerald Voigt
Bezirksleiter Dresden-Chemnitz
der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
– seit 7. Januar 2016 –

Jens Winkler
Bereichsleiter IV-Steuerung der envia Mitteldeutsche Energie AG

Thomas Zenker
Bürgermeister der Stadt Großräschen

Hanns-Christoph Zippel
Vorsitzender des Gemeinsamen Betriebsrates Sachsen-Anhalt
der envia Mitteldeutsche Energie AG, der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH,
der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH und der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

(24) Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand legt dem Aufsichtsrat folgenden Vorschlag vor, den er der Hauptversammlung für die Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von 161.782.944,42 € unterbreiten will:

1. Ausschüttung einer Bardividende von 0,65 €
je Stückaktie auf das Grundkapital
von 635.187.200,00 € 161.278.000,00 €

2. Gewinnvortrag 504.944,42 €

Die Dividende in Höhe von 0,65 € je Stückaktie ist am Tag nach der Hauptversammlung zahlbar.

Chemnitz, 3. Februar 2017

Der Vorstand

Hartmann

Dr. Auerbach

Hiltenkamp

E N T W U R F

Beteiligungsbericht 2017

gemäß § 75 a ThürKO

**über die unmittelbare Beteiligung an der
KEBT Kommunale Energie
Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt
(KEBT AG)**

sowie

**über die mittelbare Beteiligung an der
Thüringer Energie AG (TEAG)**

im Jahr 2016

erstellt durch die

Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT)

Inhaltsübersicht:

Vorwort	2
unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG	
Gegenstand des Unternehmens KEBT AG	4
Aktionäre der KEBT AG	4
Organe der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015/2016	4
Gewinnverwendung	5
Anzahl der Arbeitnehmer	5
Grundzüge des Geschäftsverlaufes	5
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	7
Beteiligungen der KEBT AG	7
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG	8
mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG (TEAG)	
Gegenstand des Unternehmens TEAG	9
Aktionäre der TEAG	9
Organe der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016	9
Gewinnverwendung	11
Anzahl der Arbeitnehmer	11
Grundzüge des Geschäftsverlaufes	11
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	17
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG	18
Beteiligungen der TEAG	19

Vorwort:

Nach der Wiedervereinigung standen den Gemeinden und Städten in den jungen Bundesländern im Grundsatz 49 % der damals vorhandenen Betriebe und Einrichtungen für die Strom- und Gasversorgung zu. Dieser Anspruch wurde in der Folge gemindert durch die Ausgliederung von neu gegründeten Stadtwerken sowie durch Kapitalerhöhungen. Im Freistaat Thüringen sank damit der Anteil der Gemeinden und Städte an dem damaligen regionalen Stromversorger, TEAG Thüringer Energie AG, auf rd. 27 % und an dem damaligen regionalen Gasversorger, Gasversorgung Thüringen GmbH (GVT), auf rd. 10 %.

Im Jahr 1999 gelang es der kommunalen Seite ihre Beteiligungsquote am regionalen Gasversorger GVT auf 49 % anzuheben. Im Jahr 2005 erfolgte die Fusion der TEAG und der GVT zur E.ON Thüringer Energie AG (ETE). Im Zuge dieser Fusion gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligung am neu geschaffenen regionalen Energieversorgungsunternehmen auf 47 % zu erhöhen. Im kommunalen Energie-Pool, der KEBT Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT AG), haben damals rd. 800 Gemeinden und Städte ihre Beteiligung an der E.ON Thüringer Energie AG gebündelt.

Am 20. November 2012 wurde der Kommunale Energiezweckverband Thüringen (KET) durch die Veröffentlichung der Satzung im Thüringer Staatsanzeiger gegründet. Die grundlegende Aufgabe und somit Gründungszweck des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) ist der Erwerb von Anteilen an der Thüringer Energie AG. Seit dem 28. November 2016 sind 472 Mitgliedskommunen - durch die Veröffentlichung der siebten Satzungsänderung im Thüringer Staatsanzeiger - stimmberechtigte Mitglieder des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET).

Mit dem Beitritt zum KET haben die Kommunen ihre Aktien an der KEBT AG auf den KET übertragen. Der KET vertritt demnach rd. 73 % des Grundkapitals der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG).

Gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) hat jede Kommune jährlich zum 30. September einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Aus dieser Vorschrift folgt, dass für die unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG ein entsprechender Beteiligungsbericht zu erstellen ist.

Weiterhin hat jede Kommune gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung ebenfalls einen Beteiligungsbericht für Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie mittelbar beteiligt ist und die Beteiligung mehr als 25 % beträgt oder die Bilanzsumme des Unternehmens 3.438.000,00 Euro überschreitet, zu erstellen.

Daher ist auch für die mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG ein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) hat es im Auftrag der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG) für das Jahr 2016 übernommen, für die Kommunen mit Aktien an der KEBT AG einen Beteiligungsbericht für die Beteiligung an der KEBT AG zu erstellen. Die im Beteiligungsbericht über die Beteiligung an der KEBT AG aufgeführten Daten sind dem Jahresabschluss der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2015/2016 entnommen. Die KDGT hat es des Weiteren übernommen, auch für die mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG einen Beteiligungsbericht zu erstellen. Die hierzu aufgeführten Daten wurden dem Konzernabschluss der Thüringer Energie AG für das Geschäftsjahr 2016 entnommen.

**Zuschüsse und
Kapitalentnahmen
durch
Gemeinde/Stadt**

Durch die Gemeinde/Stadt wurden, wie bereits in den Vorjahren, keine Zuschüsse bzw. Kapitalentnahmen gemäß § 75 a ThürKO weder bei der unmittelbaren Beteiligung an der KEBT AG noch bei der mittelbaren Beteiligung an der Thüringer Energie vorgenommen.

Unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG

Gegenstand des Unternehmens KEBT AG:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen der Thüringer Energie AG und die Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus der Beteiligung an der Aktiengesellschaft ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Aktionäre bei den Beteiligungsgesellschaften. Die Gesellschaft unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren Energieversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind. Sie kann Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben, andere Unternehmen übernehmen und/oder errichten.

Aktionäre der KEBT AG zum 31. Dezember 2016

Aktionäre	Stück	%
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)	1.380.278	68,25
Kommunen	370.975	18,34
Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH	143.733	7,11
Gemeinde- und Städtebund Thüringen	429	0,02
Eigene Anteile der KEBT AG	127.033	6,28
Gesamt	2.022.448	100,00

Die Stadt Schmöln hat im Jahr 2016 unmittelbar einen Anteil von 0,0024% (52 KEBT-Aktien) an der KEBT AG gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2016 einen Anteil am Grundkapital von 1,05 Euro* je Aktie. (siehe Datenblatt)

**[Die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Vorstand fassten am 26. Mai 2016 den Beschluss, die durch Ermächtigung der ordentlichen Hauptversammlung der KEBT AG am 16. Oktober 2013 109.219 erworbenen eigenen Aktien einzuziehen. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der KEBT AG beschlosssen weiterhin, § 4 Abs. 1 und 2 der Satzung der KEBT AG diesbezüglich wie folgt:*

„(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 2.131.667,00 Euro (in Worten: zweimillioneneinhunderteinunddreißigtausendsechshundertsiebenundsechzig Euro).

*(2) Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.022.448 Stückaktien.“
zu ändern.]*

Organe der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015/2016

Der **Aufsichtsrat** der KEBT AG, der aus sechs Mitgliedern besteht, setzte sich im Geschäftsjahr 2015/2016 wie folgt zusammen:

Herr Horst Brandt,
Aufsichtsratsvorsitzender
Bürgermeister, Langewiesen

Herr Johannes Hertwig,
Mitglied
Bürgermeister, Bad Sulza

Herr Frank Rostek,
stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Bürgermeister, Bleicherode

Herr Stefan Wolf,
Mitglied
Oberbürgermeister, Weimar

Herr Manfred Hellmann,
Mitglied
Bürgermeister, Viernau
(bis 06. Oktober 2016)

Herr Ralf Rusch,
Mitglied,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des GStB Thüringen, Erfurt

Vergütung der Organe	<p>Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2015/2016 betrug 4.500 € (Vorjahr: 4.550 €).</p> <p>Dem Vorstand der KEBT AG gehörte im Geschäftsjahr 2015/2016:</p> <p>Herr Peter Hengstermann an.</p> <p>Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.</p>
Gewinnverwendung	<p>Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 27. Oktober 2016 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 2015/2016 in Höhe von 65.048.272,08 Euro eine Nettodividende in Höhe von 4,25 Euro pro Stückaktie (Vorjahr 4,25 Euro), das sind insgesamt 8.565.513,75 Euro (2.015.415 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre ist am 06. Dezember 2016 erfolgt.</p>
Anzahl der Arbeitnehmer	<p>Die KEBT AG hat im Geschäftsjahr 2015/2016 neben dem Vorstand keine Beschäftigten. Die Aufgabenerfüllung wurde aufgrund eines Dienstleistungsvertrages durch die Kommunale Dienstleistungsgesellschaft Thüringen (KDGT) übernommen. Die KDGT ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen.</p>
Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2015/2016, 01. Juli 2015 – 30. Juni 2016):	<p>„Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 2.131.667 Euro. Hiervon werden eigene Anteile von 7.033 Euro (im Vorjahr 116.252 Euro) gehalten. Auf Grundlage einer entsprechenden Ermächtigung durch die Hauptversammlung vom 16. Oktober 2013 haben Vorstand und Aufsichtsrat am 26. Mai 2016 beschlossen, 109.219 eigene Aktien ohne Kapitalherabsetzung einzuziehen. Das eingezogene Kapital beträgt nunmehr 2.124.634 EUR.</p> <p>Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen haben nur mittelbar über die Beteiligungsgesellschaft TEAG Einfluss auf die Entwicklung der KEBT AG. Die TEAG ist der führende Energieversorger und Infrastrukturdienstleister in Thüringen und als rein kommunales Unternehmen geschäftlich tätig. Insgesamt werden mittelbar 84,8 % der Aktien von rund 800 Thüringer Gemeinden und Städten gehalten.</p> <p>Im Geschäftsjahr 2015/2016 wurden weitere Kommunen in den KET aufgenommen und haben in diesem Zusammenhang ihre Anteile an der TEAG auf den KET übertragen. Dadurch bedingt hat sich die Zahl der kommunalen Aktionäre der KEBT AG von 332 auf 299 reduziert. Von diesen 299 kommunalen Aktionären haben bereits weitere 5 Gemeinden und Städte den Beschluss zum Beitritt in den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen gefasst.</p> <p>Die KEBT AG verzeichnet weiterhin - wie in den Vorjahren - keine Umsatzerlöse. Die Betriebsleistung resultiert ausschließlich aus den Dividenden der TEAG. Die TEAG hat in ihrer Hauptversammlung am 01. Juli 2015 über die Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2014 beschlossen. Die Hauptversammlung der TEAG hat aktuell für das Geschäftsjahr 2015 am 15. Juni 2016 über die Gewinnausschüttung beschlossen. Somit hat die KEBT AG im Geschäftsjahr 2015/2016 sowohl die Dividende für das Geschäftsjahr 2014 als auch für das Geschäftsjahr 2015 von der TEAG erhalten.</p>

Die Ertragslage stellt sich, wie in den vergangenen Jahren, deutlich positiv dar. Lediglich im Vorjahr wurde ein Jahresfehlbetrag von 84 TEUR bedingt durch die spätere Dividendenausschüttung der TEAG ausgewiesen. Für das Geschäftsjahr 2015/2016 konnte bedingt durch die Dividendenzahlung der TEAG für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 (51.204 TEUR) ein sehr deutlicher Jahresüberschuss in Höhe von 50.884 T€ (Vorjahr Jahresfehlbetrag von 84 TEUR) erwirtschaftet werden. Das entspricht auch der Prognose im Lagebericht für das Vorjahr.

Die Vermögenslage ist durch angemessene Vermögens- und Kapitalrelationen gekennzeichnet. Die Bilanzsumme zum 30. Juni 2016 ist von 30.531 TEUR auf 72.960 TEUR gestiegen. Ursächlich hierfür ist die Gewinnausschüttung der TEAG für die Geschäftsjahre 2014 und 2015. Das Eigenkapital hat sich infolge des deutlichen Jahresüberschusses 2015/2016 auf 72.820 TEUR (Vorjahr 30.502 TEUR) verbessert. Die Eigenkapitalquote beträgt nahezu unverändert 99,8 %. Das Umlaufvermögen deckt vollständig das kurzfristige Fremdkapital.

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das Geschäftsjahr 2015 hat die TEAG gegenüber den Vorjahren eine Dividende in Höhe von 20 €/TEAG-Aktie (Vorjahr 28,03 €/TEAG-Aktie) ausgeschüttet, die der KEBT AG am 16. Juni 2016 zufloss. Da die TEAG sich auch in den nächsten Jahren in einem schwierigen und sich wandelnden Marktumfeld bewegen muss und positive Sondereffekte aus dem Verkauf von Strom- und Gasnetzen wegfallen, geht auch die KEBT AG zukünftig von leicht rückläufigen Beteiligungserträgen aus.

Im kommenden Geschäftsjahr 2016/2017 rechnet die Gesellschaft wieder mit einem Jahresüberschuss, allerdings deutlich niedriger als im aktuellen Geschäftsjahr, da im Geschäftsjahr 2015/2016 die Beteiligungserträge aus den Ausschüttungen der Thüringer Energie AG für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 vereinnahmt wurden.

Für die Entwicklung des Eigenkapitals und der flüssigen Mittel ist für das Folgejahr mit einem Abbau zu rechnen. Wie bereits im Jahr 2013 haben sich Vorstand und Aufsichtsrat entschieden, der Hauptversammlung vorzuschlagen, dass der KEBT AG im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die Möglichkeit eröffnet wird, bis zu 120.000 eigene Aktien zu erwerben. Durch diese Maßnahme soll den verkaufswilligen Aktionären die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Aktien zu veräußern, ohne zugleich den Aktionärskreis entgegen den Vorgaben der Satzung zu erweitern. Hierfür soll von der Gesellschaft ein maximaler Kaufpreis von bis zu 28,8 Mio. Euro aufgewendet werden. Die Gesellschaft verfügt über entsprechend liquide Mittel und kann auch die nach § 71 Abs. 2 Satz 2 AktG geforderte Rücklage in Höhe des Erwerbspreises bilden, ohne dass das Grundkapital oder eine gesetzliche oder satzungsmäßige Rücklage gemindert wird, die nicht zur Zahlung an die Aktionäre verwandt werden darf.

Risiken sind bis auf die allgemeinen Marktrisiken nicht erkennbar. In einem schwierigen und sich wandelnden Marktumfeld hat die TEAG ihr Ergebnisziel für das Geschäftsjahr 2015 erreicht. Trotz der erwarteten herausfordernden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen steht die TEAG operativ auf einem soliden Fundament. Die Risiken für die TEAG (Marktrisiken, regulatorische Risiken, operative, strategische und finanzwirtschaftliche Risiken) wirken sich jedoch nur mittelbar über die Höhe der zu erwartenden Beteiligungserträge auf die KEBT AG aus.

Durch stetige Verbesserung der Strukturen und Optimierung der Prozesse konnten negative Auswirkungen des unsicheren Marktumfelds auf das Ergebnis der TEAG begrenzt werden. Die zukunftsorientierten Investitionen zum Ausbau und sicheren Betrieb der „Fünf Netze“ - der Strom- und Erdgasnetze, des Glasfaser, des Wärme- und des Straßenbeleuchtungsnetzes, der effiziente Betrieb der Erzeugungsanlagen sowie der eingeleitete Ausbau der Marktposition in aussichtsreichen Geschäftsfeldern bilden die Grundlagen zur Bewältigung der Herausforderungen in einem sich verändernden Marktumfeld. Die TEAG wird die Chancen, die sich aus diesen Veränderungen ergeben, nutzen. Die Chancen für die TEAG wirken sich mittelbar über die Höhe der zu erwartenden Beteiligungserträge auf die KEBT AG aus.“

Erfüllung des öffentlichen Zweckes:

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Strom, Gas, Wärme und Breitband zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde bzw. Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Zahlreiche Kommunen im Freistaat Thüringen haben sich bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die Thüringer Energie AG, Erfurt, entschieden.

Unternehmenszweck der KEBT AG ist unter anderem der Erwerb und die Verwaltung von Aktien an der Thüringer Energie AG und damit wird der Zweck, die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, von Industrie und Gewerbe mit Strom, Gas, Wärme und Breitband einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen erfüllt. Diese mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung.

Beteiligungen der KEBT AG

Thüringer Energie AG, Erfurt (mit rund 36 %)

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG

Auszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 01. Juli 2015 bis 30. Juni 2016 des Geschäftsjahres 2015/2016:

Angaben in T€	2015/2016	2014/2015
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte		
Finanzanlagen	5.262,9	5.262,9
Beteiligungen	<u>5.262,9</u>	<u>5.262,9</u>
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.951,4	98,6
Sonstige Vermögensgegenstände		
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	58.693,3	25.119,0
	<u>67.644,7</u>	<u>25.217,6</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	52,5	51,0
Bilanzsumme Aktiva	72.960,1	30.531,5
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	2.124,6	2.015,4
Kapitalrücklage	5.647,0	5.647,0
Bilanzgewinn/-verlust	65.048,3	22.839,1
	<u>72.819,9</u>	<u>30.501,5</u>
Sonstige Rückstellungen	118,9	27,6
Verbindlichkeiten	21,3	2,4
Bilanzsumme Passiva	72.960,1	30.531,5

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 01. Juli 2015 bis 30. Juni 2016 des Geschäftsjahres 2015/2016:

Angaben in T€	2015/2016	2014/2015
Sonstige betriebliche Erträge	1,3	24,3
Personalaufwand	61,4	61,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	268,1	180,8
Erträge aus Beteiligungen	51.204,0	0,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	128,8	134,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	51.004,6	-83,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	120,7	0,0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	50.883,9	-83,6*
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	14.273,6	22.922,7
Einziehung eigener Anteile ohne Kapitalherabsetzung	109,2	0,0
Bilanzgewinn	65.048,3	22.839,1

*Der Jahresfehlbetrag zum 30. Juni 2015 von 83,6 TEUR ist bedingt durch die spätere Dividendenausschüttung der TEAG. Aufgrund des Gewinnvortrags verbleibt jedoch nach wie vor ein positiver Bilanzgewinn.

Mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG (TEAG)

Gegenstand des Unternehmens TEAG

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität und anderen Energiearten, insbesondere deren Erzeugung, Bezug, Verteilung und Abgabe, die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung, die Erbringung damit in Zusammenhang stehender Dienstleistungen sowie die Errichtung und der Betrieb hierzu geeigneter Werke und Anlagen. Gegenstand ist auch der Handel mit Energie jeder Art sowie mit Geräten und Anlagen zur Nutzung der Energie sowie der Erwerb von und die Beteiligung an gleichen, verwandten oder damit zusammenhängenden Unternehmen.

Aktionäre der TEAG zum 31. Dezember 2016

Aktionäre	Stück	%
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)	1.364.676	46,12316
KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG	1.066.083	36,03135
Thüga AG, München	449.471	15,19117
Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre in Thüringen mbH (GkSA), Erfurt	75.605	2,55529
Gemeinde Milda	1.702	0,05753
Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT)	713	0,02411
Gemeinde Großheringen	514	0,01737
Energieversorgung Rudolstadt GmbH	1	0,00003
Gesamt	2.958.765	100,000

Die Stadt Schmölln hatte zum 31. Dezember 2016 einen mittelbaren Anteil von 0,0009 % (26 TEAG-Aktien). Die TEAG-Aktien haben zum 31. Dezember 2016 einen Anteil am Grundkapital von 33,80 Euro (Vorjahr 33,80 €) je Aktie. (siehe Datenblatt)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2016

Dem **Aufsichtsrat** der TEAG gehörten im Jahr 2016 an:

Ewald Woste
Unternehmensberater, Gmund am Tegernsee
Vorsitzender

Horst Brandt
Bürgermeister der Stadt Langewiesen und Aufsichtsratsvorsitzender der KEBT AG, Erfurt
Stellvertretender Vorsitzender

Steffen Witiska
Vorsitzender des Konzern- und Gesamtbetriebsrats und Vorsitzender des Betriebsrats Mitte der Thüringer Energie AG und der TEN Thüringer Energienetze GmbH, Erfurt
Stellvertretender Vorsitzender

Michael Brychcy
Bürgermeister der Stadt Waltershausen und Präsident des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V., Erfurt
Mitglied

Nico Dame
Mitglied des Betriebsrates Süd der TEN sowie Erster Netzmonteur,
Hildburghausen
Mitglied ab 27. Juni 2016

Ariane Göring
Mitglied des Gesamtbetriebsrates und Vorsitzende des Betriebsrates
der Hauptverwaltung der Thüringer Energie AG und der TEN
Thüringer Energienetze GmbH, Erfurt
Mitglied

Anja Heilmann
Mitglied des Betriebsrates der Hauptverwaltung der TEAG und der
TEN Ausbilderin Fortbildung Gas, Erfurt
Mitglied ab 27. Juni 2016

Dr. Gerhard Holtmeier
Mitglied des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft, München
Mitglied

Dr. Karl Kauermann
Vorsitzender des Vorstands der K.M.T. Immobilien AG, Berlin
Mitglied

Wolfgang Kleindienst
Ehemaliger Vorsitzender des Betriebsrates Ost der Thüringer Energie
AG und der TEN Thüringer Energienetze GmbH, im Ruhestand
befindlich , Jena
Mitglied bis 15. Juni 2016

Jost Kleinschmidt
Mitglied des Gesamtbetriebsrats und Vorsitzender des Betriebsrates
Nord der Thüringer Energie AG und der TEN Thüringer Energienetze
GmbH, Bleicherode
Mitglied

Stefanie Preikschat
Geschäftsführerin der Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre
in Thüringen mbH, Erfurt
Mitglied

Frank Rostek
Bürgermeister Stadt Bleicherode, Bleicherode und
Verbandsvorsitzender des Kommunalen Energiezweckverbandes
Thüringen (KET), Weimar
Mitglied

Ralf Rusch
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Gemeinde- und Städtebundes Thüringen, Erfurt
Mitglied

Rainer Weißenborn
Ehemaliges Mitglied des Betriebsrates der Hauptverwaltung der
Thüringer Energie AG, im Ruhestand befindlich, Gotha
Mitglied bis 15. Juni 2016

Stefan Wolf
Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Weimar
Mitglied

Peter Zaiß
Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt
Mitglied

Vergütung der Organe

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr an die Mitglieder des Aufsichtsrats gewährten Gesamtbezüge betragen 201 T€ (Vorjahr: 206 T€).

Dem **Vorstand** der Thüringer Energie AG gehörten im Jahr 2016 an:

Herr **Stefan Reindl**, Erfurt, Sprecher des Vorstandes
Vorstandsbereiche Vertrieb, Rechnungswesen und Controlling, Recht

Herr **Wolfgang Rampf**, Erfurt, Mitglied
Vorstandsbereiche Personal/Organisation,
Unternehmensbeteiligungen, Shared Service

Herr **Dr. Andreas Roß**, Erfurt, Mitglied
Vorstandsbereiche Technik, Erzeugung,
Arbeitssicherheit/Umweltschutz

Die Gesamtbezüge des Vorstandes im Geschäftsjahr 2016 belaufen sich auf rd. 1.361 T€ (Vorjahr: 1.361 T€).

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der TEAG AG wird am 31. August 2017 voraussichtlich beschließen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 2016 in Höhe von 118.306.019,42 Euro eine Dividende in Höhe von 28,03 Euro pro A-Aktie (Thüga AG) und 20,00 Euro pro B-Aktie (restliche Aktionäre) (Vorjahr 28,03 Euro), das sind insgesamt 62.784.552,13 Euro, an die Aktionäre auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von 55.521.467,29 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Thüringer Energie AG beschäftigte am Ende des Geschäftsjahres 2016 insgesamt 488 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 483). Damit ist der Personalstand im Vergleich zum Vorjahr um fünf Mitarbeiter gestiegen. Zum 31. Dezember 2016 betreute die TEAG insgesamt 22 Auszubildende (Vorjahr: 30).

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der Thüringer Energie AG für das Geschäftsjahr 2016)

„Von Strom und Licht über Erdgas und Wärme bis hin zu Glasfaser: Mit über 500.000 Kunden sind wir, die Thüringer Energie AG (TEAG), heute einer der bundesweit größten, rein kommunalen Energieversorger und Infrastrukturdienstleister. 84,8 % unserer Aktien werden von rund 800 Thüringer Gemeinden und Städten gehalten.

Die Grundlagen unseres Geschäftsmodells bilden dabei die „5-Netze“; sie umfassen in einem integrierten Ansatz den weiteren Ausbau und den Betrieb unserer Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, Wärme und Straßenbeleuchtung. Aufbauend auf der „5-Netze“-Strategie lassen sich unsere Aktivitäten und Dienstleistungen in die folgenden Geschäftsfelder einteilen: Erzeugung und Wärme, Energievertrieb, Telekommunikation, Straßenbeleuchtung, Beteiligungen und Sonstiges (Dienstleistungen inkl. Gasspeicher).

Die Funktion des unabhängigen Netzbetreibers für Strom und Gas obliegt der TEN, die als Tochtergesellschaft der TEAG im regulatorischen Rahmen das Strom- und Erdgasverteilnetz betreibt. Hierdurch stellen wir die im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) festgeschriebene Trennung des regulierten Netzgeschäfts von allen übrigen Aktivitäten sicher. Außerdem erbringt die TEN zahlreiche Dienstleistungen rund um das Netzgeschäft.

Nach Einschätzungen der Bundesregierung ergibt sich für das Jahr 2016 trotz eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeldes ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 1,9 %. In Thüringen konnte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2016 nach Angaben des statistischen Landesamtes – unter Berücksichtigung von Preisveränderungen – um 2% gesteigert werden. Damit belegt der Freistaat im Wettbewerb der Bundesländer einen soliden mittleren Platz. Positive Impulse kamen vor allem aus dem Handel sowie dem Gesundheitswesen. Verhalten entwickelte sich dagegen das verarbeitende Gewerbe; Rückgänge sind im Baugewerbe zu verzeichnen.

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die Energieversorgung langfristig auf erneuerbare Energien umzustellen. Damit dies gelingt, bedarf es einer Reform des Versorgungssystems. Nur so kann der wachsende Anteil regenerativer Energien in die Märkte und das Versorgungssystem integriert werden. Deutschland nimmt bei diesem Transformationsprozess weltweit eine Vorreiterrolle ein. Um diese Rolle weiter zu behaupten, hat die Politik im Berichtszeitraum verschiedene rechtliche Grundlagen überarbeitet und neu geschaffen. Allein im Strommarkt wurde die größte Reform seit dessen Liberalisierung in den 1990er-Jahren vorgenommen. Wir haben diese sowohl durch die Mitarbeit in Verbänden, vor allem im BDEW und im Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), als auch durch Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen begleitet. Die größten Veränderungen, welche zugleich unmittelbaren Einfluss auf unsere Geschäftsfelder haben, werden nachfolgend dargestellt: Pariser Klimaschutzabkommen/Klimaschutzplan 2050, Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz), Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2017), Gesetz zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG 2016/2017), Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze (Anreizregulierungsverordnung – ARegV), Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW), Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung – BSI-KritisV) und Veränderung im Bereich Telekommunikation und digitale Medien.

Die regenerativen Energien sind in den vergangenen Jahren schrittweise immer weiter an den Markt herangeführt worden. Nach der beginnenden Einführung der Direktvermarktung in 2009 wurde in den vergangenen Jahren die staatlich festgelegte Einspeisevergütung für PV-Freiflächenanlagen als Pilotversuch auf eine durch Ausschreibungen wettbewerblich ermittelte Förderung umgestellt. Dazu wurden in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt sechs Ausschreibungen mit einem Volumen von etwa 900 MW durchgeführt, bei denen das Preisniveau, zudem PV-Strom in die Netze eingespeist wird, schrittweise sank. Die Erfahrungen aus dem Pilotversuch für PV-Freiflächenanlagen fanden Eingang in das im Juli verabschiedete und im Dezember 2016 nochmals angepasste EEG 2017. Mit dem EEG 2017 hat der Gesetzgeber nun einen Paradigmenwechsel vollzogen: Die Förderhöhe des erneuerbaren Stroms wird für die meisten Erzeugungsarten ab dem 1. Januar 2017 grundsätzlich durch Ausschreibungen am Markt und damit im Wettbewerb ermittelt. Damit soll die Kosteneffizienz der Förderung gestärkt und die Mengensteuerung des Zubaus effizienter werden. Ausgenommen von den Ausschreibungen sind u. a. kleinere Anlagen. Die Betreiber kleiner Anlagen erhalten auch weiterhin feste staatlich vorgegebene Fördersätze.

Zur Wahrung der sogenannten „Akteurs-Vielfalt“ werden erstmals „Bürgerenergiegesellschaften“ privilegiert. Diese können unter erleichterten Bedingungen an den Ausschreibungen teilnehmen.

Wie bereits in den Jahren zuvor konnten wir während des Berichtsjahres 2016 im Bereich Klima-, Natur- und Umweltschutz zahlreiche Projekte erfolgreich umsetzen. So gelang es uns bspw. durch die Photovoltaikanlage in der TEAG-Hauptverwaltung Erfurt CO₂ einzusparen. Auch die Nutzung heimischen Erdgases als hoch-effizienten Energieträger für unsere eigene Stromerzeugung – bspw. an den TEAG-Kraftwerkstandorten Grabe und Merxleben – hat sich unter ökologischen Gesichtspunkten weiterhin bewährt.

Ein Energiemanagementsystem nach ISO 50001 wurde im Berichtsjahr 2016 in das seit 2011 zertifizierte Managementsystem für Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Umweltschutzbelange integriert. Damit wollen wir unsere Umweltleistung verbessern, indem wir den Verbrauch von Energie und Ressourcen außerhalb unseres direkten Strom- und Gasgeschäfts in einem nachhaltigen Prozess ständig optimieren – und so einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Umweltbelastung leisten. Die Zertifizierung erfolgte für den TEAG-Konzern im Verbund, um einerseits den gesetzlichen Verpflichtungen zu entsprechen und andererseits weitere Synergien zu heben.

In unserem Mittelspannungsnetz haben wir die im Rahmen des Netzmodernisierungsprogramms begonnene Umstellung auf die internationale Normspannung 20 kV fortgesetzt. Durch die Optimierung der Struktur des Mittelspannungsnetzes wird die Aufnahmekapazität von dezentral erzeugter EEG-Leistung erhöht. Der Ausbau erfolgt zudem mit dem Ziel, die Netzverluste und in diesem Zusammenhang auch die CO₂-Bilanz zu reduzieren (ca. 31.000 t/a). Weitere Effekte sind z. B. eine höhere Spannungsqualität, eine einfachere Netzführung und geringere Instandhaltungskosten durch einheitliche Betriebsmittel und Instandhaltungsstrategien. Im Betrachtungszeitraum wurden im Gemeindegebiet Römhild ca. 9 km Mittelspannungsleitungen umgestellt. Weiterhin erfolgten umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für die Spannungsumstellung im Bereich der Umspannwerke Zeulenroda und Berga sowie im Raum Königsee und Bad Blankenburg. Insgesamt werden damit ca. 89 % des Mittelspannungsnetzes mit 20 kV betrieben.

Während des Geschäftsjahres 2016 erhöhte sich unser Stromabsatz zum Vorjahr um 106,5 GWh auf 5.999,5 GWh. Mit Ausnahme des EEG-Absatzes entspricht der Stromabsatz im Wesentlichen dem Vertrieb der TEAG. Die Aufteilung in den einzelnen Kundensegmenten stellte sich dabei wie folgt dar: Der Absatz an Privatkunden sank um 5,5 GWh auf 1.124,7 GWh. Insbesondere unsere nach zweijähriger Preiskonstanz durchgeführte Erhöhung des Grundpreises zum 1. April 2016 verstärkte das Wettbewerbsverhalten unserer Kunden in Thüringen. Hauptgrund der Preissteigerung waren die im Zuge des massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien auch in Thüringen gestiegenen Netzkosten, die einen wesentlichen Bestandteil des Grundpreises bilden. Mit wettbewerbsfähigen Preisen und dem Einsatz verschiedenster Neukundenboni konnte ein Anstieg der Neukundenzahlen erreicht werden. Einen Teil dieser Kunden werden wir jedoch erst ab dem Geschäftsjahr 2017 beliefern, sodass die Absatzmenge für 2016 trotz erfolgreicher Kundengewinnung unter der des Vorjahres liegt. An Geschäftskunden lieferten wir im Berichtszeitraum 1.439,9 GWh Strom und lagen damit um 52,2 GWh unter dem Vorjahr.

Hier beeinflussten vor allem wettbewerbsbedingte Kundenverluste im Bereich der Industrie die Absatzentwicklung. Beim Stromabsatz an Vertriebspartner und übrige Stromkunden verzeichneten wir im Geschäftsjahr 2016 mit 2.381,7 GWh eine Steigerung um 248,9 GWh gegenüber dem Vorjahr. Hierfür sind im Wesentlichen Mengen an unsere Vertriebspartner aus Fahrplanlieferungen für Netzverlustmengen verantwortlich. Das Segment Vertriebspartner trug mit 39,7 % zum gesamten Stromabsatz bei. In dieser Menge ist die auf den Absatz an Vertriebspartner zwischen den vollkonsolidierten Unternehmen entfallende Menge von 593,6 GWh aufgrund der Konsolidierung nicht mehr enthalten.

Im vergangenen Geschäftsjahr haben wir insgesamt 4.781,2 GWh Erdgas abgesetzt und lagen damit deutlich über dem Vorjahr. (3.868,4 GWh). Der Gasabsatz entspricht im Wesentlichen dem Vertrieb der TEAG. Die Aufteilung in die einzelnen Kundensegmente stellte sich wie folgt dar: Das Privatkundensegment im Erdgas ist stark witterungsabhängig. Die Temperaturen des Geschäftsjahres 2016 lagen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres 2015. Gleichwohl war das Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem langjährigen Mittel von einer eher milden Witterung geprägt. Der Erdgasabsatz sank in diesem Segment gegenüber dem Vorjahr um 29,6 GWh auf 1.612,4 GWh. Der Mindestabsatz ist jedoch nicht ausschließlich auf die wärmeren Temperaturen zurückzuführen. Unsere wettbewerbsbedingten Kundenabgänge konnten durch die Umstellung der Heiztechnik auf sauberes und langfristig kostengünstiges Erdgas gewonnen werden. Nach zweijähriger Preiskonstanz haben wir außerdem zum 1. Januar 2016 die Erdgaspreise für alle Sonderprodukte gesenkt. Mit der Preissenkung haben wir – rechtzeitig vor Beginn der kalten Jahreszeit – günstigere Beschaffungskosten für das Jahr 2016 an unsere Kunden weitergegeben und dadurch unterstrichen, dass uns eine transparente und faire Preisgestaltung wichtig ist. Im Geschäftskunden- und Vertriebspartnerbereich verzeichneten wir einen deutlichen Mengenzuwachs in Höhe von insgesamt 942,4 GWh auf 3.168,8 GWh. Dies geht vorwiegend auf verstärkte Kundenbindungsmaßnahmen zurück, die im Geschäftsjahr 2016, insbesondere im Bereich der Industrie, zu einer Mengensteigerung von rund 29 % führten. Darüber hinaus konnten wir weitere Stadtwerke für die Erdgasbelieferung gewinnen. Daher beliefern wir seit dem Geschäftsjahr 2016 weitere sieben Stadtwerke außerhalb Thüringens mit Erdgas. In den Absatzmengen an Vertriebspartner ist die Konsolidierung von 138,4 GWh berücksichtigt.

Fest verankert in allen Prozessen, Strukturen und Entscheidungen stellt Nachhaltigkeit einen elementaren Bestandteil unserer Unternehmensstruktur dar. Dies betrifft sowohl den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen wie auch gesellschaftliche Aspekte. So sind wir einerseits bestrebt, durch unser Handeln einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz sowie zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende zu leisten; darüber hinaus tragen wir besondere Verantwortung für den Freistaat Thüringen, seine Bürger und die regionale Wirtschaft – ob als Auftraggeber für heimische Firmen, zukunftsorientierter Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb oder als engagierter Förderer sozialer Projekte, Kulturveranstaltungen sowie Sportvereine. Nur indem wir dieses Leitbild tagtäglich (vor-)leben, kann es uns gelingen, eine Balance aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Ansprüchen herzustellen, die dazu beiträgt die Lebensqualität im Freistaat langfristig zu sichern.

Sicherheit und Gesundheit unserer Mitarbeiter und Auftragnehmer genießen in unserem Unternehmen höchste Priorität. Einen wesentlichen Baustein stellt in diesem Zusammenhang das 2006 eingeführte, 2011 erst- und 2014 re-zertifizierte Managementsystem für Gesundheits- Arbeitsschutz- und Umweltschutzbelange dar.

Gemeinsam mit zwölf Thüringer Stadtwerken engagieren wir uns seit 2013 in der Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG (kurz WKT), um die kommunale Wertschöpfung im Bereich der Windenergie in Thüringen zu erhöhen. Ziel ist die weitere Entwicklung und/oder der Erwerb von Windparkprojekten in Thüringen. Im Geschäftsjahr 2016 konnte die WKT mit den Windparks Mihla II und Kutzleben einen Zubau von insgesamt 9,1 MW erzielen. Damit steigt die Gesamtleistung der WKT auf 35,1 MW an. Die Rendite zukünftiger Projekte und damit die Realisierung weiterer Investitionen werden maßgeblich durch die neuen Regelungen des EEG 2017 (Ausschreibungsverfahren für Windkraftprojekte mit einer Gesamtleistung in Deutschland von 2.800 MW pro Jahr) bestimmt sein.

Die TEN, unsere 100%ige Netztochter, übernimmt als größter Verteilnetzbetreiber Thüringens alle Infrastruktur-Dienstleistungen für die Strom- und Erdgasversorgung sowie den Anschluss dezentraler Erzeugungsanlagen. Die zentrale Aufgabe des Unternehmens ist die sichere, effiziente und diskriminierungsfreie Bereitstellung des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes. Die Bereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung umfassen neben dem TEN-eigenen 110-kv-Netz auch die an die TEN verpachteten, aber im Eigentum der TEAG, der NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG (NGS) und der Stadtwerke Leinefelde GmbH (SWL) befindlichen Elektrizitäts- und Gasverteilungsnetze. Die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors umfassen insbesondere das Werk- und Dienstleistungsgeschäft – wie bspw. den Bau, die Projektierung und den Betrieb von kundeneigenen Anlagen sowie von Straßenbeleuchtungsanlagen.

In das Stromnetz flossen Investitionen in Höhe von 53,4 Mio. €. Ein Schwerpunkt der Investitionen lag mit 28,9 Mio. € auf dem Ausbau des Mittel- und Niederspannungsnetzes. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden ca. 183 hm Mittel- und Niederspannungsleitungen errichtet und 100 Transformatorenstationen neu- bzw. umgebaut sowie insgesamt 2.706 Hausanschlüsse neu errichtet. In unsere Hochspannungsleitungen und Umspannwerke wurden im Berichtsjahr 16,9 Mio. € investiert.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in Höhe von 12,5 Mio. € in gastechnische Anlagen durchgeführt. Davon entfielen 10,9 Mio. € auf Verteilungsanlagen und Hausanschlüsse. Rund 78 km Gasleitungen und 1.885 Gashausanschlüsse wurden in den verschiedenen Druckstufen neu gebaut und rekonstruiert.

In einem Umfeld sich ändernder energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat der TEAG-Konzern sein Ergebnisziel für das Geschäftsjahr 2016 übertroffen und steht operativ auf einem soliden Fundament. Im Berichtsjahr haben wir ein Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 102,0 Mio. € (Vorjahr 107,3 Mio. €) erzielt. Insgesamt wurde ein Jahresüberschuss von 70,0 Mio. € erwirtschaftet.

Durch stetige Verbesserung unserer Strukturen und Optimierung unserer Prozesse konnten nachteilige Auswirkungen des Marktumfelds auf das Ergebnis des TEAG-Konzerns begrenzt und Chancen genutzt werden.

Unsere zukunftsorientierten Investitionen zum Ausbau und sicheren Betrieb unserer Netze, der effiziente Betrieb unserer Erzeugungsanlagen sowie der eingeleitete Ausbau unserer Marktposition in aussichtsreichen Geschäftsfeldern bilden die Grundlagen zur Bewältigung der Herausforderungen in einem sich verändernden Marktumfeld.

Um den Erfolg des TEAG-Konzerns für die Zukunft zu sichern, müssen wir aktuellen Herausforderungen der Branche mit einem nachhaltigen Management von Chancen und Risiken begegnen. In einem sich permanent wandelnden Energiemarkt gilt es, günstige Gelegenheiten zu nutzen und Gefahren systematisch zu identifizieren, um wirksam gegenzusteuern. Dabei spielen nicht nur Änderungen der energiepolitischen Rahmenbedingungen eine Rolle sondern insbesondere neue Markttrends und Wettbewerber, aber auch technologische und ökonomische Entwicklungen – sowohl deutschlandweit wie auch international.

Charakteristisch für das Chancen- und Risikomanagementsystem im engeren Sinne ist der unternehmensweit einheitliche Prozess zur systematischen Früherkennung, Analyse, Bewertung und Steuerung von Chancen und Risiken. Hierbei werden auch Korrelationen zwischen einzelnen Chancen und Risiken betrachtet, die zudem sowohl qualitativ als auch quantitativ bewertet werden. Vorstand und Aufsichtsrat werden regelmäßig über die wesentlichen aktuellen Chancen und Risiken sowie Veränderungen informiert.

Im Netzbereich wird ein aktives Vertragsmanagement zur Steuerung vorhandener Risiken bei der Konzessionsvergabe betrieben. Aktuell stehen die Verfahren zur Konzessionsvergabe für Gasnetze im Fokus. Die große Mehrheit der Gaskonzessionen der TEAG endet im Jahr 2017. Bis zum 31. Dezember 2016 konnten knapp 200 Konzessionsverträge wieder abgeschlossen werden. Auswirkungen durch mögliche Abgänge bzw. Zugänge von Konzessionen sind in den Planungen entsprechend berücksichtigt. Zum jetzigen Zeitpunkt unterliegen sie gewissen Prognoseunsicherheiten, da eine erhebliche Anzahl an Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Die momentanen Planungen spiegeln unsere diesbezüglichen Erwartungen zuverlässig wieder.

Den vertrieblichen Risiken aus Strom- und Gaspreisänderungen begegnen wir mit diversen Maßnahmen: einer Produktstruktur, die sich an Kundengruppen orientiert, einer Beschaffungsstrategie, die unserem Absatz entspricht, und einer marktorientierten Reaktion auf steigende Abgaben und Umlagen. Aufgrund fremdbestimmter Faktoren wie Netzentgelte und Umlagen bleiben Planungs- und Prognoseunsicherheiten jedoch bestehen. Bei sinkenden Strompreisen können notwendige Rückverkäufe infolge von Kundenverlusten an den EEX für bereits beschaffte Mengen zu Margenrückgängen führen. Jedoch ist es uns aufgrund unserer Grund- und Ersatzversorgungsfunktion nicht möglich, den entsprechenden Mengenbedarf kurzfristig zu beschaffen.

Im Berichtszeitraum existierten insgesamt weder bestandsgefährdende Risiken noch solche mit erheblichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage unseres Unternehmens. Für das folgende Geschäftsjahr 2017 sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.“

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die Thüringer Energie AG (TEAG), entschieden. Die TEAG sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die Beteiligung an der TEAG sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Thüringer Energie AG

Auszug aus der **Bilanz** zum 31. Dezember 2016:

Angaben in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva		
Anlagevermögen	1.094,1	1.086,0
Umlaufvermögen	133,9	107,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,5
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	9,3	8,5
Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	18,9	19,1
Bilanzsumme	1.256,4	1.222,0
Passiva		
Eigenkapital	415,0	408,1
Ertragszuschüsse	38,8	50,4
Rückstellungen	276,9	263,8
Verbindlichkeiten	525,7	499,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0
Bilanzsumme	1.256,4	1.222,0

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** zum 31. Dezember 2016:

Angaben in T €	31.12.2016	31.12.2015
Umsatzerlöse	979.450	968.834
Sonstige betriebliche Erträge, Zinsen und ähnliche Erträge	14.556	41.097
Material-, Personal-, sonstige betriebliche Aufwendungen, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	823.119	849.234
Abschreibungen	68.267	64.593
Beteiligungsergebnis	26.594	24.670
Aufwendungen für Verlustübernahme	29.326	12.890
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	99.888	107.884
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.200	38.156
Jahresüberschuss	69.688	69.728
Gewinnvortrag	48.618	41.675
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	118.306	111.403

**Beteiligungen der
Thüringer Energie
AG mit der Höhe
des Anteils am
Kapital**

1. Stadtwerke	Kapital- anteil in %
Energieversorgung Apolda GmbH, Apolda	49,00
Stadtwerke Arnstadt GmbH, Arnstadt	44,00
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	40,00
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), Eisenach	25,10
Stadtwerke Eisenberg GmbH, Eisenberg	49,00
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH, Eisenberg	49,00
SWE Energie GmbH, Erfurt	29,00
SWE Netz GmbH, Erfurt	29,00
Stadtwerke Gotha GmbH, Gotha	30,00
Energieversorgung Greiz GmbH, Greiz	49,00
Energieversorgung Inselsberg GmbH, Waltershausen	20,00
Stadtwerke Leinefelde GmbH, Leinefelde	49,00
Stadtwerke Mühlhausen GmbH, Mühlhausen	23,90
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH, Neustadt an der Orla	20,00
Energieversorgung Nordhausen GmbH, Nordhausen	40,00
Energieversorgung Rudolstadt GmbH, Rudolstadt	23,90
Stadtwerke Saalfeld GmbH - SWS -, Saalfeld	16,00
Stadtwerke Sondershausen GmbH, Sondershausen	23,90
Stadtwerke Stadtroda GmbH, Stadtroda	24,90
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH, Suhl	44,42
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH, Weimar	49,00
Energiewerke Zeulenroda GmbH, Zeulenroda	74,00
2. Sonstige Beteiligungen	Kapital- anteil in %
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG), Eisenach	50,00
encoLine GmbH, Gera	51,00
Energie- und Medienversorgung Schwarza GmbH (EMS), Rudolstadt/Schwarza	100,00
KomSolar Service GmbH, Erfurt	100,00
Neue Energien Bad Salzungen GmbH, Bad Salzungen	40,00
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co.KG, Schmalkalden	74,90
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH, Erfurt	100,00
Thüringer Netkom GmbH, Weimar	100,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG, Erfurt	40,00
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH, Erfurt	100,00
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena	100,00
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Erfurt	100,00
Thüringer Energie Neunte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00
Thüringer Energie Zehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00
Thüringer Energie Elfte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH, Sollstedt	49,00
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld, Saalfeld	24,00
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Ilmenau	7,69



Beteiligungsbericht

Stadtwerke Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2016

Inhaltsverzeichnis

A. Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016	4
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4-5
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	6
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH	6-7
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Stadtwerke Schmölln GmbH	7

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Kommunalservice Schmölln GmbH	8
Neue Energie Schmölln GmbH	8

A. Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde am 27.07.1993 durch die Stadt Schmölln gegründet. Zweck dieser Gründung war die Bewirtschaftung und Unterhaltung der kommunalen Fernwärmeerzeugungs- und Verteilungsanlagen. Nach der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Leipzig i.L. erfolgte zum 01.01.1995 die Übertragung der Vermögenswerte der Wasserversorgung von der Stadt Schmölln auf die Stadtwerke Schmölln GmbH. Das Vermögen der Trinkwasserversorgung der ehemaligen Gemeinde Großstößnitz wurde zum 01.01.1996 von der Stadt Schmölln erworben.

Die Trinkwasserversorgung für das Versorgungsgebiet der Stadt Schmölln erfolgt seit 01.01.1995 nach den Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVB Wasser V).

Für die Abwasserentsorgung erfolgt die Betriebsführung für die Stadt Schmölln auf der Grundlage eines Betriebsführungsvertrages. Die Entsorgungsbedingungen, Gebühren und Beiträge richten sich dabei nach den durch die Stadt Schmölln erlassenen Satzungen.

Neben diesen Hauptgeschäftsfeldern sind die Betriebsführung der Gemeindewerke "Oberes Sportental" sowie die Betreibung eines Freizeitbades weitere wichtige Aufgabengebiete.

2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Tätigkeit der Gesellschaft für das Stadtgebiet Schmölln einschließlich der Ortsteile umfasst:

- (1) Die Erzeugung, Förderung und den Vertrieb von
 - Fernwärme
 - Wasser
 - Elektroenergie
- (2) Die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen.
- (3) Kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement städtischer oder eigener Grundstücke im Interesse der städtischen Entwicklung.
- (4) Die Verwaltung und Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Die Gesellschaft kann zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes Grundvermögen erwerben und veräußern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit dem Gesellschaftszweck stehenden oder zu dessen Erreichung dienlichen Hilfsgeschäfte zu betreiben.

Die Gesellschaft hat das Recht, Interessengemeinschaften, Arbeitsgemeinschaften, Bietergemeinschaften oder andere Formen der Zusammenarbeit mit Unternehmen zu bilden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen wie auch Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen kann auch für andere Unternehmungen und Gebietskörperschaften Geschäftsbesorgungen im Sinne des Gesellschaftszwecks vornehmen.

3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Stadt Schmölln ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Jena unter HRB Nr. 203852 eingetragen. Die Firmenanschrift und der Firmensitz befinden sich in der Sommeritzer Straße 74/1 in 04626 Schmölln.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016

Gesellschafterversammlung: Stadt Schmölln,
vertreten durch den Bürgermeister Sven Schrade

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Rainer Schmidt

- freiberuflicher Dozent

Sven Schrade

- Bürgermeister der Stadt Schmölln

Winfried Hippe

- Angestellter, voestalpine Stampotec
Schmölln GmbH

Jens Göbel

- Lehrer, Staatliche Regelschule Gößnitz

Jürgen Keller

- Rechtsanwalt

Alexander Burkhardt

- Integrationsberater

Geschäftsführung:

Jürgen Ronneburger

- Geschäftsführer

5. Gewinnverwendung

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wird in seiner nächsten Sitzung folgender Beschlussvorschlag vorgelegt:

„Der Aufsichtsrat beschließt, dem Stadtrat der Stadt Schmölln nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 195.664,17 €.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 195.664,17 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.“

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Stadtwerke Schmölln GmbH beschäftigte im Jahr 2016 durchschnittlich 48 Mitarbeiter (2015: 48).

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

„Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Schmölln. Zweck der Gesellschaft ist die Erzeugung und der Vertrieb von Fernwärme, Wasser, Elektroenergie, die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen, die kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement kommunaler und eigener Grundstücke sowie die allgemeine Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist seit 7. September 1994 Herr Jürgen Ronneburger.

Die Gesellschaft ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalservice Schmölln GmbH.

Gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG wurde am 5. Juni 2008 die Neue Energie Schmölln GmbH (NES) zur Errichtung einer Biogasanlage gegründet. Die Gesellschaftsanteile betragen 33,33%.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft erfolgte analog den Vorjahren.

Die zukünftige Unternehmensstrategie ist schwerpunktmäßig in der weiteren Profilierung als Ver- und Entsorgungsunternehmen in Schmölln und Umgebung zu sehen.

Die Hauptgeschäftsfelder sind unverändert die Trinkwasserversorgung der Stadt Schmölln und die Versorgung mit Fernwärme. Weiterhin betreiben wir das firmeneigene Freizeitbad Tatami. Im Dienstleistungsbereich erfolgt die Betriebsführung des Eigenbetriebes Wasserver- und Abwasserentsorgung „Oberes Sprottental“, die Betriebsführung des Regiebetriebes Abwasser der Stadt Schmölln, die kaufmännische Betriebsführung der Wasserver- und Abwasserentsorgung der Gemeinde Göpfersdorf sowie die Wartung und Unterhaltung der städtischen Straßenbeleuchtungsanlagen und die Betriebsführung des Freibades der Stadt Schmölln.

Die Umsatzerlöse und Eigenleistungen wie auch die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr. In der Summe fallen die betrieblichen Gesamtleistungen um 112,1 T€ höher aus als im vorangegangenen Jahr. Gegenüber der Planung für das Berichtsjahr konnte die Gesamtleistung um 104,4 T€ auf insgesamt 4.763,2 T€ gesteigert werden. Auf der Kostenseite konnte auch ein leichter Anstieg verzeichnet werden.

Zum Verlauf der einzelnen Sparten:

Der Wasserverkauf stieg im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2016 hauptsächlich im gewerblichen und industriellen Sektor an. Seit Jahresbeginn 2016 wird Fernwasser bezogen, weshalb die sonstigen Betriebsstoffe um 60 T€ gestiegen sind. Ebenso sind eine Steigerung der Personalkosten und der Abschreibungen sowie ein Rückgang der Erträge aus der Auflösung der Sonderposten zu verzeichnen. Trotzdem schließt die Sparte überplanmäßig ab.

Die Entwicklung der Fernwärmesparte verlief gegenüber dem Vorjahr sehr positiv. Die Gesamtleistungen stiegen um 57,5 T€ an, was einer kälteren Winterperiode zu verdanken war. Durch langfristige Vertragsgestaltungen konnten die Kosten für Brennstoffe trotz Mehrverbrauch gesenkt werden. Außerdem wirkt sich die erhöhte Abnahme von Wärme der Biogasanlage günstig auf die Kostenentwicklung aus. Das Spartenergebnis konnte sich im Vergleich zum Vorjahr um 81,6 T€ verbessern.

Obwohl die Besucherzahlen im Freizeitbad Tatami annähernd gleich blieben, sanken die Gesamtleistungen in der Sparte Bad um 23,4 T€, insbesondere bei den Eintritten und im Bistro. Ursache dafür ist vermutlich verändertes Kundenverhalten. Dem positiv entgegen wirken Einsparungen bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und bezogenen Leistungen, so dass der betriebliche Rohertrag um 10,9 T€ höher als im Vorjahr ausfiel. Weitere Kosteneinsparungen ließen das Ergebnis des Sparte Bad im Vergleich zu 2015 um 29,4 T€ positiver dastehen. Zum Spartenergebnis kommen im Jahr 2016 die Auflösung der Rückstellung für drohende Zinszahlungen aufgrund Rückzahlung Fördermittel Bad ein Betrag von 89,4 T€ hinzu. Die Sparte Bad schließt das Jahr 2016 mit einem um 117 T€ besseren Ergebnis als im Vorjahr. Der Planansatz wurde durch den einmaligen Effekt der Auflösung der Rückstellung für Zinsen aufgrund Rückzahlung Fördermittel Bad eingehalten werden.

Im Dienstleistungsbereich sind im Jahr 2016 die Gesamtleistungen um 18,7 T€ gestiegen, Tendenz weiter steigend. Diese werden hauptsächlich durch Leistungserbringung gegenüber fremden Unternehmen erzielt. Durch Einsparungen in fast allen anderen Kostenbereichen konnte in dieser Sparte ein gutes Ergebnis von 344,7 T€ (VJ: 332,1 T€) erreicht werden.“

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach § 2 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung gehören unter anderem die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises einer Gemeinde.

Die Stadt Schmölln hat dabei frühzeitig entschieden, die Erfüllung dieser Aufgaben der Stadtwerke Schmölln GmbH zu übertragen.

Diese Aufgaben in Verbindung mit der Herstellung bzw. Unterhaltung der dazu notwendigen technischen Anlagen sind identisch mit der vorrangigen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Auch die Betreibung des Freizeitbades ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge.

Durch die 100%ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung vollumfänglich gesichert.

Die Größe der Stadtwerke Schmölln GmbH steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Schmölln.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Vermögenslage stellt sich anhand der nachfolgenden Struktur wie folgt dar:

Tabelle 1: Vermögenslage

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Vermögensstruktur						
Langfristige Investitionen	16.007.063,93	86%	16.675.099,15	87%	-668.035,22	-4%
Kurzfristiges Vermögen	2.685.011,46	14%	2.503.969,76	13%	181.041,70	7%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	18.692.075,39	100%	19.179.068,91	100,00%	-486.993,52	-3%
Kapitalstruktur						
Eigenmittel	8.362.459,27	45%	8.166.795,10	43%	195.664,17	2%
Sonderposten	3.646.372,79	20%	3.862.650,16	20%	-216.277,37	-6%
Kurzfristiges Fremdkapital	2.198.603,34	12%	2.287.185,60	12%	-88.582,26	4%
Langfristiges Fremdkapital	4.484.639,99	24%	4.862.438,05	25%	-377.798,06	-8%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	18.692.075,39	100%	19.179.068,91	100%	-486.993,52	-3%

Die Verringerung der Bilanzsumme gegenüber 2015 resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung des Anlagevermögens um 668,0 T€, da die Abschreibungen gegenüber den getätigten Investitionen höher ausfallen. Die Zunahme des kurzfristigen Vermögens um 181,0 T€ wirkt dem nur bedingt entgegen.

Auf der Passivseite ist der Rückgang auf die Auflösung der Sonderposten und hauptsächlich auf die planmäßigen Kredittilgungen von 377,8 T€ zurückzuführen.

Die Vermögenslage ist hinsichtlich ihrer Fristigkeiten geordnet.

Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung in Höhe von 44,74 % ohne Berücksichtigung der Sonderposten sowie von 64,25 % mit Berücksichtigung des gesamten Sonderpostens. Die langfristigen Investitionen sind in geeigneter Form mit Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten finanziert. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Finanzlage stellt sich auf der Grundlage einer Kapitalflussrechnung wie folgt dar (in T€):

Tabelle 2: Finanzlage

	2016	2015
Finanzmittelbestand zum 1.1.	1.836	1.817
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.012	996
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-282	-481
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-489	-496
Finanzmittelbestand zum 31.12.	2.077	1.836

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit wurden vollständig durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert. Insgesamt erhöhte sich der Finanzmittelbestand im Wirtschaftsjahr 2016 um 241 T€. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die Finanzverhältnisse sind geordnet.

Der Sondereffekt aus den tatsächlichen Steuern für die Jahre 2010 bis 2013 aus dem Jahresabschluss 2014 führte im laufenden Jahr 2016 zu einer besonderen Belastung der Finanzlage. Der Mittelabfluss in Höhe von ca. 280 T€ erfolgte im zweiten Quartal 2016.

Der Jahresüberschuss setzt sich wie folgt zusammen (in T€):

Tabelle 3: Zusammensetzung Jahresüberschuss

	2016	2015	Veränderung
Gewöhnlicher Geschäftsbetrieb	410,4	291,8	118,6
Finanzbereich	-102,8	-135,7	32,9
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-111,9	-33,0	-78,8
Jahresüberschuss	195,7	-123,1	72,6

Die Gewinn- und Verlustrechnung schloss im Geschäftsjahr 2016 mit einem Gewinn von 195,7 T€ ab. Das Ergebnis ist in der Sparte Bad von einem wesentlichen Sondereinfluss geprägt, welcher sich durch die Auflösung der Rückstellung für drohende Zinszahlungen aufgrund Rückzahlung Fördermittel Bad in Höhe von 89,4 T€ positiv sowohl auf das Sparten- als auch auf das Gesamtergebnis auswirkt. Die betrieblichen Gesamtleistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr an, dem standen aber auch gestiegene Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Personal und Abschreibung gegenüber. Insgesamt überwog aber die Steigerung der Gesamtleistung, so dass die Ertragslage als gut einzuschätzen ist.

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2016 betrugen die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates der Stadtwerke Schmölln GmbH 751,66 € (VJ: 598,26 €).

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Kommunalservice Schmölln GmbH

Am 14. Dezember 2004 erfolgte die Gründung der Kommunalservice Schmölln GmbH. Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalservice Schmölln GmbH. Die Kommunalservice Schmölln GmbH ist beim Amtsgericht Jena unter der HRB 210330 eingetragen. Die Firmenanschrift und der Firmensitz befinden sich in der Sommeritzer Straße 74/3 in 04626 Schmölln.

Neue Energie Schmölln GmbH

Am 5. Juni 2008 erfolgte die Gründung der Neue Energie Schmölln GmbH. Gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG ist die Stadtwerke Schmölln GmbH zu je ein Drittel Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH. Die Neue Energie Schmölln GmbH ist beim Amtsgericht Jena unter der HRB 502791 eingetragen und hat ihren Sitz in Schmölln.

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Schmölln, 11.09.2017



Beteiligungsbericht

Kommunalservice Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2016

Inhaltsverzeichnis

Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Kommunalservice Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Kommunalservice Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016	3
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	5
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommunalservice Schmölln GmbH	5-7
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Kommunalservice Schmölln GmbH	8
11. Beteiligung der Kommunalservice Schmölln GmbH	8

1. Vorwort

Kommunale Unternehmen und Einrichtungen sind Instrumente der Städte und Gemeinden mit denen diese die Bedürfnisse ihrer Einwohner befriedigen und sich insoweit am Wirtschaftsleben beteiligen können. Damit ist die Kommunalwirtschaft eine tragende Säule kommunaler Selbstverwaltung zur Erfüllung eigener öffentlicher Angelegenheiten durch eigene Organe im eigenen Namen auf eigene Rechnung. Diese Aufgaben können administrativ oder unternehmerisch wahrgenommen werden, in Eigenregie oder durch Beauftragte.

Das bedeutet, dass sie die Aufgaben nicht zwangsläufig selbst erfüllen müssen, sondern lediglich die entsprechende Aufgabenerfüllung veranlassen und kontrollieren sollen. Dabei ist es unerheblich, ob zur Erfüllung dieser Aufgaben Mittel des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts Anwendung finden.

Unabhängig davon sind, bezüglich der Wahl der Rechtsform kommunaler Betriebe, die gesetzlichen Regelungen der Kommunalordnungen der jeweiligen Bundesländer zu beachten.

Unter der Würdigung der Gesamtsituation wurde 2004 durch den Stadtrat der Stadt Schmölln beschlossen, den Bauhof der Stadt Schmölln in eine neu zu gründende GmbH auszugliedern.

2. Gegenstand des Unternehmens Kommunalservice Schmölln GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen im Sinne der Aufgabenerfüllung eines kommunalen Bauhofes, insbesondere der Landschaftspflege, der Pflege von Grünanlagen sowie der Unterhaltung kommunaler Straßen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem gesamten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen. Die Gesellschaft wurde am 20.01.2005 in das Handelsregister eingetragen. Sie wird beim Amtsgericht Jena unter HRB 210330 geführt. Firmensitz und Sitz befinden sich in der Sommeritzer Str. 74/3, in 04626 Schmölln.

3. Gesellschafter der Kommunalservice Schmölln GmbH

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Schmölln GmbH. Das Stammkapital beträgt 25.000 Euro.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016

Gesellschafterversammlung:	Jürgen Ronneburger Geschäftsführer der Stadtwerke Schmölln GmbH
Aufsichtsrat	
Sven Schrade (Vorsitzender)	Bürgermeister der Stadt Schmölln
Jens Göbel (Stellvertreter)	Lehrer an der Regelschule Gößnitz
Rainer Schmidt	freiberuflicher Dozent
Winfried Hippe	Anlagenfahrer bei der voestalpine Stampotec Schmölln GmbH
Alexander Burkhardt	Integrationsberater
Jürgen Keller	Rechtsanwalt
Geschäftsführung:	Jürgen Ronneburger - Geschäftsführer

5. Gewinnverwendung

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wird in seiner nächsten Sitzung folgender Beschlussvorschlag vorgelegt:

"Der Aufsichtsrat beschließt, der Gesellschaftsversammlung nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 44.365,27 €.

Der Jahresgewinn in Höhe von 44.365,27 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem bestehenden Gewinnvortrag verrechnet. "

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Kommunalservice Schmölln GmbH beschäftigte im Jahr 2016 durchschnittlich 22 Arbeitnehmer.

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

Die Kommunalservice Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegründet wurde die Gesellschaft am 14. Dezember 2004. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Schmölln GmbH. Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung kommunaler Dienstleistungen im Sinne der Aufgabenerfüllung eines kommunalen Bauhofes, insbesondere der Landschaftspflege, der Pflege von Grünanlagen sowie der Unterhaltung von Straßen.

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist seit 14. Dezember 2004 Herr Jürgen Ronneburger. Die Gründung der Gesellschaft erfolgte nach Ausgliederung des städtischen Bauhofes zur Schaffung neuer effektiverer Organisationsstrukturen.

Der seit Anbeginn an bestehende Dienstleistungs- und Nutzungsvertrag mit der Stadt Schmölln besteht nach wie vor fort. Seit 2011 erfolgt aufgrund eines gesonderten Vertrages die Bewirtschaftung der fünf kommunalen Friedhöfe.

Die Grundlagen für eine leistungs- und objektbezogene Abrechnung wurden mit der Umsetzung eines Grünflächenkatasters geschaffen.

Der seit 01.04.2005 bestehende Dienstleistungsvertrag mit der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH konnte erfolgreich fortgeführt werden. Durch die Stadtwerke Schmölln GmbH wurde die Gesellschaft mit der Grünlandpflege aller wesentlichen zur Wasserver- und Abwasserentsorgung erforderlichen Grundstücke beauftragt. Weitere Dienstleistungen für umliegende Gemeinden und gemeindliche Unternehmen wie Kehrleistungen, die Pflege von Straßenbegleitgrün und Winterdienste trugen ebenfalls zur Verbesserung der Ertragslage bei.

Durch leichte Verringerung der Gesamtleistung konnte durch den gesunkenen Materialaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen kompensiert und wiederum ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Das Geschäftsjahr 2016 schließt somit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 44,4 T€ ab. Damit sank das Ergebnis um 2,2 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft kann nach diesem Geschäftsjahr wiederum als zufriedenstellend eingeschätzt werden. Das Auftragsvolumen an kommunalen Dienstleistungen blieb stabil. Der Einsatz von Arbeitskräften im Rahmen zusätzlicher Beschäftigungsmaßnahmen ist die Voraussetzung zur Erfüllung der vertraglichen Vereinbarungen. Im Jahr 2016 standen der Gesellschaft keine Mitarbeiter des 2. Arbeitsmarktes (VJ: 10), nur noch 2 Mitarbeiter im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (VJ: 4) sowie nur noch 10 Saisonarbeitskräfte (VJ: 12) zur Verfügung.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der bisherige öffentliche Zweck des ehemaligen Bauhofes wurde unverändert beibehalten. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit erfolgte lediglich ein Wechsel der Betriebsform von einem Regiebetrieb in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Im Interesse aller Bürger, Investoren und Gäste der Stadt Schmölln steht neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit weiterhin die Schaffung und der Erhalt eines sauberen und lebenswerten Stadtbildes im Mittelpunkt.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Gesellschaftsvertrag entsprechend formuliert und abgesichert.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KommunalService Schmölln GmbH

Die Vermögenslage stellt sich anhand der nachfolgenden Struktur wie folgt dar:

Tabelle 1: Vermögenslage

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Vermögensstruktur						
Langfristige Investitionen	431.630,00	62,39%	462.338,00	69,73%	-30.708,00	-6,64%
Kurzfristiges Vermögen	260.215,38	37,61%	200.689,17	30,27%	59.526,21	29,66%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	691.845,38	100,00%	663.027,17	100,00%	28.818,21	4,35%
Kapitalstruktur						
Eigenmittel	314.749,96	45,49%	270.384,75	40,78%	44.365,21	16,41%
Kurzfristiges Fremdkapital	90.001,15	13,01%	84.093,11	12,68%	5.908,04	7,03%
Langfristiges Fremdkapital	268.200,69	38,77%	285.676,66	43,09%	-17.475,97	-6,12%
Passive latente Steuern	18.893,58	2,73%	22.872,65	3,45%	-3.979,07	-17,40%
Gesamtkapital/Bilanzsumme	691.845,38	100,00%	663.027,17	100,00%	28.818,21	4,35%
Fremdkapital gesamt o.la.St.	358.201,84	51,77%	369.769,77	55,77%	-11.567,93	-3,13%

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2015 um 28,8 T€ auf 691,8 T€.

Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Die langfristigen Investitionen sind mit Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten finanziert. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Finanzlage stellt sich auf der Grundlage einer Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

Tabelle 2: Finanzlage

	2016	2015
	TEUR	TEUR
Finanzmittelbestand zum 1.1.	189,0	182,1
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	110,5	130,1
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-37,1	-205,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-17,5	81,8
Finanzmittelbestand zum 31.12.	244,9	189,0

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 37,1 T€ wird durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit finanziert. Die planmäßige Tilgung von Darlehen konnte vollumfänglich aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden. Der Finanzmittelbestand erhöhte sich um 55,9 T€. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die Finanzverhältnisse sind geordnet.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 44,4 T€ setzt sich wie folgt zusammen:

Tabelle 3: Zusammensetzung Jahresüberschuss

	2016	2015
	TEUR	TEUR
Gewöhnlicher Geschäftsbetrieb	66,2	65,3
Kapitalbereich	-1,3	-0,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-20,5	-18,5
Jahresüberschuss	44,4	46,6

Die Ertragslage ist als zufriedenstellend einzuschätzen.

Durch die allgemein steigenden Aufwendungen für den laufenden Betrieb ist weiterhin jährlich eine Verbesserung der Ertragslage erforderlich.

Tabelle 4: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2016 - Aktiva

Aktiva		2016	2015
		TEUR	TEUR
Anlagevermögen			
	Immaterielle Vermögensgegenstände	4,0	8,1
	Sachanlagen	427,6	454,2
	Finanzanlagen	0	0
	Anlagevermögen gesamt	431,6	462,3
Umlaufvermögen			
	Vorräte	0	0
	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12,3	6,2
	Flüssige Mittel	245,0	189,1
Rechnungsabgrenzungsposten		2,9	5,4
Bilanzsumme Aktiva		691,8	663,0

Tabelle 5: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2016 - Passiva

Passiva		2016	2015
		TEUR	TEUR
Eigenkapital			
	Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0
	Gewinnvortrag	245,4	165,7
	Unverteilter Jahresüberschuss des Vorjahres	0	33,1
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	44,4	46,6
Rückstellungen			
	Steuerrückstellungen	20,6	9,2
	Sonstige Rückstellungen	19,4	23,9
Verbindlichkeiten			
	Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	0	0
	Erhaltene Anzahlungen	0	0
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30,9	18,4
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	200,0	200,0
	Verbindlichkeiten gg. Gesellschafter	83,2	115,0
	Sonstige Verbindlichkeiten	4,0	3,2
Passive latente Steuern		18,9	22,9
Bilanzsumme Passiva		691,8	663,0

Tabelle 6: Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2016

GuV		2016	2015
		TEUR	TEUR
	Umsatzerlöse	1.045,0	1.073,5
	Sonstige betriebliche Erträge	9,5	5,3
	Materialaufwand	215,8	220,2
	Personalaufwand	601,0	623,4
	Abschreibungen	76,1	67,8
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	91,3	97,0
	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1	0,2
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,3	0,4
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	69,1	70,1
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20,5	18,5
	Sonstige Steuern	4,2	5,0
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	44,4	46,6
	Rundungsdifferenz		0,1

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden in 2016 Vergütungen von insgesamt 506,22 € gezahlt.

11. Beteiligung der Kommunalservice Schmölln GmbH

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt. Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalservice Schmölln GmbH.

Schmölln, 08.09.2017



Beteiligungsbericht

Neue Energie Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2016

Inhaltsverzeichnis

Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016	3
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4-5
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	5
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH	5-7
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Neue Energie Schmölln GmbH	7
11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH	7

Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde am 05.06.2008 gegründet. Gesellschaftszweck ist die Errichtung und der Betrieb einer Biogasanlage nebst zwei Blockheizkraftwerken. Die erzeugte Energie soll vollständig in die Netze der Stadtwerke Schmölln GmbH eingespeist werden. Aufgrund eines Liefervertrages wird die erforderliche Biomasse durch die Agrarprodukte Schmölln GmbH geliefert.

2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Produktion elektrischer Energie und Wärme, insbesondere durch eine Biogasanlage im Gemeindegebiet der Stadt Schmölln. Die Gesellschaft wurde am 04.07.2008 in das Handelsregister eingetragen. Sie hat ihren Sitz in Schmölln und wird beim Amtsgericht Jena unter HRB 502791 geführt.

3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft besteht aus drei gleichberechtigten Gesellschaftern, der Stadtwerke Schmölln GmbH, der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG. Das Stammkapital beträgt 51.000 €.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016

Gesellschafterversammlung:	Jürgen Ronneburger	- Geschäftsführer der Stadtwerke Schmölln GmbH
	Dietmar Koch	- Geschäftsführer der Agrarprodukte Schmölln GmbH
	Holger Schmidt	- Vorstand der VR-Bank
	Raik Romisch	- Vorstand der VR-Bank

Aufsichtsrat: Vorsitzender:	Steffen Schade	- VR-Bank Altenburger Land eG, Bankkaufmann
	Knut Schröder	- VR-Bank Altenburger Land eG, Bankkaufmann
	Wilfried Koch	- Agrarprodukte Schmölln GmbH, Meister der Landwirtschaft
	Christa Matthäus	- Agrarprodukte Schmölln GmbH, Hauptbuchhalterin
	Sven Schrade	- Bürgermeister der Stadt Schmölln
	Jens Göbel	- Lehrer, Staatliche Regelschule Gößnitz

Geschäftsführung:	Jürgen Ronneburger	- Ingenieur (bis 15.06.2016)
	Dietmar Koch	- Agraringenieur

5. Gewinnverwendung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in der Aufsichtsratssitzung vom 29.08.2017 folgenden Beschluss gefasst:

"Der Aufsichtsrat beschließt, der Gesellschaftsversammlung der Neue Energie Schmölln GmbH folgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 161.734,57 € ab.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 161.734,57 € wird auf neue Rechnung vorgetragen."

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Neue Energie Schmölln GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

„Das Geschäftsjahr 2016 wurde erneut mit einem Jahresfehlbetrag abgeschlossen. Der Jahresfehlbetrag betrug EUR 161.734,57 €.

Das ungenügende Ergebnis ist weiterhin dem zu niedrigen Auslastungsgrad der Anlage geschuldet. Er hat sich auf ca. 62 % verringert und reicht nicht aus, nachhaltig Gewinne zu erwirtschaften. Die Verschlechterung des Betriebsergebnisses ist der Tatsache geschuldet, dass im Jahr 2016 versucht wurde die Verweildauer der Biomasse zu erhöhen um eine bessere Gasausbeute zu erzielen. Diese Maßnahmen führten jedoch nicht zu dem gewünschten Ergebnis.

Die Ertragslage ist weiterhin nicht zufriedenstellend, da aus dem freien Cash-Flow der Kapitaldienst nicht abgedeckt werden kann. Auf Grund von Stundungsvereinbarungen wurden im Berichtsjahr Tilgungen von 120 T€ an die DKB Bank geleistet.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 702 T€ und wurde durch Darlehensverzichte der Gesellschafter in den Vorjahren aufgestockt.

Die sich aus dem niedrigen Ergebnis resultierenden Liquiditätsschwierigkeiten bestehen weiterhin. Aber durch die bestehenden Stundungsvereinbarungen mit Gläubigern und Gesellschaftern konnte die Liquidität aufrechterhalten werden.

Die Finanzlage war im Jahr 2016 nur durch die weitere Stundung der zum 30.06. und 31.12. zu leistenden Zins- und Tilgungszahlungen an das finanzierende Kreditinstitut gewährleistet. Es muss allerdings festgestellt werden, dass die Zahlungen auch bei dem derzeitigen Auslastungsgrad nicht durch den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb erwirtschaftet werden können. Eine Vereinbarung zu künftigen Zahlungen ist unumgänglich.

Es bestehen wie im Vorjahr zwei Risiken, die den Bestand der GmbH gefährden können.

Zum einen ist die Liquidität der Gesellschaft nur nachhaltig gesichert, wenn die finanzierende Bank einer Vereinbarung zur Änderung der Zins- und Tilgungskonditionen zustimmt. Die Verhandlungen dazu laufen permanent.

Zum anderen hat die Gesellschaft durch das Landratsamt mit Bescheid vom 24.11.2014 Umweltauflagen erhalten, was insbesondere auf eine Einhausung der Anlage hinausläuft. Die Gesellschaft hat gegen diesen Bescheid geklagt. Sollte es zu dieser Auflage kommen, wären Investitionen in Größenordnungen notwendig, die die Gesellschaft aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann. Die Gesellschafter haben aufgrund der erheblichen Kapitaleinlagen in den letzten Jahren signalisiert, keine weiteren Mittel zur Verfügung zu stellen. Inwieweit die finanzierende Bank dann bereit ist, auch diese Finanzierung zu übernehmen wird derzeit diskutiert.

Chancen für das Unternehmen wurden in einem leicht verbesserungsfähigen Auslastungsgrad der Anlage sowie in einer abschließenden Vereinbarung mit der finanzierenden Bank gesehen.“

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aus der kommunalpolitischen Verantwortung heraus wurde das Heizwerk 1990 von der Stadt Schmölln übernommen. Ohne diese damals sehr weit reichende Entscheidung wäre die Fertigstellung des Wohnstandortes Heimstätte nicht möglich gewesen. Zum Betrieb des Heizwerkes gründete die Stadt Schmölln 1993 die Fernwärmeerzeuger- und Betreibergesellschaft. Mit der Umfirmung dieser Gesellschaft in die Stadtwerke Schmölln GmbH 1995 wurde das Vermögen von der Stadt Schmölln an die Stadtwerke Schmölln GmbH veräußert. Gegenwärtig zählen ca. 1400 Wohneinheiten, eine Schule sowie ein Kindergarten zu den Kunden der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Durch die in den letzten Jahren extrem gestiegenen Bezugspreise für Erdgas bzw. Heizöl lässt sich ein wirtschaftlicher Betrieb zu marktwirtschaftlichen Abgabepreisen nicht mehr realisieren. Aus diesem Grund gründete die Stadtwerke Schmölln GmbH gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG, die Neue Energie Schmölln GmbH zur Errichtung und Betreuung einer Biogasanlage. Die dabei anfallende Abwärme wird kostengünstig in das Wärmenetz eingespeist.

Durch die 33%-ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die anteilige Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung umfänglich gesichert.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Vermögenslage wird durch eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden wie folgt dargestellt:

Tabelle 1: Vermögenslage

	2016	2015
	TEUR	TEUR
Vermögensseite	3.873,2	4.080,3
Schuldenseite	3.171,0	3.216,3
Eigenkapital	702,2	864

Tabelle 2: Finanzlage

	2016	2015
	TEUR	TEUR
Finanzmittelbestand zum 1.1.	31,3	42,7
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	72,4	19,6
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	11,0	4,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	56,2	27,0
Finanzmittelbestand zum 31.12.	36,5	31,3

Tabelle 3: Zusammensetzung zum Jahresergebnis

	2016 TEUR	2015 TEUR
Betriebsergebnis	5,9	49,2
Finanzergebnis	-167,6	-164,6
Neutrales Ergebnis	0,0	23,9
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-161,7	-91,5

Die GmbH hat das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 161.734,57 € abgeschlossen.

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Der Kreditrahmen für Kontokorrent bei der DKB AG (100 T€) wurde nicht in Anspruch genommen. Die Gesellschaft war aufgrund von Stundungsvereinbarungen bis heute jedoch in der Lage, ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachzukommen.

Tabelle 4: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2016 - Aktiva

Aktiva	2016	2015
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen		
Sachanlagen	3.637,6	3.835,5
Anlagevermögen gesamt	3.637,6	3.835,5
Umlaufvermögen		
Vorräte	69,0	69,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	130,1	142,5
Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	36,5	31,3
Umlaufvermögen gesamt	235,6	242,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	2,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,0	0
Bilanzsumme Aktiva	3.873,2	4.080,3

Tabelle 5: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2016 - Passiva

Passiva		2016	2015
		TEUR	TEUR
Eigenkapital			
	Gezeichnetes Kapital	51,0	51,0
	Kapitalrücklage	1.800,0	1.800,0
	Verlustvortrag	-987,0	-895,5
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-161,7	-91,5
	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0
	Summe Eigenkapital	702,2	864,0
Rückstellungen			
	Sonstige Rückstellungen	8,3	8,3
Verbindlichkeiten			
	Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.662,4	2.636,1
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31,4	19,0
	Verbindlichkeiten gg. Gesellschafter	468,9	552,9
	Sonstige Verbindlichkeiten	0	0
	Bilanzsumme Passiva	3.873,2	4.080,3
	Rundungsdifferenz	0,1	

Tabelle 6: Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2016

GuV		2016	2015
		TEUR	TEUR
	Umsatzerlöse	1.314,6	1.452,7
	Sonstige betriebliche Erträge	0	0
	Materialaufwand	1.014,5	1.113,2
	Abschreibungen	208,9	208,9
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	85,2	81,2
	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	167,6	164,6
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-161,6	-115,2
	Außerordentliche Erträge	0	23,9
	Sonstige Steuern	0,2	0,2
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-161,7	-91,5
	Rundungsdifferenz	0,1	

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine Vergütungen an die Aufsichtsratsmitglieder der Neue Energie Schmölln GmbH gezahlt.

11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Beteiligungsbericht 2017

gemäß § 75a ThürKO

der Stadt Schmöln

über die Beteiligung an der

Wohnungsverwaltung Schmöln GmbH

im Jahr 2016

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	2
Gegenstand des Unternehmens Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH (WVS).....	3
Gesellschafter des Unternehmens WVS.....	3
Organe der Gesellschaft im Jahr 2016.....	3
Gewinnverwendung.....	4
Anzahl der Arbeitnehmer.....	4
Grundzüge des Geschäftsverlaufes.....	4
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS.....	8

Vorwort

Die durchschnittliche Leerstandsquote der Mitgliedsunternehmen des vtw hat sich im Jahr 2016 mit 8,1 % im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert. Absolut hat der Leerstand sogar von 21.830 Wohnungen im Jahr 2015 auf 21.670 im Jahr 2016 abgenommen. Diesem Rückgang stehen allerdings 525 abgerissene Wohnungen gegenüber. Zählt man diese dazu, ergibt sich ein theoretischer Leerstand von 22.195 Wohnungen oder eine Leerstandsquote von 8,3 %. Hauptgrund des Leerstandes ist nach wie vor die mangelnde Nachfrage nach Wohnraum mit einem Anteil von 41 %. 19 % stehen wegen Mieterwechsel und 12 % wegen Modernisierung leer. Unbewohnbare Wohnungen umfassen 9 % des Leerstandes, wegen geplantem Rückbau stehen 8 % leer.

Seit dem Jahr 2002 haben Thüringer Wohnungsunternehmen mehr als 45.500 Wohnungen vom Markt genommen. Nachdem die Rückbauzahlen im Jahr 2014 mit 362 und im Jahr 2015 mit 331 Wohnungen deutlich zurückgegangen waren, ist nun erstmals wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Auch die Planungen für die nächsten Jahre sehen weitere Rückbauten vor, für 2017 mehr als 900 Wohnungen. Noch wird im Rahmen des Stadtumbau-programms der Rückbau insbesondere in den strukturschwachen Regionen der neuen Bundesländer gefördert. Wie sich dies nach dem Jahr 2019 gestaltet, ist heute noch offen.

Nach einer Phase des erfolgreichen Stadtumbaus und der Konsolidierung muss der Fortsetzung des Stadtumbaus wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Gleichzeitig müssen aber auch die Angebote der Nachfrage angepasst werden. Das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung führt dazu, dass immer mehr Wohnungen für die speziellen Bedürfnisse älterer Bewohner nachgefragt werden. Dies sind in aller Regel Zwei-Raum-Wohnungen in der Stadt, die barrierearm ausgestattet und erreichbar sein sollten. Weiterhin ist eine gute technische und soziale Infrastruktur unabdingbar.

Gemeinsam mit den kommunalen Wohnungsunternehmen leisten die Thüringer Wohnungsgenossenschaften einen wichtigen Beitrag zur Versorgung breiter Schichten der Thüringer Bevölkerung mit Wohnraum. Um wirtschaftlich agieren zu können, stellen sie sich den Anforderungen des Marktes und bieten Wohnraum in allen Segmenten an. Dies reicht von

preiswerten Bestandswohnungen, erbaut zu DDR-Zeiten und zwischenzeitlich in unterschiedlichem Umfang modernisiert, bis hin zu neu gebauten Wohnungen, die – wenn die Nachfrage vorhanden ist – teilweise auch über gehobenen Standard verfügen. Letztere machen allerdings nur einen kleinen Teil des Wohnungsbestandes aus. Die Wohnungsunternehmen im vtW waren – und werden dies auch immer sein – Partner ihrer Mieter und der regionalen Wirtschaft und Politik. Mit ihren Aufträgen sichern sie Tausende Arbeitsplätze in der Thüringer Bauindustrie.

Die Wohnungsunternehmen haben sich mit viel Engagement den vor ihnen stehenden Aufgaben, resultierend aus dem demografischen und dem Strukturwandel in den neuen Bundesländern, gestellt und werden dies auch künftig tun. Sie benötigen die entsprechenden Rahmenbedingungen. Zu diesen Rahmenbedingungen zählen u.a. eine planungssichere Städtebau- und Modernisierungsförderung, aber auch nach wie vor eine Altschuldenentlastung bei Rückbau.

Gegenstand des Unternehmens WVS

Gegenstand des Unternehmens ist das Errichten, Betreuen, Bewirtschaften und Verwalten von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Mit Schreiben der Stadt Schmölln vom 02.01.1997 erhielt die Gesellschaft die Erlaubnis nach § 34c GewO für die wirtschaftliche Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Baubetreuer in fremden Namen und für fremde Rechnung. Diese Tätigkeit wurde zum 31.10.2016 abgemeldet.

Gesellschafter der WVS

Alleiniger Gesellschafter der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH ist die Stadt Schmölln. Das Stammkapital beträgt € 26.000,00, es ist voll einbezahlt.

Organe der Gesellschaft im Jahr 2016

Organe der Gesellschaft sind:

- die Gesellschafterversammlung
- der Aufsichtsrat
- der Geschäftsführer.

Die Gesellschafterversammlung bestand im Jahr 2016 unverändert aus der Stadt Schmölln, vertreten durch den Bürgermeister Sven Schrade.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2016 an:

Dr. Gundula Werner	Geschäftsführerin Klinikum Altenburger Land (Vorsitzende)
Sven Schrade	Bürgermeister Stadt Schmölln (stellv. Vors.)
Matthias Jähler	Gartenbauingenieur
Ute Lukasch	Mitglied des Thüringer Landtages
Bodo Müller	Inv.Rentner
Roland Radermacher	Rentner

Als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer war im Jahr 2016 Herr Kristian Blum - Diplom-Kaufmann (HR-Eintrag 21.10.2008) - bestellt.

Gewinnverwendung

Die Gesellschafterversammlung hat 2016 beschlossen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 690.724,26 € den „anderen Gewinnrücklagen“ zu zuführen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die WVS hat im Jahr 2016 durchschnittlich 12 Arbeitnehmer und 1,16 Auszubildende beschäftigt (2015: 11 Arbeitnehmer/ 1,25 Auszubildende).

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der WVS)

1. Geschäftsumfang

In ihrer sozialen Verantwortung als kommunales Wohnungsunternehmen bleibt die bedarfsgerechte Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung der Stadt Schmölln und des Umlandes das grundlegende Unternehmensziel der Gesellschaft. Das geschieht durch die Erhaltung und Verbesserung des kommunalen Wohnungsbestandes. Soziale Belange sollen in angemessener Weise berücksichtigt werden. Diese Aufgabe kann nur durch ein leistungsfähiges und wirtschaftlich stabiles Unternehmen erfüllt werden.

Im Rahmen des gesellschaftsvertraglichen Auftrags sollen zudem auch Neubauten für breite Schichten der Bevölkerung errichtet werden. Die Anteile an unserem kommunalen Wohnungsunternehmen ist für die Stadt Schmölln keine Finanz-, sondern eine strategische Beteiligung im öffentlichen Interesse.

Die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH verwaltet Wohnungs- und Gewerbeeinheiten unterschiedlichster Eigentumsformen. Somit zählen eigene Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und fremde Mietwohnungen zum Verwaltungsbestand.

1.1. Neubau und Modernisierung

Die umfangreichste Maßnahme des Jahres 2016 war die energetische Sanierung der Sieben-Brüder-Straße 4-6 mit der Dämmung der gesamten Fassade, der Keller- sowie obersten Geschossdecke und dem Austausch der Fenster. Sie diente u.a. der Einsparung von Heizenergie und ist als Beitrag zur weiteren energetischen Sanierung unseres Wohnungsbestandes zu betrachten. Für die Finanzierung wurde ein KfW-Darlehen von T€ 550,0 im Programm „Energieeffizient Sanieren – KfW-Effizienzhaus 85“ aufgenommen.

Im Frühjahr 2016 erfolgte der Baubeginn in der Walter-Kluge-Straße 2 in Schmölln. Nach dem Abriss der nicht mehr sanierungswürdigen Altsubstanz entstanden in diesem innerstädtischen Neubau vier Wohnungen. Die Fertigstellung war aufgrund der schwierigen räumlichen Verhältnisse erst für das Jahr 2017 geplant. Alle vier Wohnungen konnten im April 2017 an ihre neuen Mieter übergeben werden.

Das vollständig leerstehende Haus Fichtenweg 1-6 in der Heimstätte sollte in 2016 abgerissen werden. Aufgrund der verzögerten Bereitstellung der Städtebaufördermittel und der sehr guten Auslastung der beauftragten Abrissfirma kam es erst in 2017 zum Abriss.

Entsprechend des bestätigten Wirtschaftsplanes wurden sieben Balkone in der Grenzstraße 8 angebaut. Die Ankündigung solcher Maßnahmen löst bei unseren Mietern stets Freude aus und erhöht die langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen. Die Entwicklung des Vorjahres, dauerhaft leerstehende Wohnungen an das Landratsamt Altenburger Land zur Unterbringung von Flüchtlingen zu vermieten, konnte im Jahr 2016 nicht fortgesetzt werden.

Zahlreiche kleinere bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität konnten in unserem Bestand wieder umgesetzt werden. Neben dieser Modernisierungstätigkeit wurden wiederholt Einzelwohnungen infolge von Mieterwechseln von Grund auf erneuert. Nur durch eine zeitgemäße Ausstattung lässt sich die dauerhafte Wiedervermietung sichern.

1.2. Vermietungs- und Verwaltungssituation

Aus dem bereits bestehenden und weiter zunehmenden Überangebot an Wohnungen zeichnete sich in den letzten Jahren der Trend ab, dass sich unsanierte Wohnungen (maler- und installationsmäßig nicht instandgesetzt, alte Bäder, Fußbodenbeläge sowie Türen) kaum vermieten lassen. Hieraus lässt sich zusätzlich ein wesentlich höherer Instandhaltungsaufwand für die nächsten Jahre ableiten, um die Wohnungen in einem marktfähigen Zustand zu erhalten.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Schmölln wird seit vielen Jahren durch eine negative Einwohnerentwicklung der Stadt beeinflusst. Erstmals im Jahr 2015 konnte durch die Aufnahme von Flüchtlingen der weitere Rückgang gestoppt werden. Dies setzte sich in 2016 nicht fort. Daher ist es auch nicht gelungen, die stichtagsbezogene Leerstandsquote mit 8,1% (Vorjahr: 7,3%) nicht weiter anwachsen zu lassen. Die Leerstandsquote liegt damit auf dem Niveau der durchschnittlichen Leerstandsquote des Freistaates Thüringen. Aufgrund des demographischen Wandels wird mittelfristig weiter mit einem Anstieg der Leerstandsquote zu rechnen sein. Der Anstieg des Leerstandes ist hauptsächlich im Wohngebiet „Heimstätte“ festzustellen. Im Wohngebiet „Heimstätte“ mit unseren 548 Wohnungen beträgt der Leerstand 14,4% (Vorjahr: 13,7%). Im übrigen Vermietungsbestand mit 741 Wohnungen beträgt die Vermietungsquote 97,2 %. Ausschlaggebend für eine nicht noch negativere Entwicklung sind u.a. das kundenorientierte Handeln der Mitarbeiter der Gesellschaft, die kontinuierliche Modernisierung der Wohnungen, die positiven Effekte durch die Auslastung der Gewerbegebiete der Stadt Schmölln sowie die sehr gute verkehrstechnische Anbindung der Stadt an die überregionale Infrastruktur.

Allerdings wird bei zukünftigen Planungen ein sinnvoller Rückbau von Wohnungen und damit eine Reduzierung des Wohnungsbestandes mit einzubeziehen sein. Damit besteht die Möglichkeit, die bestehenden Wohngebiete langfristig aufzuwerten. Das bestehende Stadtentwicklungskonzept dient dabei als Leitlinie des Handelns.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 konnte der Bestand der zu verwaltenden Eigentümergemeinschaften und der damit zu verwaltenden Eigentumswohnungen weitgehend stabil gehalten werden. Bestehende Verwalterverträge für Eigentümergemeinschaften, deren Laufzeiten fristgemäß endeten, wurden durch entsprechende Beschlüsse der Eigentümergemeinschaften verlängert. Die Zahl der Wohnungseigentümer, welche uns ihre Mietverwaltung übertragen, ist konstant. Die Verwaltung arbeitet effektiv und kann als stabil eingeschätzt werden.

1.3. Personalbereich

Die bestehende Personalstärke ist für die gegenwärtig zu bewältigenden Aufgabengebiete angemessen. Die meisten Mitarbeiter verfügen über eine Ausbildung als Immobilienkaufmann/ -frau oder über entsprechende gleich- bzw. höherwertige Qualifikationen.

Die Gesellschaft weist für 2016 Verwaltungskosten pro Jahr und Einheit aus, die unter dem Durchschnitt der Thüringer Wohnungsunternehmen liegen. Dies ist im Unternehmensvergleich als positiv zu bewerten.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist langfristig durch Eigen- und Fremdmittel finanziert. Unser Unternehmen hat ausschließlich Darlehen für den Neubau, zur Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes aufgenommen. Der Kapitaldienst für Alt- und Wendeschulden belastet unverändert unsere Liquidität. Die finanzierenden Banken sind Förderbanken oder deutsche Kreditinstitute. Die Geschäftsbeziehungen sind stabil. Wir erwarten von unseren kreditgebenden Banken, mit denen wir bisher stets eine beiderseitig zuverlässige Zusammenarbeit gepflegt haben, dass sie die Forderungen aus den Darlehensverträgen ohne unsere vorherige Zustimmung nicht an Dritte verkaufen bzw. abtreten.

Im Geschäftsjahr 2016 kam es zu einer Neuaufnahme von Darlehen mit T€ 550,0 für die energetische Sanierung der Sieben-Brüder-Straße 4-6 sowie mit T€ 222,9 für den Neubau der Walter-Kluge-Straße 2. Insgesamt wurde das bestehende Darlehensportfolio nicht erweitert, um die weitere Entschuldung des Unternehmens voranzutreiben.

Im September 2014 hat die Stadt Schmölln rückwirkende Straßenausbaubeiträge für die Jahre 1991 bis 2003 erhoben. Der Gesamtbetrag von T€ 190,9 für unser Unternehmen belastet die mittelfristige Liquidität noch bis 2020.

Der Finanzmittelbestand hat sich infolge des Verkaufs von Eigentumswohnungen, dem Verschieben der Abrissarbeiten im Fichtenweg 1-6 sowie dem verzögerten Bauablauf des Neubaus in der Walter-Kluge-Straße 2 weiter verbessert.

2.2. Ertragslage

Die Ertragslage wird maßgeblich durch die Vermietungssituation am Wohnungsmarkt beeinflusst. Das Jahresergebnis ist sehr zufriedenstellend. Es entspricht der im Rahmen der mietpreisrechtlichen Beschränkung erzielbaren Wirtschaftlichkeit.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die Stadt Schmölln hatte zusammen mit ihren Ortsteilen am 31.12.2016 laut Auskunft des hiesigen Einwohnermeldeamtes insgesamt 11.336 Einwohner. Seit 2000 (13.476 Einwohner) ist dies ein Rückgang von 2.140 Einwohnern bzw. von -15,9%. In 2016 waren 79 Geburten und 189 Sterbefälle zu verzeichnen.

Die Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Landesamtes prognostiziert bis zum Jahr 2020 für Schmölln einen Rückgang der Einwohnerzahl auf 11.273, die Bertelsmann-Stiftung sogar nur noch 10.510 Einwohner.

Die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zeigen, dass man sich auf die Konsequenzen aus dem Rückgang und der Alterung der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einstellen muss. Weder Zuwanderung noch eine leicht erhöhte Geburtenrate können diesen Prozess aufhalten. Sie können ihn lediglich abmildern.

Das bestehende Stadtentwicklungskonzept sieht vor, verschiedene Objekte im Wohngebiet „Heimstätte“ abzureißen, um auf den Bevölkerungsrückgang zu reagieren. Dadurch besteht die Möglichkeit, dieses Wohngebiet in seinem Umfeld durch Schaffung von Grün- und Ruhebereichen aufzuwerten. Dies betrifft als erstes Objekt den Fichtenweg 1-6, der Ende Juni 2015 vollständig leer stand und Anfang 2017 abgerissen wurde.

Die sehr große Nachfrage nach den in den letzten Jahren im innerstädtischen Bereich neu geschaffenen und modernisierten Gebäuden (Wohnparkanlage Brückenplatz, Altenburger Straße 43-48, Dammgasse 4, Wohnanlage Stadtmitte, Kirchplatz 8/9, Rudolf-Breitscheid-Straße 4, Gartenstraße 14, Gößnitzer Straße 51 und Walter-Kluge-Straße 2) hat unseren eingeschlagenen Weg als richtig bestätigt. Mit dem Anbau von insgesamt über 700 Balkonen in den vergangenen Jahren kamen wir ebenfalls einer sehr hohen Nachfrage der jeweils dort wohnenden Menschen nach. Gleichzeitig sichert ein Balkon eine höhere Vermietbarkeit für die Zukunft.

Eine unternehmensinterne Betrachtung ergab, dass eine deutliche Überalterung der Mieterschaft zu erkennen ist. Daher ist die Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung, um einer ansteigenden Leerstandsentwicklung entgegenzuwirken und junge Menschen als nächste Mietergeneration dauerhaft zu binden.

Die umfangreichste Maßnahme des Jahres 2017 ist die energetische Sanierung des Finkenweg 1-3 mit der Dämmung der gesamten Fassade, der Keller- sowie obersten Geschossdecke und dem Austausch der Fenster. Sie dient u.a. der Einsparung von Heizenergie und ist als Beitrag zur energetischen Sanierung unseres Wohnungsbestandes zu betrachten. Darüber hinaus soll der barriere-reduzierte Umbau dieser drei Hauseingänge durch den Anbau von Aufzügen erreicht werden. Für die Finanzierung sind die Aufnahme von KfW-Darlehen sowie die Nutzung des Thüringer Barrierereduzierungsprogramms und der Einsatz von Eigenmitteln für die weiteren Modernisierungsarbeiten beabsichtigt.

Für das Frühjahr 2017 ist dann der Baubeginn in der Gartenstraße 28 in Schmölln beabsichtigt. Hier sollen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus im innerstädtischen Bereich sechs Wohnungen entstehen. Zur Finanzierung werden ein Förderdarlehen sowie Zuschussungen des Innenstadtstabilisierungsprogramms (ISSP) zum Einsatz kommen. Die Fertigstellung ist im Jahr 2018 geplant.

In den folgenden Jahren wird sich die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH perspektivisch weiteren Objekten im Eigenbestand zuwenden. Bei Objekten, die vor über 20 Jahren modernisiert wurden, kündigen sich hier die ersten größeren Instandhaltungsmaßnahmen an. Die Erweiterung des Gebäudebestandes kann daher nur noch sporadisch erfolgen. Auf Grund steigender Baukosten, hauptsächlich durch höhere energetische Anforderungen, nimmt die Projektfinanzierung mit der sich hieraus ergebenden Wirtschaftlichkeit eine Schlüsselposition ein. Um eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit der Vorhaben zu gewährleisten, wird die Finanzierung neben Fremdmitteln mit einem hohen Anteil an Eigenmitteln untersetzt sein. Das geht wiederum zu Lasten der Eigenkapitalreserven des Unternehmens.

Es gehört zur Unternehmensphilosophie, die stabile Entwicklung der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH zu sichern und dabei die Verschuldung weiter konsequent abzubauen. Diese Voraussetzung und das langfristige Bekenntnis zum kommunalen Wohnungsbestand werden auch in Zukunft der Stadt Schmölln eine optimale Rendite ihres Wohnungsunternehmens sichern.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS

Auszug aus der **Bilanz** zum 31. Dezember 2016

	Angaben in T Euro	2016	2015
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		2,6	2,8
Sachanlagen		36.101,0	35.999,4
Finanzanlagen		0,0	0,0
		<hr/> 36.103,6	<hr/> 36.002,2
Umlaufvermögen			
Grundstücke mit fertigen Bauten		0,0	0,0
Unfertige Leistungen		1.841,5	1.787,1
Andere Vorräte		0,0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		67,0	48,0
Flüssige Mittel		2.497,4	2.261,6
		<hr/> 4.405,9	<hr/> 4.096,7
Rechnungsabgrenzungsposten		0,0	0,0
Sonderverlustkonto		0,0	0,0
Bilanzsumme Aktiva		<hr/> 40.509,5	<hr/> 40.098,9
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		26,0	26,0
Rücklagen		14.661,1	13.970,4
Verlustvortrag		0,0	0,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		761,1	690,7
		<hr/> 15.448,2	<hr/> 14.687,1
Sonderposten für Investitionszulage		1.151,9	1.188,1
Rückstellungen		86,0	54,7
Verbindlichkeiten		23.792,1	24.135,3
Rechnungsabgrenzungsposten		31,3	33,7
Bilanzsumme Passiva		<hr/> 40.509,5	<hr/> 40.098,9

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** zum 31. Dezember 2016

	Angaben in T Euro	2016	2015
Umsatzerlöse		5.766,8	5.604,9
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen		54,4	105,6
Andere aktivierte Eigenleistung		0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge		84,6	264,7
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		2.615,2	2.675,4
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke		0,0	0,0
Personalaufwand		543,2	541,7
Abschreibungen		1.285,4	1.224,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen		143,5	157,2
Erträge aus Beteiligungen		0,0	0,0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0,0	0,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		32,4	31,7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		584,9	713,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		766,0	694,8
Außerordentliche Aufwendungen		0,0	0,0
Sonstige Steuern		4,9	4,1
Aufwendungen aus Gewinnabführungen		0,0	0,0
Jahresüberschuss		761,1	690,7

Die Aufsichtsratsvergütungen in 2016 betragen insgesamt € 500,00.

Bezüglich der Gesamtbezüge des Geschäftsführers hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 zulässigerweise von § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.